

Stenographisches Protokoll

62. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, den 31. Juli 2008

Inhalt

Fragestunde (S. 5779)

Aktuelle Stunde (S. 5794)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: „Zukunft der KABEG“

Redner: Tauschitz (S. 5795), Dr. Strutz (S. 5796), Seiser (S. 5797), Holub (S. 5798), Schwager (S. 5799), Lutschounig (S. 5800), Ing. Scheuch (S. 5801), Arbeiter (S. 5802), Dr. Lesjak (S. 5803), Mag. Dr. Martinz (S. 5804), Dipl.-Ing. Gallo (S. 5806), Mag. Dr. Kaiser (S. 5807)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 5808)

Ldtgs.Zl. 48-11/29:

Antrag auf Überprüfung der aktuellen Vorkommnisse und der Gebarung im LKH Klagenfurt durch den Landesrechnungshof von Abgeordneten des F-Klubs (S. 5808)

Einstimmige Annahme (S. 5809)

Zur Geschäftsordnung: Tauschitz (S. 5809)

Zur Geschäftsordnung: Seiser (S. 5809)

Ldtgs.Zl. 246-27/29:

Antrag auf Überprüfung der Vorgänge in der KABEG durch den Landesrechnungshof von Abgeordneten des SPÖ-Klubs (S. 5809)

Einstimmige Annahme (S. 5809)

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 5809)

Tagesordnung (S. 5810)

1. Ldtgs.Zl. 27-8/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz geändert wird
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatterin: Mag. Trannacher (S.5810)

Redner: Arbeiter (S. 5810), Dr. Strutz (S. 5811, 5820), Seiser (S. 5814), Schwager (S.

5814), Holub (S. 5815), Lutschounig (S. 5816), Mag. Ragger (S. 5817), Dr. Lesjak (S. 5819), Schlagholz (S. 5822)

Mehrheitliche Annahme der 2. und 3. Lesung (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: ja) (S. 5823)

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 5824)

Ldtgs.Zl. 83-19/29:

Antrag auf Überprüfung der Mittelverwendung des Landes im Bereich der Flüchtlingsfürsorge durch den Landesrechnungshof der Abgeordneten der Grünen (S. 5824)

Einstimmige Annahme (S. 5824)

2. Ldtgs.Zl. 330-12/29:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erstem Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Schober betreffend Schnellstraße S 37

Mündliche Anfragebeantwortung durch LH-Stv. Dörfler (S. 5825)

3. Ldtgs.Zl. 273-19/29:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erstem Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Umsetzung der Kärntner Landesenergieleitlinien im Verkehr

Mündliche Anfragebeantwortung durch LHStv. Dörfler (S. 5827)

Mitteilung des Einlaufes (S. 5828)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 5828)

1. Ldtgs.Zl. 83-17/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend kriminelle Asylwerber

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Scheuch (S. 5829)

Zur Dringlichkeit: Seiser (S. 5830), Lutschounig (S. 5830)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: nein) (S. 5831)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5831)

2. Ldtgs.Zl. 314-2/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Kanalisation Spittal

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mandl (S. 5831)

Zur Dringlichkeit: Tiefnig (S. 5832), Ing. Hueter (S. 5833)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: nein, Grüne: nein, Schwager: nein) (S. 5833)

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Um-

welt (S. 5833)

3. Ldtgs.Zl. 83-18/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und der Grünen betreffend Einhaltung Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schlagholz (S. 5834)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5834)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: nein, Grüne: ja, Schwager: nein) (S. 5835)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5835)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 5835)

Schlussansprache des Vorsitzenden (S. 5835)

Beginn: Donnerstag, 31.7.2008, 15.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 31.7.2008, 19.22 Uhr

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Dr. Strutz**

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Kaiser**, Landesrätin **Mag. Cernic**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**;

Landesamtsdirektor-Stellvertreter **Dr. Platzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zur 62. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet

heute eine so genannte „verlangte“ Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO haben die Antragsteller die Erörterung eines Dringlichkeitsantrages betreffend Landeskrankenanstaltenbetriebsgesetz angekündigt. Weiters enthält die Tagesordnung noch weitere offene zu beratende Tagesordnungspunkte. Die Sitzung wurde fristgerecht einberufen. Ich darf die Abgeordneten bitten, Platz zu nehmen, wir sind bereits in der Sitzung.

Ich darf sehr herzlich begrüßen die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne. Herzlich willkommen hier im Hohen Hause! Herzlich willkommen auch die Mitglieder der Landesregierung, allen voran Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Dörfler, Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reinhart Rohr sowie den Landesrat Dr. Kaiser, Herrn Landesrat Dr. Martinz, der ebenfalls hier ist, herzlich willkommen! Weiters begrüße ich sehr herzlich auch die Fachbeamtschaft, den Leiter der Verfas-

Lobnig

sungsabteilung Herrn Dr. Glantschnig sowie auch den Leiter des Landesrechnungshofes Herrn Dr. Reithofer sowie stellvertretenden Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer, sowie die Bundesräte, die Länderkammervereine, herzlich willkommen hier im Hohen Hause!

Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt Herr Landeshauptmann Dr. Jörg Haider sowie Landesrat Dipl.-Ing. Uwe Scheuch und der Herr Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko. Somit kommen wir zu Beginn dieser Sitzung zur Fragestunde.

Fragestunde

Ich darf zur ersten Anfrage mitteilen, dass hier ein Irrtum passiert ist, dass diese Anfrage bei der letzten Sitzung auf Wunsch des Herrn Abgeordneten schriftlich beantwortet wird und daher heute nicht zur Aufrufung gelangt. Die Anfrage 2 kann nicht aufgerufen werden, weil das Regierungsmitglied nicht anwesend ist. Ich frage die Frau Abgeordnete Warmuth, ob diese Anfrage bei der nächsten Sitzung mündlich aufgerufen werden soll? (Abg. Warmuth: Mündlich bitte!) Das versteht sich so. Die Anfrage 3 kann ebenfalls nicht aufgerufen werden, (Abg. Dr. Lesjak: Mündlich!) wird nächste Sitzung mündlich erledigt werden. So kommen wir zur Anfrage 4.

4. Ldtgs.Zl. 441/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Zellot an LR Mag. Dr. Martinz**

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landesrat! Meine Frage lautet: Wie viele finanzielle Mittel sind vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2007 für die Lebensmitteldachmarke „Genussland Kärnten“ geflossen?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich freue mich, dass ich gleich am Beginn der heutigen sommerlichen Landtagssitzung mit einem guten Thema hier konfrontiert bin, nämlich mit dem Genussland Kärnten. Eigentlich ein Thema, das uns allen am Herzen

liegt und wo wir gemeinsam viel zu tun haben und hoffentlich auch bereit sind, gemeinsam viel zu tun. Dies auch deshalb, weil es darum geht, wie können wir die heimische Wirtschaft und Landwirtschaft entsprechend unterstützen. Wie können wir mit allen unseren Maßnahmen im Förderungsbereich aber auch im organisatorischen Bereich, im Abteilungsbereich und von Seiten der Landwirtschaftskammer und natürlich auch aus dem politischen Bereich unsere Bäuerinnen und Bauern unterstützen? Wie können wir im ländlichen Raum entsprechend Maßnahmen setzen, um vor allem die Lebensmittelproduktion, damit unsere heimischen Lebensmittel ins richtige Licht gerückt werden? Wie können wir Kärntnerinnen und Kärntner demonstrieren, dass unsere Bäuerinnen und Bauern nicht nur mit bestem Wissen und Gewissen und mit den höchsten Standards in Hygiene und Sicherheit und den mit Lebensmitteln notwendigen Umständen diese produzieren, sondern wie können wir auch dies zum Konsumenten bringen?

Aus einer ganz aktuellen Österreichstudie, die vom Herrn Minister selbst in Auftrag gegeben wurde, wissen wir, dass es eine irrsinnig starke Bindung gibt zwischen den heimischen Lebensmitteln. Also auf der einen Seite was wir selbst vor Ort produzieren und auf der anderen Seite unsere heimischen Bürgerinnen und Bürger. Das ist gut und wichtig so, weil es damit natürlich genau das Ziel erleichtert zu erreichen, nämlich Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten und Arbeitsplätze in der Lebensmittelproduktion, im ländlichen Bereich zu kreieren. Auch zu schauen, neue Arbeitsplätze zu schaffen auf der einen Seite. Als zweites, ganz wichtig in der heutigen Diskussion ist ein wesentlicher Beitrag zur Umweltverbesserung. Damit sind alle diese Dinge in einem kurz zusammengefasst, nämlich Arbeitsplätze und Umwelt, dies als Ziel für die einheimische Lebensmittelproduktion.

Mag. Dr. Martinz

Genussland Kärnten, um die Frage direkt zu beantworten, gibt es in der Form von mir initiiert seit dem Jahr 2006. Das heißt, vom Jahr 2000 bis 2006 gibt es für konkret unter diesem Titel laufende Aktivitäten keinen Ansatz und damit auch keine Ausgaben. Seit 2006 haben wir nicht nur neben der Fortführung von Initiativen, wie zum Beispiel „Kärnten echt gut“, die ganz wesentlich die heimischen Lebensmittel aus der gewerblichen Sicht promoten, haben wir neben den Direktvermarktern und den Buschenschenkern als Verstärkung und Mitinitiativenunterstützung mit den Genussregionen einen neuen Impuls gesetzt, ausgehend von Herrn Bundesminister Pröll. Österreichweit haben wir mittlerweile über 100 Genussregionen, in Kärnten 12. Ausgehend von diesen Genussregionen war es für mich selbstverständlich, dass ich versuche, das Genussland als Klammer einerseits über die Genussregionen, aber auch über die Spitzenprodukte, die bei uns produziert werden, zu konstruieren, um damit diese Initiativen, die im Wesentlichen aus privaten Mitteln gesponsert und entstanden sind, zu verstärken und einen entsprechenden Schutz zu gehen.

Die Genussregionen sind aktiv, die Kooperation mit Genussland Österreich, mit den Genussregionen ist bestens auf der Schiene. Das heißt, wir können wirklich behaupten, dass es gelingt, genau diese Intentionen umzusetzen und damit auch die heimische Lebensmittelproduktion ins rechte Licht zu stellen. Ich darf auch berichten, da wir gerade in der Vorbereitung für den Herbst und das nächste Jahr sind, wo es die Zusammenarbeit mit Genussregionen in Österreich verstärkt geben wird. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Bei dieser Zusammenarbeit werden wir die Sonderaktionen, wie zum Beispiel Kärntner Schinkenaktion, hervorheben. Wir haben das letzte Mal lang und breit diskutiert über die Kärntner Milchkalb-Aktion, über die Braugerste, über den Kärntner Wein, über den Spargel. Also alles Aktivitäten, die wir direkt im Zusammenhang sehen. Aus all diesen Maßnahmen kann ich sagen, dass wir aus vielen Bereichen und aus vielen Budgetbereichen die Mittel und die Ausgaben zusammen klaben und durch Kooperationen versuchen, zusätzliche Mittel zustande zu bringen, um eine Verstärkung aller dieser Maßnahmen nicht nur mit öffentlichen Mitteln und Steuermitteln, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist*

abgelaufen!) sondern auch mit privaten Mitteln entsprechend verbessern zu können. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion der Herr Abgeordnete Ing. Hueter, bitte diese zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landesrat! Die Genussregionen sind wirklich in aller Munde, das Genussland Kärnten hat sich etabliert und ich denke, dass das ein richtiger Weg war, a) für die Menschen zu garantieren, dass sie gesunde Lebensmittel bekommen und b) auch für die Landwirtschaft als Erzeuger eine höhere Wertschöpfung zusammen zu bringen. Ich denke, gerade in den Reihen der momentanen Feste, angefangen beim Speckfest, das Honigfest, über das bevorstehende Rindfleischfest am Ossiacher Tauern und und und. (*Abg. Markut: Hadenfest!*) Hadenfest aus dem Lavanttal natürlich, ich könnte schon selbst ein Referat halten!

Es ist die Frage berechtigt, wie es mit den Genussregionen weiter geht und deshalb, Landesrat, meine Frage: Wie schaut es aus, was hast du mit der Genusslandphilosophie in Zukunft weiter vor?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Es ist – von der Konzeption her sind es drei Schienen, die wir planen und in Vorbereitung haben. Das eine ist einmal, die Genussregionen auszuweiten, das ist Projekt Nummer eins, auch vom Bundesministerium gestartet. Es ist im Prinzip gedacht, nicht weiterzuführen, außer es bieten sich dort und da noch wirkliche Spezialregionen oder Spezialprodukte an. Aber im Wesentlichen haben wir in Kärnten mit 12 Regionen eine sehr gute Abdeckung mit den einzelnen Genussmitteln, vom Fisch bis zu Wild, Lamm, Honig, Speck, Käse, Milch, also alles, was wir bieten können. Das ist Genussregion in der Menge, die nicht weitergeführt wird, ist auch so von Bundesseite nicht weiter angedacht.

Mag. Dr. Martinz

Der zweite Teil ist für mich auch sehr wichtig, das versuche ich auch bundesweit entsprechend zu propagieren, das ist die Vertiefung in den Regionen. Nämlich, wie können sich rund um die Spitzenprodukte die anderen Produkte aus den Regionen und die anderen Initiativen im Lebensmittelbereich gemeinsam mit diesem Spitzenprodukt zusammen kooperativ entwickeln, wie kann es Verkaufsgemeinschaften geben? Wie kann man mit dem Tourismus zusammenarbeiten? Wie kann man mit der Gastronomie, dem Handel, den direkt vor Ort entsprechenden aktiven Organisationen zusammenarbeiten, die Vertiefung in den Regionen?

Auch klar mit dem Ziel einerseits Mengen zustandezubringen, um am Markt wirklich präsent sein zu können und auf der anderen Seite, um die Leute, die Gäste, die Einheimischen in die Regionen zu locken. Denn das ist ein ganz wesentlicher Punkt, dass man sagt: Kommt in unsere Regionen, kommt ins Gailtal oder kommt nach Heiligenblut. Neben Lamm, Speck und Käse gibt es natürlich auch andere Superprodukte, abgesehen von den touristischen Angeboten. Der dritte Teil, der für mich wichtig ist, ist, dass wir Einzelspitzenprodukte, die in Kärnten erzeugt werden, ebenfalls in die Kooperation und in die Zusammenarbeit bringen. Ich denke, wenn man jetzt allein den Honig hernimmt, der ist ja nicht nur im Südkärntner Raum, sondern das ist ein umspannendes Feld oder der Wein, der ist auch über ein größeres Gebiet vorrätig und entwickelt sich sehr gut, auch die Kooperationen, die über das ganze Land gezogen werden, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit den Handelsketten. Oder, sehr wichtig und im Moment ganz besonders im Projekt auch von Bundesseite her: Die Zusammenarbeit mit der Gastronomie. Das sind Kärnten weit umspannende Aktivitäten, die dazu dienen sollen, Kärnten letztendlich als Ganzes als Genussland so zu präsentieren, dass schon allein, wenn man Kärnten hört im Kopf der Film abläuft, dort ist Genuss! Nicht nur im Sommer, wenn es heiß ist, am 31. Juli, sondern das ganze Jahr über gibt es hervorragende Produkte und ich muss dort hin, weil Kärnten ist einfach auf der Genussseite mit seinen Lebensmitteln so gut aufgestellt, arbeitet mit besten Voraussetzungen, hat ein geschlossenes System, ist für den Konsumenten auch greifbar. Das erleben wir ja alle miteinander immer wieder. Wie kommen wir zu diesen Genussprodukten?

Wie ist es möglich, einen Genusskorb zu kriegen, den wir zum Beispiel heuer als Aktivität und Projekt initiiert haben? Wie ist das auf leichtem Wege über eine gute Logistik und zu einem halbwegs vernünftigen, erschwinglichen Preis möglich, damit ich wirklich breit überall GENUSSLAND KÄRNTEN vom Produzenten, über den Handel, über die Mitstreiter zum Konsumenten bringe? Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage! Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Geschätzter Herr Landesrat! Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass mir der Genuss eigentlich vergangen ist, weil Sie meine erste Frage nicht beantwortet haben. Ich komme jetzt zur Zusatzfrage, die lautet: (*2. LH-Stv. Ing. Rohr: Wie viel Geld haben Sie ausgegeben?*)

Wie viel Geld haben Sie in den Jahren 2000 bis 2007 für die Lebensmitteldachmarke KÄRNTEN ECHT GUT ausgegeben?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Die Frage ist zweigeteilt ganz leicht zu beantworten: Von 2000 bis 2004 nichts, weil da war ich nicht zuständig, von 2004 bis aktuell heuer im Budget für KÄRNTEN ECHT GUT an die 250.000,-- Euro pro Jahr.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die Anfrage 4 erledigt. Bevor ich zur nächsten Anfrage komme, heiße ich die mittlerweile eingetroffene Landesrätin Mag. Cernic herzlich willkommen! Herzlich willkommen auf der Regierungsbank! Wir kommen zur Anfrage 5:

5. Ldtgs.Zl. 445/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing.**

Lobnig**Gallo an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Rohr**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! In der Marktgemeinde Velden ringt ein Mann um Gerechtigkeit. Es ist ein Gemeindebediensteter, der das mit viel Zivilcourage macht. Er ist Beamter, heute muss man sagen, gewesen und auch demokratisch gewählter Personalvertreter. Das war offensichtlich sein Pech! Das größte Pech war, dass er zugegeben hat, dass er den Diensteid nicht auf eine Partei abgeleistet hat, sondern auf die Gesetze des Landes und der Republik Österreich. Er wurde vom Herrn Bürgermeister mit einer fadenscheinigen Begründung kaltgestellt. Er wurde bei vollen Bezügen spazieren geschickt, er war damals der teuerste Spaziergänger Österreichs. Ich habe das hier bereits einmal zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Der Herr Landesrat damals, Herr Ing. Rohr, hat sich abgeputzt. (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Der Beschwerdeführer hat aber nicht aufgegeben. Er hat beim Verwaltungsgerichtshof eine Feststellungsklage gemacht, vollinhaltlich Recht bekommen. Das schaut für die Gemeinde Velden, für den Bürgermeister, aber auch für das Land, die Gemeindeabteilung nicht gut aus. Interessant dabei ist, dass ihm dabei von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Rechtsschutz verweigert worden ist. Da werden wir sehen, wie es dem Vorsitzenden ergehen wird, wenn er seine Gasthausgeschichten vor Gericht austragen wird. Aber ich frage Sie einmal, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Rohr:

Welche Konsequenzen ziehen Sie als Gemeindeferent aus der für den amtierenden Veldener Bürgermeister, die Marktgemeinde Velden sowie das Land Kärnten total negativen Höchstgericht-Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 17.12.2007, Zl. 2007/12/0079-8, betreffend die Beschwerde des mittlerweile zwangspensionierten Veldener Gemeindebediensteten G.P.?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Frau Regierungskollegin! Werte Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Festzuhalten ist, dass seitens des von Ihnen zitierten G. P. die dafür zuständigen Dienstbehörden, nämlich der Bürgermeister der Marktgemeinde Velden am Wörthersee sowie der Gemeindevorstand der Marktgemeinde Velden am Wörthersee entsprechende Bescheide erlassen haben bzw. diese Bescheide ergangen sind. Ich möchte dazu anmerken, dass das auch teilweise mit den Stimmen von BZÖ-Gemeinderäten so stattgefunden hat. Mit Erkenntnis vom 17. Dezember 2007 hat der Verwaltungsgerichtshof den in der Folge seitens der Kärntner Landesregierung als zuständiger Vorstellungsbehörde ergangenen Bescheid aufgehoben. Gegenständliches Dienstrechtsverfahren (*Zwischenruf von Abg. Rossmann.*) ist ein Rechtsverfahren. Das heißt, der Gemeindevorstand der Marktgemeinde Velden hat daher aufgrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 17. Dezember gemäß dem neuen Vorstellungsbescheid der Kärntner Landesregierung zu handeln und ist die Gemeinde gemäß § 95 Abs. 5 1. Satz der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung nach Gesetzblatt 66/1998 i. d. g. F. bei der neuerlichen Entscheidung verpflichtet, der Rechtsansicht der Landesregierung Rechnung zu tragen. Zur Durchsetzung der Verpflichtung, dass die Gemeinde der Rechtsansicht der Landesregierung bei ihrer neuerlichen Entscheidung Rechnung zu tragen hat, wurde durch den letzten Satz des § 95 Abs. 5 Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung normiert, dass Gemeindebescheide, die entgegen dieser Verpflichtung der Rechtsansicht der Landesregierung nicht Rechnung tragen mit Nichtigkeit bedroht sind, was im konkreten Fall auch so passiert ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es eine Zusatzfrage von Seiten der SPÖ-Fraktion? – Ich sehe, das ist nicht so! Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht, dann hat der Anfragersteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben das Ganze jetzt mit vielen Worten vernebelt, das ist eine ziemliche Pleite! Aber ich frage Sie etwas anderes. Sie sind in letzter Zeit dadurch aufgefallen, dass Sie sich mit starken Sprüchen für „Gestopfte“ in Kärnten eingesetzt haben. Ich frage Sie:

Wie werden Sie jetzt diesem kleinen Mann in Velden Gerechtigkeit angedeihen lassen?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Ich weiß nicht, wie Sie mir unterstellen können, dass ich mich für „Gestopfte“ in Kärnten einsetze. Ich glaube, ich habe bisher eine Politik gemacht, die beweist, dass ich im Interesse der Menschen dieses Landes Politik mache. (*Abg. Ing. Scheuch: Nein, nein, das war nicht zu spüren!*) Ich verweise allein als Gemeindereferent darauf, dass es mir gelungen ist, aus 49 Abgangsgemeinden 12 zu machen, (*Abg. Trettenbrein: Wann denn?*) Herr Kollege Scheuch, (*Abg. Trettenbrein: Das haben die Gemeinden gemacht!*) aus 49 Abgangsgemeinden 12 zu machen (*Abg. Trettenbrein: Indem er die Gebühren erhöht hat! – Abg. Ing. Scheuch: Gebührenerhöhung!*) und zusätzlich jährlich 14 Millionen Euro – oder in guten, alten Schillingen, 200 Millionen Schilling – für Investitionen in Kindergärten, in Schulen, in kommunale Infrastruktur, in die Verbesserung der Ortsraumgestaltung und so weiter und so fort zustandezubringen. Sie brauchen nur Ihre Herren Bürgermeister in den eigenen Reihen fragen, dann werden die Ihnen bestätigen, dass die Politik, die ich gemacht habe, (*Wiederum Einwand von Abg. Ing. Scheuch.*) im Interesse der Menschen dieses Landes und der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Aber zum anderen, Herr Kollege Gallo, eines kann ich dir versichern: Auch Höchstgerichtsurteile, wenn sie so wie sie gefallen sind der Gemeinde Velden den Auftrag erteilen, hier den Bescheid und die Behandlung des Falles neuerlich zu bearbeiten und zu behandeln, werden zumindest von unserem Repräsentanten auch entsprechend zur Kenntnis genommen und geachtet, was im Gegensatz zu Ihrem Herrn Lan-

deshauptmann vielfach und mehrfach immer wieder in Frage gestellt wird! Ich denke mir, wo die Gesetzesbrecher sitzen, Herr Kollege Gallo, das brauchen wir hier heute nicht behandeln! (*Einsetzender Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Das war ein verhaltener Applaus!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zur nächsten Anfrage 6:

6. Ldtgs.Zl. 446/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Holub an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(*Abg. Ing. Scheuch: Ist das wohl eine gescheite Frage?*) Schauen wir einmal! (*Abg. Dr. Lesjak: Wir haben immer gescheite Fragen!*) Liebe Freunde! Willkommen zur Sonderlandtagssitzung! Geschätzter Präsident! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die B 317 wurde als Schnellstraße S 37 in das Bundesstraßennetz aufgenommen und ist jetzt in der Obhut der ASFINAG. Die ASFINAG baut hier eine Schnellstraße mit Autobahncharakter, wie es heißt. Uns wird dieser Bau eigentlich immer so als Sicherheitsausbau verkauft, sage ich jetzt einmal. Ich denke doch, hier geht es eher um viel Kohle! Da will die ASFINAG in Wirklichkeit eine Autobahn bauen! Ich denke, dass der Transit auf uns zukommen wird. Meine grundsätzliche Frage und auch mein Ansatz ist, dass man aus volkswirtschaftlichen Überlegungen auch LKW-Fahrverbote verhängen kann und Tempolimits und Section Controlling machen kann, damit es eben mit dem Transit nicht so stark wird. Daher meine Frage an Sie:

Welche (aus volkswirtschaftlicher Sicht) kostengünstigeren, effektiven Sicherheitsmaßnahmen betreffend die S 37 schlagen Sie abgesehen vom Sicherheitsausbau zu einer Schnellstraße mit Autobahncharakter vor?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub! Wie beim Ringausbau, bei der zweiten Röhre des Katschbergtunnels liegen die Grünen halt wieder einmal falsch. Denn laut einer Umfrage sagen 90 Prozent der Klagenfurter, dass der vierspurige Ringausbau nicht nur gut ist, sondern es gibt begeisterte Zustimmung. Das zeigt, die Grünen waren am falschen Dampfer! (*Abg. Dr. Lesjak: Zum Thema!*) Das Gleiche bei der zweiten Röhre des Katschbergtunnels: Jeder kann sich an den 29. Mai 1999 mit über zehn Todesopfern erinnern, auch die Grünen. Du hast selbst Lagerfeuerveranstaltungen aus Protest gegen diese Baumaßnahme gemacht. Der Katschbergtunnel ist fertig. Die alte Röhre wird saniert und ab Gründonnerstag 2009 haben wir Stauvergangenheit und mehr Verkehrssicherheit!

Ich darf vielleicht, weil es dazu passend ist, aus einem Leserbrief vom 30. Juli 2008, Kärntner Woche, zitieren. Da schreibt eine Frau Berger aus St. Veit: „Ich hoffe, dass bald etwas passiert und der Ausbau schnell voran geht.“ So weit zur Stimmung aus der Bevölkerung in der betroffenen Region. Ich kann auch berichten, dass einerseits mit der ASFINAG und andererseits mit allen betroffenen Gemeinden und den Planungsgruppen laufend Abstimmungsgespräche stattfinden und dass bereits zum Beispiel am 8. Mai – die Bürgermeister der Region: Bürgermeister Englwurzer, Bürgermeister Mitterdorfer aus Treibach-Althofen, Bürgermeister Gerhard Mock beispielsweise – die SPÖ St. Veit sagt: „Wir sind für den Ausbau!“ Alle Wünsche und Anregungen der Bürgerinitiativen werden in die Planung aufgenommen, Herr Abgeordneter Holub! Oder dass sich auch der Bürgermeister Kotschitz mit den Wünschen nach einer Einhausung, die wir ja im Landtag einstimmig beschlossen haben und auch, was ganz wichtig ist, der Bürgermeister beispielsweise von Maria Saal für diese Ausbaumaßnahmen mit höchstem Anrainerschutz aussprechen.

Wenn dann die Grünen Aussendungen machen und sich da sorgen, der Verkehrsreferent sei als Kindergartenreferent unglaubwürdig, weil es da wieder eine neue Transitroute gebe und sich das mit einer positiven Zukunftsgestaltung für unsere Kinder nicht vereinbaren lässt, Herr Abgeordneter Holub: Welche Zukunftssorgen haben Fa-

milien mit Kindern im Metnitztal, im Gurktal, in dieser durchaus schwierigen Wirtschaftsregion, wenn wir ihnen keine sichere und leistungsfähige und anrainergerechte Verkehrsinfrastruktur zu Verfügung stellen? (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Wenn wir es verhindern wollen, dass auch in Zukunft die Abwanderungstendenzen aus dem ländlichen Raum gestoppt werden, dann müssen wir einerseits entsprechende Verkehrsinfrastrukturen für den täglichen Bedarf, besonders für die Pendler und andererseits, wenn wir schon von Volkswirtschaft sprechen, für die Wirtschaft entsprechende leistungsfähige Verkehrsverbindungen zur Verfügung stellen. Ein Industriepark St. Veit wäre nie zustande gekommen, wenn wir nicht eine Anbindung an die S 37 gebaut hätten. Wenn wir den Bezirk Wolfsberg hernehmen: Der Bezirk Wolfsberg hat eine Wirtschaftsdynamik wie kein zweiter in Kärnten. Warum?

Weil es eine A 2 gibt und weil damit die Wirtschaft Verkehrsbedingungen hat, wo sie an das europäische Verkehrsnetz angeschlossen ist. Das heißt, wenn man das volkswirtschaftlich betrachtet, ein klares Ja zum Ausbau der S 37. Wenn man es von der Verkehrssicherheit her betrachtet – die Unfallzahlen auf der S 37 sind traurige Geschichte in diesem Land. 2002: 4 Todesopfer, 51 Verletzte; 2003: 47 Verletzte, 5 Todesopfer; 2004: 53 Verletzte, 2 Getötete; 2005: 61 Verletzte auf dieser Straße, 2 getötete Verkehrsteilnehmer; 2006: 53 verletzte Verkehrsteilnehmer, 1 Todesopfer; 2007: 30 Verletzungen, 2 Todesopfer. Ich denke, dass auch der Bereich Sicherheit ein ganz klarer Auftrag ist, diese Straße entsprechend sicher auszubauen. Natürlich – und das ist das oberste Gebot, wie es zum Beispiel im Liesertal der Fall war, wie es beim Vollausbau der Pack der Fall war – sind auch höchste Qualitäten für die Anrainerschutzmaßnahmen von der ASFINAG und vom Verkehrsminister einzufordern. Ich hoffe nur, dass der jetzige „Noch“-Verkehrsminister nicht ein Sparprogramm durchzieht und zu Lasten der Anrainer faule Kompromisse schließt. Wir werden – und ich hoffe, das wird der Landtag auch in Zukunft so tun – einstimmig vom Verkehrsminister die Entscheidungen einfordern, dass wie in Trebesing auch im Bereich Maria Saal – übrigens hat mir die Bürgerinitiative, Biops nennt sie sich, diese Woche geschrieben, dass sie weiter zum Ausbau der S 37 steht. Also tun Sie nicht so, dass Sie quasi alle Bürgerinteressen vertreten, sondern

Dörfler

Sie vertreten einen, der einen ähnlichen Namen hat wie ihre Partei, mit dem ich mich übrigens am Samstag beim „Spectaculum“ recht gut ausgesprochen und ihm erklärt habe, wir müssen gemeinsam das Beste für die Region tun und nicht gegen die Region. Sie vertreten nicht die Meinung der Bürger!

Die Meinung der Bürger vertreten die Bürgermeister der Region (*Vorsitzender: Halbe Minute Redezeit noch!*) und wenn alle Bürgermeister einerseits berechnete Forderungen für die Verbesserung der Lebensqualität der Anrainer einfordern, andererseits aber auch aus Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung ein klares Bekenntnis zum Ausbau vorhanden ist, dann glaube ich, gibt es auch volkswirtschaftlich eine klare Weichenstellung. Ich möchte, dass der Bezirk St. Veit durch diesen Ausbau höchste Lebensqualität, was Anrainerschutz anbelangt, hat, höchste Sicherheit, weil wir sie dringend brauchen, hat, aber auch eine wirtschaftliche Zukunft hat. Ich möchte, dass das Gurk- und das Metnitztal und die Region (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) rund um Friesach, Treibach-Althofen und St. Veit von der Wirtschaftskraft her so stark wird wie der Bezirk Wolfsberg. Das ist meine Aufgabe als Verkehrs- und Infrastrukturreferent! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
Bitte, Herr Abgeordneter Haas!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Anfrage des Kollegen Holub betrifft ja hauptsächlich die kostengünstigeren, effektiven Sicherheitsmaßnahmen im Zuge des Ausbaues. Mich interessiert, wie du ja bereits gesagt hast, sehr stark die Lage der Anrainer. Deshalb möchte ich dir die Zusatzfrage stellen:

Welche Pläne und Schwerpunkte gibt es für einen optimalen Anrainerschutz im Zuge des Ausbaues der S 37?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Wie schon vom Beginn des Projektes – und da darf ich mich noch einmal beim Bürgermeister und seinerzeitigen Abgeordneten Gerhard Mock bedanken, der seinerzeit schon vor Jahren erkannt hat, wie wichtig dieser Ausbau ist, weil natürlich die Bezirkshauptstadt St. Veit, aber vor allem auch der Wirtschaftsstandort Treibach-Althofen massiv diesen Ausbau braucht, weil die Wirtschaft diesen auch massiv einfordert – haben wir uns von Anfang an darauf verständigt, dass höchste Qualitäten des Anrainerschutzes Grundlagen für das Projekt sein müssen. Es ist übrigens eine UVP für das gesamte Projekt notwendig, das wird auch die Grünen, so hoffe ich, beruhigen, denn eine UVP ist eine sehr teure und aufwändige Verfahrenshürde, wo grundsätzlich alle Rechtsmaterien bezüglich eines Projektes einzuarbeiten sind. Das heißt jedenfalls, die Hürde einer UVP muss dieses Projekt erfüllen, daher eine grundsätzliche Grundberuhigung. Wir müssen aber gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der Landtag und alle politisch Verantwortlichen, die Region, Gemeinden und vor allem die Betroffenen – ich betone immer, die betroffenen Anrainer (*Abg. Dr. Lesjak: 15 Bürgerinitiativen!*) und nicht die selbsternannten Vertreter einer Region wie die Grünen, Sie sind es nicht! – dass wir alle Anrainerinteressen ernst nehmen. Auch in persönlichen Gesprächen, wie es zum Beispiel bei der Umfahrung Bad St. Leonhard passiert ist, wo auch die Grünen ein Riesentheater veranstaltet haben und ich 18 Häuser einstimmig und einvernehmlich in persönlichen Verhandlungen mit den Anrainern positiv abwickeln konnte, so ist es mir auch ein wichtiges Anliegen, erstens die entsprechenden Anrainerwünsche, die auch die Gemeinde im Bereich Maria Saal fordert, umzusetzen – Entscheidungsträger ist der Verkehrsminister, das wissen wir. Ich hoffe, er wird ein Kärntenverständnis und ein Anrainerverständnis haben – und natürlich auch die zweite geforderte Einhausung im Bereich Friesach/Oberdorf. Das sind die zwei größten Projekte. Natürlich müssen alle Anrainerprobleme, vor allem, was den Lärm anbelangt, im Bereich dieser S 37 optimal umgesetzt werden. Betrübtlich nur, wenn auch Kärntner Medien gerade vor kurzem in einer Glosse die vielen Lärmschutzbaumaßnahmen kritisieren. Die sind halt immer nur vor der Lärmschutz-

Dörfler

wand unterwegs und nicht hinter der Lärmschutzwand. Wenn eine neue Abgeordnete – ich darf Sie übrigens recht herzlich begrüßen im Hause! – dazu nickt, weil sie auch sehr oft mit diesen Problemen zu tun hat, dann muss man wissen, dass wir höchste Anrainerschutzmaßnahmengrundlagen zu vertreten haben. Ich leide oft darunter, dass der Präsident der Kärntner Wirtschaftskammer Lärmschutzwände heftig kritisiert, dass es aber auch auf der politischen Ebene durchaus zweigeteilte Meinungen gibt. Ich bin auf der Seite der Anrainer und wir haben gemeinsam auf der Seite der Anrainer und betroffenen Bürger auf der Route S 37 dafür Sorge zu tragen, dass wir die Qualitäten, die wir im Liesertal mit der Einhausung Trebesing und über 50.000 Quadratmetern Lärmschutzwänden umsetzen konnten, auch der Bevölkerung im Bereich der S 37 zur Verfügung stellen können und müssen. Damit haben wir einerseits höchste Anrainerschutzqualität, andererseits ein wirtschaftliches Zukunftspotential für eine schwierige Region und die dringend notwendige Verbesserung der Verkehrssicherheit! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Nein! Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht! Dann bitte Herr Abgeordneter, haben Sie die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Landesrat Dörfler! Ich bin mit allen 15 Bürgerinitiativen zusammen gesessen. Die haben ähnliche Bedenken wie ich. (*Abg. Ing. Scheuch: Mit 50 Bürgern bist du zusammen gesessen?*) Ich weiß schon: Was die BIUZ macht und was die BIUZ bekommt, aber grundsätzlich machen Autobahnen ein Land kleiner, die regionale Wirtschaftlich eher kaputt. Anbindungen sind notwendig und Sicherheit natürlich auch, aber die Prognosen der ASGINAG selber sagen, dass es 47.000 Fahrzeuge pro Tag geben wird. Das ist rund ein Drittel mehr als auf der Inntalautobahn und da fragt man sich schon, wo der Tourismus und die regionale Wirtschaft bleiben und wo die Lebensqualität der Menschen bleiben wird. Vielleicht wissen Sie das nicht, aber Sie

als Verkehrsreferent sollten das wissen. Daher meine Frage:

Haben Sie die Bürgermeister seinerzeit, wie Sie mit ihnen zusammen gesessen sind, über die negativen Folgen des Ausbaues hinsichtlich der Zunahme des Transits, der steigenden CO₂-Emissionen, der Feinstaubbelastung und des Verschwindens des regionalen Tourismus informiert?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub! Im Gegensatz zu dir – wir duzen uns ja auch im Landtag, das finde ich gut so – darf ich festhalten, dass es vom ersten Tag an eine offene Planung gibt. Offene Planung bedeutet, dass die Bürger über die Gemeinden alle Rechte der Information haben. Und zu den 47.000, Herr Abgeordneter Holub: Spielen Sie nicht immer mit falschen Zahlen! (*Abg. Holub: Nein, die ASFINAG!*) Ja! Ich darf zitieren: Belastungsplan S 37 – Istzustand 2007: Verkehrsbelastung vor Scheifling 13.000 Fahrzeuge in 24 Stunden, 6.000 nach Scheifling, weil ja viele dann in Richtung der Murtal Bundesstraße abzweigen. Dürnstein 8.000 Fahrzeuge in 24 Stunden, Treibach-Althofen 10.000, 20.000 Im Bereich der Anbindung St. Veit von Norden kommend, 14.000 nach dem Stadtgebiet St. Veit, weil ja viele auch auf die Ossiachersee-Bundesstraße beziehungsweise in das Gebiet um die Stadt St. Veit abzweigen und 24.000 im Bereich Maria Saal. Ohne Ausbau der S 37 steigen diese Zahlen von 13.000 auf 17.000 in Scheifling, von 6.000 auf 9.000 nach Scheifling, in Dürnstein von 8.000 auf 11.000, in Althofen von 10.000 auf 14.000, in St. Veit von 20.000 auf 26.000 und in Maria Saal, wo wir den höchsten Verkehrsfrequenzbereich haben, auf 32.000. Das verschweigen die Grünen immer. Sie vergleichen immer ohne Ausbau und mit Ausbau, aber nicht Prognose ohne Ausbau. Das heißt, mit ihren Bürgerinitiativen verschweigen sie die tatsächlichen Zahlen. 47.000 gibt es im Bereich zwischen St. Veit und Klagenfurt, das ist kein Geheimnis. Wir haben aber auch ohne Ausbau 32.000 Fahrzeuge. Noch ganz kurz, wir schaut es in Scheifling aus? 26.000 in Scheifling, 17.000 nach Scheifling, in Althofen 25.000 und vor St. Veit 36.000, 29.000 nach St. Veit und die

Dörfler

berühmt-berüchtigten 47.000. Sie behaupten in ihren Aussendungen und Publikationen ja allen Ernstes, dass es überall 47.000 Fahrzeuge gibt! Wo es Verkehr gibt, gibt es Probleme. Das ist ohne Zweifel so und in einer guten, verantwortungsvollen Planung mit Einbindung der Gemeinden werden wir dafür Sorge tragen, dass wir die Chancen nützen, den Wirtschaftsraum St. Veit massiv zu verbessern!

Ich darf noch einmal erinnern, die Firma Kohlbach in Bleiburg, die der Landeshauptmann dort ansiedeln konnte, die war schon weg aus Kärnten! Hätten wir keine Lippitzbachbrücke, keine Anbindung an die A 2, hätte Kohlbach nicht einmal überlegt, dorthin zu gehen! Da sieht man schon, wie wichtig eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur ist. Oder das Beispiel Logistikzentrum Süd des BILLA-Konzerns. Der war schon abgesiedelt in die Steiermark, weil Maria Saal zu klein war. Es ist mir gelungen, auch mit den Planungen und Planungsabsichten, die wir auf der S 37 haben, diesen Standort für Kärnten wieder zurückzuholen, Herr Abgeordneter Holub. 170 Arbeitsplätze! Viele der Arbeitsplätze, gerade aus der Region Metnitztal, Gurktal, Friesach, die dorthin einpendeln, die brauchen eine sichere Straße und die brauchen aber auch einen Arbeitsplatz! Und Arbeitsplätze ohne Verkehr habe ich noch nicht entdeckt. Sie wären vielleicht ab und zu recht schön, ich weiß nur nicht, welche Jobs wir den Leuten bieten können! Das heißt, in verantwortungsvoller Planung ist alles dafür zu tun, dass wir eine wirtschaftliche Entwicklung, beste Anrainerqualität und letztendlich die größtmögliche Verkehrssicherheit haben! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Damit kommen wir nun zur Anfrage 7:

7. Ldtgs.Zl. 449/M/29:**Ebenfalls eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Holub an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wieder einmal ein Stück Autobahn, und zwar diesmal die Strecke Klagenfurt von der August-Jaksch-Straße und der Anschlussstelle Klagenfurt/Wörthersee. Hier wurde die Strecke 2002 als B 70c in die Kompetenz der Landesverwaltung übergeben. Vor der Fussball-Europameisterschaft hat man dann versucht, hier einen Parkplatz zu errichten. Ich weiß nicht, ob Sie das Stück öfter gefahren sind. Man braucht, glaube ich, eine eigene Ausbildung, um zu verstehen, was hier passiert, auf der einen Seite ist ein Parkplatz, wo keine Autos stehen, auf der anderen Seite kommen sich auf der Autobahn Autos entgegen. Es hat auch einen Unfall gegeben, deswegen meine Frage:

Warum haben Sie keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt, um die Gefahr von Unfällen, wie der tödliche Unfall vom 9.5.2008 auf dem Autobahnzubringer zwischen Minimundus und der August-Jaksch-Straße zu verhindern?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub! Zur Geschichte dieses vierspurigen Autobahnbereiches in die Stadt: Das ist eine Erbschaft des Professors Knoflacher, des berühmten Verkehrsexperten, der jetzt ja keinen Verkehr will. Es ist ausreichend bekannt, dass Professor Knoflacher seinerzeit eine vierspurige Autobahn durch die Landeshauptstadt Klagenfurt von Wien an die Adria geplant hat. *(Abg. Ing. Scheuch: Er berätet ja ...)* Bei uns in der Straßenbauabteilung nennt sich der immer „Stutzl“. Das nur zum Verbündeten der Grünen, Professor Knoflacher. Vom Saulus zum Paulus! *(Abg. Lutschounig: Der hat ja selber nicht einmal ein Auto!)* Diese Erbschaft des Herrn Professor Knoflacher wäre für die Stadt *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das stimmt ja gar nicht! – Abg. Lutschounig: Das hat er mir selber bestätigt!)* Klagenfurt fatal gewesen und hätte diese Stadt massivst belastet. *(Es herrscht starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Warum ist der Herr Speckbauer so aufgeregt? *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion und der ÖVP-Fraktion. – Vorsitzender: Herr Landeshaupt-*

Dörfler

mann-Stellvertreter! Sie sind am Wort! Bitte fortzusetzen!) Das einmal grundsätzlich zur Genesis dieser Geschichte. Es hat dann der damalige Verkehrsreferent Wiedenbauer, weil es während der Messezeiten – und da gebe ich ihm recht – massiven Parkplatzbedarf gibt, der auch gut funktioniert hat, die Idee gehabt, dort eine Park & Ride-Anlage zu errichten. Aufgrund dessen, dass wir keine vierspurige Straße – auch von den Verkehrsprognosen her – brauchen, ist dann mit der Stadt Klagenfurt ein Vertrag entwickelt worden. Erstens, dass die Stadt Klagenfurt die zwei Südspuren übernimmt, das Land Kärnten diese entsprechend umbaut.

Und wenn da kritisiert wird, welche Maßnahmen ich treffen hätte sollen wegen einem Unfall, ich fahre kein Motorrad und es gibt leider viele Motorradtote in Kärnten. Ich bin einer, der sich auf Zebrastreifen und Schutzwegen so verhält, dass mir nichts passiert. Verkehrsunfälle passieren zu 94 Prozent – der Abgeordnete Schober kennt sich da gut aus – Verursacher ist der Lenker oder der Verkehrsteilnehmer. Nicht die Straße und nicht der Zustand des Autos. Vielleicht eines noch: Da wurde von dir behauptet, als Autofahrer kennt man sich da nicht aus. Also ich habe mich ausgekannt! Scheinbar habe ich bei der Führerscheinprüfung im Gegensatz zu dir auch etwas gelernt und weiß heute noch, wie man sich am Lenkrad zu benehmen hat. Wenn du das nicht kannst und überfordert bist, dann ist eine Nachschulung, Herr Abgeordneter, dringend notwendig! Ich lade dich gern dazu ein! (*Abg. Zellot lacht lautstark.*) Die Fahrschulen werden sich freuen, einem Grünen einmal das Autofahren beizubringen! Wir hatten im Oktober 2007 ein Sicherheitsaudit durch ein externes Zivilbüro. Das war die Grundlage für die Planung dieser Umbaumaßnahmenverkehrsführung. In diesem Audit sind alle Auflagen entsprechend berücksichtigt worden, dass nach der RVS diese Maßnahmen, diese Verkehrsführung, jedenfalls allen Kriterien der RVS zu entsprechen haben. Leider kam es am 9. Mai 2008 zu einem tragischen Unfall, der aber nichts mit dieser Anlage zu tun hat, denn ich habe darauf sofort, Herr Abgeordneter, ein weiteres Audit des ÖAMTC beantragt. Am 16. Juli 2008 wurde dieses Monitoring, dieser Bericht, vorgelegt und ich darf zitieren: „Die Querschnittsgestaltung, das heißt die befestigte Fahrfläche einschließlich der Randmarkierungen und der befestigten Seitenstreifen entsprechen

den Erfordernissen, insbesondere unter Zugrundelegung der verordneten zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und so weiter und so fort. Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die gegebenen Anlageverhältnisse des gegenständlichen Streckenabschnittes und bei Einhaltung der verordneten Höchstgeschwindigkeit die in der Straßenverordnung verankerte Sicherheit, die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs, gegeben ist. Weiters wird ausgeführt, dass diese Umbaumaßnahme bereits einer im Juni 2008 zur Anwendung gebrachten RVS entspricht. Das heißt, wir haben 2007 gebaut und das entspricht auch der RVS 2008. Weiters schreibt der ÖAMTC: „Eingangs erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass seitens des ÖAMTC für die Einhaltung der richtigen Geschwindigkeiten gemäß § 20 Abschnitt I STVO die Eigenverantwortung des Lenkers von großer Bedeutung ist.“ Ich darf nur festhalten, dass die Baumaßnahme zuvor durch ein Sicherheitsaudit entsprechend geplant wurde, dass sie diesem Audit entsprechend umgesetzt wurde und der ÖAMTC bestätigt, dass diese Baumaßnahmen allen Kriterien der RVS entspricht.

Tragisch, dass trotzdem ein Unfall passiert ist, wie viele andere, die mich sehr bedrücken und auch beschäftigen. Man kann immer nur präventiv tätig sein. Das Gaspedal oder das Glas Wein trinke nicht ich und nicht ich fahre zu schnell, sondern es sind immer wieder Schicksale, die leider Gottes zu tragischen Fällen führen. Aber ein Verkehrsreferent kann durch viele Baumaßnahmen den Verkehr sicherer machen, wie zweite Tunnelröhren, die die Grünen ablehnen, wie der vierspurige Ring, der eine sichere Ausbaumaßnahme ist oder wie eine S 37 mit entsprechenden baulichen Maßnahmen. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Die Frage erstaunt mich etwas, Herr Abgeordneter! Einerseits gegen alle sicherheitsbaulichen Maßnahmen mit Protest auftreten wie beim zweiten Katschbergtunnel oder gegen den Ringausbau oder den Packausbau. Ihr seid gegen alles, aber gleichzeitig dann Verantwortung beim zuständigen Verkehrsreferenten suchen wollen, dass er quasi derjenige ist, der Verkehrsunfälle verursacht. Das passt nicht gut zusammen! Die Grünen sollen, wie sie es auch bei der Umfahrung Völkermarkt getan haben, vernünftige sichere und zukunftsweisende Straßenbaumaßnahmen unterstützen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es eine Zusatzfrage von der BZÖ-Fraktion?
– Bitte Herr Abgeordneter Willegger!

Abgeordneter **Willegger** (F):

Hoch geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In diesem Zusammenhang möchten wir natürlich auch gerne wissen, wie schaut die aktuelle Unfallstatistik auf Kärntens Straßen aus?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Wir können festhalten, dass wir durch viele bauliche Maßnahmen, durch viele Präventivmaßnahmen mit den Autofahrerklubs, durch Aktionen „Sicheres Radfahren“, „Sichtbar Sicher“, „Polizist Ferdinand“ für die Kindergartenkinder, in den letzten Jahren eine erfreuliche Tendenz feststellen konnten, die aber leider heuer wieder ein trauriges Ergebnis bringt. Wir müssen feststellen, dass im Vergleich der zwei Halbjahre 2007 und 2008 in Kärnten letztes Jahr 18 Verkehrstote zu verzeichnen waren und heuer leider 28, das sind um 10 Tote mehr. Besonders betrüblich ist die Entwicklung der tödlichen Fußgängerunfälle. Letztes Jahr im ersten Halbjahr kein getöteter Fußgänger in Kärnten, heuer tragischerweise sechs.

Es zeigt sich auch, dass im Bereich der Zebrastreifen, die leider Schutzwege genannt werden, ein großer Problemkreis der Verkehrssicherheit verpackt ist. Das heißt, die Bevorrangung des Fußgeher führt scheinbar, ich kann es nur vorläufig sagen, scheinbar, zu sehr dramatischen Unfallentwicklungen. Es ist aber auch so, dass in vielen Bereichen die Erziehung der Kinder beispielsweise zu wünschen übrig lässt. Jeder von uns hat wahrscheinlich schon Situationen erlebt, dass gerade im städtischen Gebiet Jugendliche speziell Schutzwege als quasi bevorrangte Straßenüberquerungen betrachten und leider Gottes auch dadurch viele Unfälle zu verzeichnen sind. Besonders betrüblich ist, dass ältere Menschen, die über 60 Jahre alt sind, die größte Unfallgruppe sind. Bei den sechs Toten Fußgängern sind

fünf davon über 60 Jahre, das heißt, Menschen, die einfach auch durch die Rücksichtslosigkeit der Verkehrsteilnehmer überfordert sind. Sie haben aufgrund ihres Alters und ihrer Gebrechlichkeit, zum Teil schlechte Fähigkeit des Sehens zum Beispiel oder auch eingeschränkte Möglichkeiten des Gehens, keine Chance. Hier erwarte ich mir einfach mehr Rücksichtnahme!

Wir haben mit dem Verkehrsinstitut Epikus eine Blickfeldstudie beauftragt, die in den nächsten Wochen präsentiert wird, so wie für die S 37, als die Grundlage für sicherheitsbauliche Maßnahmen bis zum konkreten Ausbau durchaus positiv abgewickelt werden konnten. Wir erwarten uns von dieser Blickfeldanalyse im Bereich von Fußgängerübergängen einen Input, wie wir Fußgängerübergänge noch sicherer machen können. Faktum ist aber, dass diese Unfälle in erster Linie auf nicht angepasste Geschwindigkeit zurückzuführen sind. Das heißt, die Statistik der Polizei belegt eindeutig und klar, dass nach wie vor der Bereich der hohen Geschwindigkeit das Hauptunfallproblem ist. Ständig zunehmend ist, dass auch zu viele Ablenkungen am Steuer sind. Heute Morgen bin ich von Feldkirchen nach Klagenfurt gereist und habe dadurch, dass ich selbst gefahren bin, jeden, der mir entgegen gekommen ist, sehr genau beobachtet. Fast jeder zweite LKW-Lenker hat das Handy beim Ohr. Wenn der einen Unfall produziert durch Telefonieren am Steuer, möchte ich mir nicht ausmalen, welche Folgen das für den Menschen und auch für die Umwelt haben kann. Das heißt, es ist ein Gebot der Stunde, die entsprechenden Gesetze auch einzuhalten! Nicht, eine Unfallstatistik zu diskutieren, sondern ich kann nur jeden dazu einladen, das tun auch die Kärntner Medien beispielhaft, den Menschen klar zu machen, sicher ankommen ist immer noch die wichtigste Verkehrsaufgabe am Steuer! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
– Ist nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? – Auch nicht, dann bitte, Herr Abgeordneter, dann haben Sie noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Wenn ja, dann bitte diese zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Landesrat! Es gibt in Ihrem Referat zwei, drei Besonderheiten, die es sonst nirgendwo gibt. Es wurde fünf Jahre lang von Ihnen Null Cent für den öffentlichen Verkehr ausgegeben. Es wird niemals oder in keinem Land so viel Natur in Asphalt und Beton verwandelt wie in Kärnten unter Ihrer „Regentschaft“. Es hat auch noch nie so viele Tote gegeben wie im ersten Halbjahr 2008, nämlich 33 Tote. Sie denken, dass ein Verbreitern der Strassen und das Schaffen von Struktur und 160 km/h auf der Autobahn Menschenleben retten.

Ich frage Sie wirklich ganz ehrlich: Wie wollen Sie diese schreckliche Statistik verbessern und eher für die Menschen als für die Straßen tätig sein?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub! So lange Menschen mobil sind, werden sie Straßen brauchen und gute, sichere Straßen brauchen. Man muss auch wissen, dass die Verkehre massiv zugenommen haben. (*Abg. Dr. Lesjak: Weil es so viele breite Straßen gibt!*) Das heißt, pro gefahrenen Kilometer passiert im Regelfall weniger, weil die Autos besser geworden sind. Wenn ich das umrechne, die Verkehrsentwicklung 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2008 wissen wir, dass die Verkehre massiv zugenommen haben. Eine völlige Falschbehauptung, dass die Unfallzahlen steigen, wir mussten in Kärnten jahrelang über Hundert tödliche Unfallopfer verzeichnen. Das heißt, im ersten Halbjahr sehr oft 50, 60 und du behauptest, 33 sei ein Rekord! Also bitte, ich erwarte mir von einem Abgeordneten im Landtag, nicht mit falschen Zahlen, aber das tun die Grünen gerne und ist nichts neues, zu operieren, sondern mit Fakten zu operieren. Faktum ist, dass es uns gelungen ist, durch viele Verkehrssicherheitsmaßnahmen die Unfallraten in den letzten Jahren von um 100 auf unter 50 zu senken! Dass es aber traurig und betrüblich ist, dass es wieder mehr Unfälle gibt. Wenn ich ein Wochenende im Mai hernehme, leider wieder ein Diskounfall mit zwei Toten, wovon einer mir bestens bekannt war im Bereich Feldkirchen. Gegen diesen Unfall kannst du nichts tun! Das ist Schicksal und leider Gottes das Ignorieren

von entsprechenden Verpflichtungen, die ich habe, wenn ich einen Führerschein besitze.

Der zweite Unfall, wieder besonders tragisch, durch einen Priester am Steuer auf der Gailtal Bundesstraße. Ein Unfall, den man sich in Wahrheit nicht vorstellen kann, menschliches Versagen! Und leider Gottes der fünfte ein Motorradfahrer. Die Motorisierung auf zwei Räder beispielsweise hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Es ist bekannt, dass zum Beispiel die Soboth eine unfallträchtige Strecke ist und dass Rennmaschinen auf Österreichs Straßen zugelassen werden. Das wäre eine Frage im Parlament in Wien, dafür Sorge zu tragen, welche Geräte sollte man überhaupt auf Österreichs Straßen auf zwei und vier Rädern zulassen? Da bin ich durchaus auf Seite der Grünen, dass man sich überlegt, wie viel PS sind überhaupt notwendig? Braucht man über 200? Brauchen wir über 100? Brauchen wir Rennsportgeräte auf Österreichs Straßen? Abgesehen von ihrer Auswirkung der Anrainerbelästigungen, die zum Teil wirklich unzumutbar sind. Wenn ich mir die Lebensbedingungen vieler Kärntner hernehme, die zum Wochenende auch gerne den Garten vielleicht für eine Familienfeier nutzen möchten, und auf Ausflugsstrecken ein gewisser Prozentsatz von Rasern auf zwei Rädern den Menschen das Leben im Sommer vermiest. Das geht sogar so weit, dass kürzlich in der Steiermark ein Anrainer, der sich in eine Protestgruppe gegen Motorradlärm, die ich durchaus unterstütze, dass man dort Molotowcocktails über den Zaun hinein geworfen hat. Einige von Ihnen haben das vielleicht gelesen? So weit darf die Eskalation auf zwei Rädern nicht gehen! Das heißt, es geht einfach darum, dass die Menschen ihrer Verantwortung am Steuer gerecht werden und dass Raserei am Steuer nichts verloren hat! Da sind wir uns einig!

Aber, Herr Abgeordneter Holub! Gute Straßen, dafür zahlen die Menschen genug Steuern! Die Bundesregierung hat die Mineralölsteuer wesentlich erhöht. Der schwarze Scheich, sage ich zum Herrn Molterer, ist der größte Inkassant neben den Ölscheichs, denn die Hälfte kassiert der Herr Molterer und die andere Hälfte kassieren die Ölscheichs. (*Abg. Lutschounig: Schotter-scheich!*) Eine ungerechte und unfaire Aufteilung der horrend steigenden Treibstoffpreise! Die ÖVP hat die Landestankstellen übrigens heftig kritisiert und der Herr Molterer kopiert

Dörfler

sie! Er will jetzt auch, dass die ÖBB und die ASFINAG, ich weiß nicht, ob die ÖVP alle ihre Presseaussendungen liest, der Herr Molterer hat das Kärntner Modell kopiert. Jetzt will Molterer die Tankstellen der ASFINAG und der ÖBB österreichweit öffnen. Das finde ich sehr interessant, bin nur gespannt, was der Faymann als zuständiger Minister machen wird. Sie werden wieder streiten wie immer, nur zusammenbringen werden sie nichts. In der Zwischenzeit haben wir in Kärnten gezeigt, wie es funktioniert! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich darf die Zuhörer auf der Zuhörertribüne höflich ersuchen, auch auf den freien Plätzen Platz zu nehmen, damit den Zuhörern aus den hinteren Reihen die Sicht in den Plenarsaal ermöglicht wird.

Wir kommen nun zur nächsten Anfrage 8. Der Herr Landesrat Scheuch ist nicht anwesend, Herr Abgeordneter Holub, wünschen Sie die Frage mündlich oder schriftlich? (Abg. Holub: Mündlich!) Mündlich bei der nächsten Sitzung. Anfrage 9 Herr Abgeordneter Ragger, wünschen Sie die Anfrage mündlich oder schriftlich? (Abg. Ragger: Mündlich!) Mündlich bei der nächsten Sitzung. So kommen wir zur nächsten Anfrage.

10. Ldtgs.Zl. 456/M/29:**Anfrage des Herrn Abgeordneten Schwager an Herrn Landesrat Mag. Dr. Martinz**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Damen und Herren! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Werter Herr Landesrat! Um das ländliche Wegenetz von den Genossenschaftsmitgliedern zu erhalten, wurde von deinen Vorgängern ein Modell ausgearbeitet - das so genannte Modell Kärnten - um Güterwegesanie- rung mit Zuschüssen vom Land Kärnten möglich zu machen. In letzter Zeit erfährt man von den Genossenschaften, dass es zur Sanierung von Güterwegen vom Land keinen Zuschuss mehr

gibt und dass die Gemeinden und die Genossen- schaften dies selbst tragen müssen.

Meine Frage daher an dich: Was wurde aus dem Güterwege-Sanierungsmodell „Modell Kärnten“?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ein Satz noch zur Diskussion vorher. Wir wollen Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler nicht wichtiger machen als er sich selbst wichtig nimmt. Deshalb sage ich: Er ist sicher bei den Unfällen nicht zuständig! Ich glaube, das kann man festhalten. Wo er aber sehr wohl zuständig ist, *(Vorsitzender: Herr Landesrat! Bitte zur Sache zu sprechen! Ich ersuche Sie, zur Sache zu sprechen!)* ich komme jetzt direkt zum ländlichen Wegenetz. Nämlich das Raubrittertum bei der S 37. Dort ist es nämlich schlechter als ein Raubritter, weil ein Raubritter hat immerhin einen Nutzen gespendet. Deshalb komme ich direkt zum ländlichen Wegenetz, weil dort die Sache ganz anders aussieht.

Vom „Modell Kärnten“ können wir eine Erfolgsgeschichte erzählen. Begonnen wurde dieses 1993, nur, weil deine Frage war, was ist daraus geworden. Damals gab es 364 Förderprojekte bei rund 436 Kilometer Wege, asphaltierte und Schotterwege. Aktueller Stand Modell Kärnten heute 2007, das ist die letzte Bilanz, wir haben mittlerweile im Laufe dieser knapp 15 Jahre, 1774 Projektträger in dieses Modell hinein bekommen. Das geht nur alle drei Jahre, da kommt jeder Weg im Prinzip dran. Das betrifft 2452 Kilometer Gesamtlänge des Netzes, 616 Kilometer davon sind Schotterstraßen, die betreut und gepflegt werden und 1836 Kilometer Asphaltstraßen. Ganz konkret: nur im Jahr 2007 wurden 458 Förderfälle behandelt mit einem Gesamtbaukostenvolumen von 2,8 Millionen, davon rund 62,5 Prozent Landesmittel und der Rest Gemeinde- und Interessentenmittel. Davon waren 180 Kilometer Schotterwege, die damit instand gesetzt wurden oder erhalten wurden und 450 Kilometer Asphaltstraßen saniert, Risse- und Oberflächenprofilierungen.

80 Sanierungen, leider Gottes werden diese immer mehr, waren notwendig aufgrund von Un- wetterfällen und wo wir immer wieder wissen,

Mag. Dr. Martinz

wo wir immer wieder arg in Mitleidenschaft gezogen werden und ich mit der Abteilung des Wegebaues immer wieder auch Aktionen und Hilfestellungen leiste. Das „Modell Kärnten“ kann wirklich als Erfolgsmodell im Zuge des ländlichen Wegenetzes bezeichnet werden.

Es nehmen Projekte aus nahezu allen Kärntner Gemeinden daran teil. Das hat eine sehr hohe Breitenwirkung, die wir damit erzielen. Diese 1.774 Projektträger repräsentieren ungefähr 14.000 Beteiligte, also Höfe, Wohnhäuser, Gewerbebetriebe. Der Zustand des ländlichen Wegenetzes hat sich dadurch wirklich deutlich verbessert. Vor allem durch die laufende Erhaltung ist es möglich, die Lebensdauer doch deutlich zu verlängern. Die systematische Erhaltung, das ist dabei auch das Prinzip, nämlich sich alle drei Jahre jeden Weg anzuschauen, gewährleistet einen hohen Schutz in der Sicherheit für den Verkehrsbenützer. Wir haben unser Auge immer wieder in die Richtung: Wie machen das die anderen Bundesländer? Vor allem auch in der Finanzierung, wo wir immer wieder suchen: Welche Möglichkeiten gibt es hier, uns noch breiter aufzustellen? Tatsächlich ist es so, dass hier in erster Linie Salzburg und Oberösterreich gewisse Vorbilder sind, wobei beide Bundesländer den Vorteil haben, dass sie in den 80er Jahren massiv investiert und einen richtigen Schritt nach vorne gemacht haben, dadurch in der Asphaltierungsquote wesentlich höher sind als wir und wir ihnen im Moment stark nachlaufen. Wir haben derzeit, nur als Information, (*LR Mag. Dr. Martinz blättert in seinen Unterlagen.*) in der Abteilung rund 1.270 Projekte mit einem Gesamtvolumen von fast 200 Millionen Euro liegen. Man sieht also, mit den Finanzmitteln, die wir derzeit pro Jahr für das ländliche Wegenetz haben, um die 12 Millionen, wenn man am Ende des Jahres alle Sonderzuweisungen, alle EU-Gelder dazuzählt, da kann man sich ausrechnen, wie lange wir brauchen werden, um hier entsprechend nachgeholt zu haben. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*)

Ich möchte noch einmal betonen und ich wünsche mir und ich appelliere auch an die anderen Fraktionen, (*Abg. Trettenbrein: Zu Weihnachten darf man sich etwas wünschen, Herr Landesrat!*) dass wir unser Ziel im ländlichen Raum, die Wege für die Benützer, die öffentlich sind, zur Gänze von Beiträgen für die entsprechenden Beteiligten freistellen können, dass wir dieses

Ziel gemeinsam vehement weiterverfolgen. Diese Ungerechtigkeit zwischen Stadt- und Landbewohnern muss aufhören. Wir am Land müssen selbst dazuzahlen, dass man zum eigenen Objekt kommt. Keiner in einer Stadt kommt jemals auf den Gedanken für seine eigene Straße sparen zu müssen und etwas beizutragen! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte zum Schluss zu kommen, Herr Landesrat!*) Ich bitte hier noch einmal um Unterstützung! Wir werden hier demnächst entsprechende Modelle vorlegen: Wie können wir auch im ländlichen Raum alle Wege für die Beteiligten kostenfrei stellen? Das ist unser Ziel, das müssen wir erreichen! Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von 2. Präs. Ferlitsch.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? (*Abg. Zellot meldet sich zur Zusatzfrage!*) – Herr Abgeordneter Zellot, bitte!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landesrat! Sie haben jetzt das ländliche Wegenetz und die Güterwegesanieerung ausreichend vorgetragen, auch anhand von Zahlen. Die Frage geht dahingehend:

Gibt es für Sie auch eine gewisse Prioritätenreihung, wenn jemand von diesem Umfang von Antragstellern bevorzugt wird? Wann wird so einer vorgereicht?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Wie der Schelm denkt, so ist er oft! Allein die Frage kenne ich gar nicht! Darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht, (*Abg. Ing. Scheuch: Zeit wäre es! Zeit wäre es! Zeit wäre es!*) wie wir Umreihungen vornehmen. Das, was offensichtlich in den anderen, vor allem in den BZÖ-Bereichen immer wieder gang und gäbe ist, nur die eigenen zu bedienen und die anderen zu vergessen, (*Es herrscht Unaufmerksamkeit in der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: So wie der Schelm denkt, so ist er! – Der Vorsitzende betätigt das Glockenzeichen.*) das gibt es im Bereich des Wegebaus überhaupt nicht! Wir haben ein

Mag. Dr. Martinz

ganz klares Modell. Ich lade dich gerne einmal dazu ein, sich das anzusehen, wie wir nach einer Punktebewertung, auch wann die Anträge gestellt wurden, Dringlichkeiten und wie viele bei diesen einzelnen Wegeprojekten tatsächlich beteiligt sind, vorgehen. Es gibt hier eine Liste, die aus der Abteilung erstellt wird, die auch immer mehr mit den Gemeinden abgesprochen wird, weil man mit den Gemeinden da und dort Anschlussprojekte hat. Das würde ich als einen der wenigen Nutzen des Regionalfonds sehen, dass man hier etwas enger eingebunden ist. Die Finanzierung war eher ein Flop, das muss man auch klar sagen. Noch einmal: Es gibt keine Vorreihung für irgend etwas oder irgendeine Bevorzugung!

Ich möchte nur noch eines hinzufügen, nachdem die Finanzierung immer im Zentrum der Fragen steht: Wie finanzieren wir diese Projekte? Da möchte ich, nachdem jetzt mein Spezialfreund Gallo leider nicht hier ist, aber trotzdem auch für dich wiederholen, (*gemünzt auf Abg. Ing. Scheuch.*) dass wir seitens der EU pro Jahr 85 Millionen Euro nach Kärnten bekommen und ein wesentlicher Teil dieser Gelder, der in meinen Bereich kommt, immer wieder in Richtung Wegesbau umgeschichtet wird, weil dort ganz einfach Kapitalbedarf ist. Viele Wege, meine sehr geehrten Damen und Herren und vor allem Teile des BZÖ's, die aus der EU austreten wollen, viele Wege im ländlichen Raum, viele Wege, wo du drüber fährst und wo viele andere auch zu ihren Höfen fahren, sind massiv EU mitfinanziert, das dürfen wir nicht vergessen! Das ist also ein Teil, wo wir sichtbar machen können, dass unser Mitwirken und unser Mitentscheiden auf EU-Ebene auch einen Sinn hat! Noch einmal, ich habe es gerade hier: Derzeit haben wir 1.260 Projektanträge, das sind circa 1.300 Kilometer Weglänge, die im Referat aufliegen, rund 200 Millionen Euro. Die Bezirke, wenn ich das hier hernehme: Natürlich St. Veit/Glan und Wolfsberg mit Abstand am meisten. Dort ist das ländliche Wegenetz am breitesten und am intensivsten ausgeführt. Hermagor: Da ist scheinbar schon alles gemacht worden, weil man dort Schwerpunkte setzt und weil man dort immer wieder die Gemeinden zur Mitfinanzierung gewinnen kann. Das hat am wenigsten, 39 Kilometer Länge sind noch zu machen.

Wie gesagt, über das Land verteilt: Insgesamt haben wir 8.600 Kilometer ländliches Wegenetz,

ich möchte auch sagen, doppelt so viel wie das hochrangige Straßennetz, was ja Jahr für Jahr mit wesentlich mehr Mitteln auskommen muss. Noch ein Wort zur Finanzierung, weil das wird vielleicht auch unseren Herrn Bundesrat und geschätzten Bürgermeister Kampl interessieren, weil wir immer versuchen: Wo kriegen wir Mittel her? Vielleicht sollten wir uns doch ein Modell ansehen, wie es zum Beispiel die Salzburger haben oder teilweise auch die Oberösterreicher, wo es einen Fonds gibt, einen Wegfonds extra für das ländliche Wegenetz, wo auch über die Kopfquoten der Gemeinden mitfinanziert wird, wo über das Agrarreferat finanziert wird, wo man so versucht, einfach mehr Mittel aufzustellen. Denn es ist eine ganz einfache Rechnung. In anderen Bereichen ist eine Erfolgswachweisführung leider Gottes kaum möglich, im ländlichen Wegenetz ist es ganz einfach: Mehr Euro, mehr Kilometer, darum müssen wir kämpfen! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
– Das ist nicht der Fall! Von der ÖVP-Fraktion?
– Auch nicht, dann hat bitte der Herr Abgeordnete noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Das mit dem „Modell Kärnten“ wäre aufgeklärt. Meine Zusatzfrage werde ich dahingehend stellen:

Herr Landesrat, weißt du, dass Österreich Nettozahler ist und dass das von dir Vorgetragene, die Geschichte mit den 85 Millionen Euro, geschenkt von der EU, nicht stimmen kann, weil das haben wir alles vorher eingezahlt? Ist dir das bewusst? Das ist meine Frage an dich!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich würde schon bitten, Herr Abgeordneter, dass man immer die Zusatzfrage zum Themenkomplex der Hauptfrage stellt und nicht abweicht. Ich bitte, diese Frage noch einmal zu präzisieren!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Der Herr Landesrat hat in der Anfragebeantwortung ausgeführt, dass Mittel aus der EU – er hat wortwörtlich gesagt, von der EU geschenktes Geld – in dieses Projekt „Modell Kärnten“ hineinfließen. Ich habe ihm daraufhin gesagt, das ist nicht möglich, weil Österreich noch immer Nettozahler ist. Ob das dem Herrn Landesrat bewusst ist, das ist die Frage!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Er hat sich zwar selbst beantwortet! Aber bitte, Herr Landesrat: Stimmen Sie dem zu? Dann bitte eine Beantwortung dieser Frage!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

(*Abg. Ing. Scheuch: Sag einfach Ja, dann klatsche ich das erste Mal!*) Ich habe diese Frage natürlich voll und ganz verstanden. Ich habe sie auch ganz direkt beantwortet. Es ist letztendlich eine direkte Verbindung zum ländlichen Wegenetz und zum „Modell Kärnten.“ (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Nämlich, lieber Freund Gallo, im Jahr 2007 haben wir von der EU zusätzlich 3,5 Millionen Euro bekommen, (*Es herrscht Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.*) weil die anderen Länder europaweit eben die entsprechenden Töpfe nicht ausschütten konnten. Diese 3,5 Millionen habe ich zusätzlich, fast exklusiv, ins ländliche Wegenetz gesteckt. Wie ist das möglich, dass wir überhaupt so viel Geld bekommen? Das ist schon wichtig, weil sonst kann man diese Finanzierung nicht zustandebringen. Selbstverständlich ist Österreich insgesamt Nettozahler! Aber, mein lieber Herr Abgeordneter, wir sitzen hier im Kärntner Landtag. Ohne mich jetzt als österreichischer Patriot zu schmälern: Kärnten ist mir am wichtigsten, auf das bin ich auch vereidigt! Wenn es gelingt,

wenn Wien mehr nach Brüssel zahlt und wir dadurch aus Brüssel mehr nach Kärnten bekommen, dann werde ich das unterstützen. Ich werde natürlich alles unternehmen, um diese Mehrmittel für Kärnten abzurufen. Diese Zahl stimmt deshalb ganz genau, wir bekommen 125 Millionen Euro direkt aus der EU. Kärnten zahlt über die Landesbeiträge und über die Gemeindebeiträge an die 40 Millionen über Wien an die EU. Das heißt, 85 bleiben als Nettosaldo pro Jahr für Kärnten als Gelder von der EU übrig. Lieber Herr Gallo, bitte aufpassen! Danke! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Danke! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die Fragestunde wegen Zeitablaufes beendet. Ich komme zur Frage 11: Herr Abgeordneter Stark, wünschen Sie diese Frage mündlich oder schriftlich bei der nächsten Sitzung? (*Abg. Stark: Mündlich!*) Mündlich! Anfrage 12 des Abgeordneten Tiefnig? (*Abg. Tiefnig: Mündlich!*) Mündlich! Anfrage 13 der Frau Abgeordneten Dr. Lesjak? (*Abg. Dr. Lesjak: Mündlich, bitte!*) Mündlich! Die Anfrage 14 des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler? (*Abg. Holub: Mündlich!*) Auch mündlich!

Bevor wir nun zur Aktuellen Stunde kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, heiße ich auf der Zuhörertribüne einen Gast herzlich willkommen, einen Kollegen aus dem Steirischen Landtag, Herrn Abgeordneten Werner Breithuber, auch Bürgermeister der Marktgemeinde Seiersdorf bei Graz! Herzlich willkommen hier im Kärntner Landtag! (*Abg. Breithuber verneigt sich auf der Zusehertribüne. – Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Durchführung der

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die ÖVP an der Reihe. Das Thema lautet:

„Zukunft der KABEG.“ Ich erteile dem Redner der Antragsteller als erstem das Wort, das ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Tauschitz. Ich

Lobnig

ersuche ihn zu sprechen und bitte, beachten Sie die Redezeit von fünf Minuten!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich komme heute in der Früh ins Büro und das Telefon läutet. (*Heiterkeit und Lärm im Hause.*) Ein Arzt des LKH ist am Apparat und fragt, ob wir die nächsten sind, die im LKH abserviert werden. In den letzten Wochen häufen sich die Anfragen von Patienten, ob man überhaupt noch ins LKH gehen kann, wie es da zugeht und was im LKH los ist! Die Ärzte sind verunsichert, die Führungskräfte sind verunsichert, (*Abg. Ing. Scheuch: Die SPÖ ist verunsichert!*) sie werden von einem wild gewordenen Vorstand einfach abmontiert, ohne Gründe, ohne Beweise eines Verbrechens bezichtigt, suspendiert und dann freigestellt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Studienabbrucher haben ja Freunde!*) Die Patienten sind verunsichert! Mitarbeiter der KABEG kommen in der letzten Sitzung hierher in den Landtag und setzen sich, wie alle anderen hier auf die Zuhörertribüne – in ihrer Freizeit, was jeder tun darf – und werden dann verhört und müssen sich rechtfertigen, warum sie in ihrer Freizeit in den Kärntner Landtag kommen! Ja, wo kommen wir hin, wenn alle oben auf der Zuhörertribüne verhört werden, was sie hier herinnen verloren haben, wenn hier die 36 gewählten Vertreter der Kärntnerinnen und Kärntner, auch derer, die die Krankenhäuser finanzieren nicht mehr über alles reden dürfen und die Zuhörer in den Krankenanstalten nicht mehr kommen dürfen? Was sind das für Zustände? (*LR Mag. Dr. Martinz: Saurei!*) Das sind Zustände, wie sie zur Zeit in der KABEG, im LKH herrschen, im LKH, was die größte Baustelle ist, die Kärnten jemals hatte mit 340 Millionen Euro Investitionsvolumen, das größte Unternehmen in unserem Land, das die wichtigste Dienstleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger bringt, nämlich die Gesundheit! So wird in diesem Krankenhaus umgegangen! Und dieser wild gewordene Vorstand namens Professor Mandl schlägt um sich, serviert die Direktoren mit fadenscheinigen Begründungen ab, wie mit der Begründung der Bilanzfälschung! Bilanzfälschung im LKH, im Krankenanstaltenbetriebsgesetz, eine per Landesgesetz geschaffene Landesgesellschaft, bilanziert nach Handelsrecht und nicht nach Aktienrecht. Jeder, der eine Bi-

lanz lesen kann, wird sofort bestätigen, dass eine Bilanzfälschung für eine Gesellschaft wie das LKH prinzipiell nicht sinnvoll ist. Denn was soll man dort fälschen? Das ist ja keine Bank! Die KABEG hat ständig negatives Eigenkapital! (*Heiterkeit im Hause.*) Bitte, welchen Sinn soll eine Bilanzfälschung bei der KABEG haben? Das hat ungefähr den gleichen Sinn, wenn der Präsident Lobnig die Bilanz seiner Frau fälscht, wenn sie die Marmeladegläser bilanziert, die sie im Jahr gemacht hat.

Im Endeffekt geht es ausschließlich darum, wie viel 100 Millionen Euro die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen müssen, um die Gesundheitsversorgung in diesem Land sicherzustellen! (*Es herrscht Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) Die nächste Geschichte in diesem unglaublichen Vorwurf der Bilanzfälschung: Der Herr Dr. Wetzlinger, Direktor des LKH Klagenfurt, soll im Jahr 2005 Bilanzfälschung begangen haben.

Kann sein, mag ich nicht ausschließen. Aber wer macht denn im LKH Klagenfurt die Bilanzen? Die macht ja nicht der Herr Direktor selber! Da gibt es eine für die Finanzen verantwortliche Person, die diese Bilanzen macht. Und die müsste dann die Bilanz gefälscht haben. Und wissen Sie, wer das ist? Das ist die Frau Haider! Die Frau Haider macht seit acht Jahren die Bilanzen des LKH Klagenfurt und der Herr Wetzlinger zeichnet sie ab. Diese Frau Haider ist jetzt vom Professor Mandl eingesetzt worden, weil der Wetzlinger eine Bilanzfälschung gemacht hat? Ja, was soll denn das, bitte? Das ist ja an Absurdität gar nicht mehr zu überbieten! Also wenn der Herr Mandl drüben alle abservieren will, dann soll er wenigstens ordentliche Argumente auf den Tisch legen, aber nicht so fadenscheinige, durchschaubare Geschichten, wo jeder sofort draufkommt, worum es geht. Faktum ist, im LKH ist Feuer am Dach, ganz massiv und wir müssen uns der Verantwortung des Landtages bewusst werden und dieses Feuer löschen. Und zwar so schnell wie möglich! Aus diesem Grund wird es heute einen Antrag geben, das KABEG-Gesetz zu ändern, damit wir nämlich die Personalfrage wieder in die Regierung kriegen. In der Regierung sitzen dieselben Menschen wie im Aufsichtsrat und wir müssen dafür sorgen, dass Mandl gehen muss! Mandl muss gehen, er hat alles verspielt, er hat einen Scherbenhaufen hinterlassen, in kürzester Zeit im LKH die Patienten

Tauschitz

verunsichert, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) die Mitarbeiter verunsichert, bei der größten Baustelle, beim größten Projekt überhaupt. Das ist unverantwortlich bis zum geht nicht mehr, denn der Bau des LKH NEU darf nicht scheitern! Und die Gesundheitsversorgung in diesem Land (*Abg. Trettenbrein: Das ist ja schon peinlich! – Abg. Ing. Scheuch lacht.*) ist nichts, worüber man herzlich lachen kann. Herr Kollege Scheuch, ich weiß schon, dass es dir nicht darum geht, das verstehe ich schon. (*Abg. Ing. Scheuch: So eine schwache Rede!*) Ich weiß, das BZÖ hat den Mandl gemacht, das verstehe ich alles. Die Frau Haider angeblich eine gute Freundin der Frau Claudia Haider. Ist ja alles verständlich! Mandl muss gehen, die SPÖ muss stehen, das LKH muss gebaut werden, damit die Gesundheitsversorgung in diesem Land wieder sichergestellt ist. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. – LR Mag. Dr. Martinz: Bravo!*)
(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Das Thema der Aktuellen Stunde, das von der ÖVP beantragt wurde, „Zukunft der KABEG“. Mein Vorredner hat kein Wort zur Zukunft der KABEG gesprochen. Ich bin gegen einen Politstreit, wie er von der ÖVP hier inszeniert wird. Ich bin gegen dieses Horrorszenario, das hier konstruiert wird. Ich bin dafür, dass wir über Fakten sprechen. Ich bin dafür, dass unabhängige Wirtschaftsprüfer, unabhängige Rechtsexperten, der Landesrechnungshof, - wir werden das heute beantragen - prüfen, dass sie urteilen und dass danach Konsequenzen gezogen werden. Möglichst rasch, damit das LKH wieder in geordnete Bahnen kommen kann. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Die ÖVP war immer gegen das LKH Klagenfurt! Sie will jetzt politisches Kleingeld wechseln! Sie war gegen das LKH NEU, sie stimmt gegen jedes Budget, sie stimmt damit gegen jeden Mitarbeiter, sie stimmt gegen jede Initiative im LKH Klagenfurt. (*Abg. Zellot: Hört, hört!*) Sie hat mit dem BZÖ Mandl installiert, sie wird ein paar Wochen danach mit der SPÖ - oder will ein paar Wochen danach - Mandl wieder hinauswerfen. Bilden Sie sich selbst Ihr Bild! Aber, geschätzte Damen und Herren, ich frage Sie: Was würden Sie tun? Sie werden zum Vorstand eines

Unternehmens bestellt, sind damit konfrontiert, dass es eine Sonderprüfung aufgrund von Verdachtsmomenten und Unregelmäßigkeiten gibt. Weil man die Ära Ihres Vorgängers überprüfen will, gibt es eine Sonderprüfung nach § 18 Aktiengesetz - übrigens das schärfste Instrumentarium - beschlossen mit den Stimmen von BZÖ und SPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP. (*Abg. Ing. Scheuch: Ah so?*) Sie verlangen - weil es die Prüfer benötigen - Bilanzen, Berichte, Detailinformationen und ersuchen den Direktor um Vorlage dieser Berichte. Dieser verweigert die Vorlage. Sie gehen zu den mit den Bilanzen, mit den Berichten, mit den Detailinformationen betrauten Mitarbeitern. Diese wollen mit Ihnen reden, dürfen aber nicht, weil der Direktor angeordnet hat, nicht mit dem Vorstand zu sprechen (*LR Mag. Cernic: Immer das Gleiche! – Abg. Ing. Hueter: Der Vorstand ist ja nicht der Prüfer!*) und Sie mit persönlichen Konsequenzen bedroht hat. Sie bekommen weiters Hinweise, dass etwas nicht stimmt. Was würden Sie tun? Der Vorstand hat einen Rechtsbeistand gebeten, die Lage zu beurteilen. Dieser Rechtsbeistand kommt zum Ergebnis und empfiehlt sofortige Abberufung des Direktors. (*Abg. Ing. Scheuch: Wer ist denn der Rechtsbeistand?*) Der Dr. Puschwald! Steht uns nicht nahe! (*Es herrscht starker Lärm im Hause.*) Aber der Vorstand (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) ordnet eine sofortige Überprüfung durch zwei unabhängige Wirtschaftsprüfer an, weil ihm das der Rechtsbeistand empfohlen hat. Und diese unabhängigen Wirtschaftsprüfer kommen zum Ergebnis, ganz kurz zitiert: „Die Überprüfung hat ergeben, dass Informationspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat verletzt wurden. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass steuerrechtliche, sozialversicherungsrechtliche, arbeitsrechtliche, gebührenrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften nicht im entsprechenden Ausmaß beachtet wurden. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass finanzstrafrechtliche Konsequenzen von den handelnden Personen ausgelöst wurden. Zur Schadensminimierung empfehlen wir dem Vorstand der KABEG, aufgrund unserer Feststellungen eine umfassende Überprüfung beziehungsweise Prüfung dieser und aller vergleichbaren Fälle zu veranlassen.“ Das hat der Vorstand auch sofort getan und einstimmig beschlossen. Und was machen Sie? Was machen Sie in so einer Situation? (*Abg. Tauschitz: Den Richter rufen und nicht den Richter spielen! Das*

Dr. Strutz

ist ein Unterschied! Wir haben einen Rechtsstaat! Sie gehen jetzt her und rufen: Der Vorstand muss weg! Die ÖVP ruft: Der Vorstand muss weg! (Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)

Zwei Sätze! Sie ändern heute in einem noch nie da gewesenen Schnellschuss das KABEG-Gesetz und wollen den Vorstand in die Wüste schicken! Jene Person, die nichts anderes getan hat, (*Abg. Lutschounig: Es ist Gefahr im Verzug!*) als aufzuklären! Es ist Gefahr im Verzug und deswegen hat Professor Mandl so gehandelt. Was haben Sie zu vertuschen, warum wollen Sie zudecken, warum wollen Sie verbergen? Ich rate der SPÖ, (*Es herrscht starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) ich rate der SPÖ (*Vorsitzender: Herr Präsident! Unterbrechen Sie bitte die Rede! Ich würde auch bitte alle Abgeordneten um mehr Disziplin ersuchen und nicht ständig die Reden zu unterbrechen. Bitte mehr zuzuhören und sich dann selbst zu Wort zu melden! Bitte setzen Sie fort!*) nicht der ÖVP auf den Leim zu gehen! Sie werden am Ende des Tages als die dastehen, die die Aufklärung behindern, die zudecken wollen, die mitmachen beim Verpolitisieren. (*Vorsitzender: Herr Präsident, die Redezeit ist abgelaufen! Bitte zum Schluss zu kommen!*) Sie werden ihr Mitspracherecht heute leichtfertig verspielen. Überlegen Sie, dass es auch andere politische Verhältnisse im März 2009 geben kann! (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Abg. Lutschounig: Das hoffen wir sehr! – Abg. Ing. Scheuch: Die Hoffnung können wir sicher erfüllen! – Abg. Ing. Haas: Hast du was zu vertuschen. lieber Lutschi?*)

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Seiser das Wort.

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Den Rat des Herrn Kollegen Strutz habe ich wohl gehört. Dazu darf ich Ihnen sagen, dass ich ohnehin nicht mit der Meinung des ÖVP-Parteivorsitzenden Martinz konform gehe, der gemeint hat, KABEG-Chef Mandl agiere wie ein Bulldozer in einem Steinbruch. Wir alle wissen, dass ein Bulldozer in einem Steinbruch etwas weiterbringt, was in

dem Fall nicht passiert ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Am 15.7. – um jetzt die zeitliche Darstellung des Kollegen Strutz etwas zu relativieren – bereits hat der Professor Mandl den Herrn Wetzlinger suspendiert und ein paar Tage darauf die Frau Scharm-Groicher in die Wüste geschickt und den Herrn Koperna. Damals war von einer Prüfung noch keine Rede, damals hat es noch keine Rechtsgutachten gegeben. Damals hat es nur Verdächtigungen gegeben! Und diese unbewiesenen Verdächtigungen liegen bis heute am Tisch, (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) liegen bis heute am Tisch! Sie haben damit ein politisches Desaster angerichtet, das seinesgleichen sucht!

Wir haben im LKH Klagenfurt – überhaupt im Kärntner Gesundheitswesen – seit Jahrzehnten ein Vorzeigemodell in ganz Österreich vorzuweisen. Es finden tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesicherte Arbeitsplätze. Wir haben kompetente MitarbeiterInnen im ärztlichen Bereich, wir haben kompetente MitarbeiterInnen in der Pflege und wir haben einen ausgezeichneten, umsichtig agierenden Betriebsrat. Und jetzt wird dieses Flaggschiff des Kärntner Gesundheitswesens mit Schlagworten wie Suspendierung, Hausverbot, Abberufung, Staatsanwaltschaft, nach alter BZÖ-Manier, weil die kennen wir ja schon, es geht um Mobilisierung von Neid und Missgunst, es geht um das Schüren des Intrigantentums und das passiert jetzt im LKH Klagenfurt. Und da schauen wir nicht zu! Da schauen wir nicht zu! Sie haben in einer Phase der Skepsis und der Verunsicherung der Bevölkerung, insbesondere was die Gesundheitsversorgung betrifft, dem Land und den Patienten und den Menschen einen schlechten Dienst erwiesen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Ich empfehle Ihnen, sich die neueste Studie anzuschauen, wo 54,8 Prozent der Befragten nicht mehr damit rechnen, dass sie die bestmögliche Behandlung kriegen, wo 61,3 Prozent davon ausgehen, dass die Selbstbehalte steigen werden und 89,2 Prozent davon ausgehen (*Abg. Trettenbrein: Wer ist denn Gesundheitsminister? – Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Bitte um Aufmerksamkeit!*) dass es eine Zwei-Klassen-Medizin geben wird. Wir verlangen daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, - und das ist angekündigt und wir gehen auch nicht der ÖVP auf den Leim, weil diese Sondersitzung des

Seiser

Landtages haben wir beantragt und den Dringlichkeitsantrag stellen wir – zuallererst eine Prüfung des Rechnungshofes, Konsequenzen für alle, die in irgendeiner Form Fehlleistungen erbracht haben. (3.Präs. Dr. Strutz: *Jawohl! Jawohl! Jawohl!*)

Und zum dritten Punkt, geschätzte Damen und Herren: Die Vorgehensweise des Herrn Professor Mandl ist aus unserer Sicht untragbar! (Abg. Ing. Scheuch: *Wetzlinger lebe hoch!*) Diese Vorgehensweise ist untragbar (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) und dafür werden wir auch heute die gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, die Voraussetzungen schaffen, dass es durchaus – auch wenn das BZÖ sich dieser Verantwortung entzieht – zu einer Abberufung kommen kann! (Abg. Ing. Scheuch: *Kann!*) Geschätzte Damen und Herren! (Vorsitzender: *Bitte noch 20 Sekunden Redezeit!*) Ich gehe davon aus, dass das heute mit knapper Mehrheit über die Bühne gehen wird, aber wir übernehmen – so wie die Jahrzehnte vorher – auch weiterhin die Verantwortung für ein funktionierendes Gesundheitswesen in Kärnten! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Die Zukunft der KABEG – mir wäre ja schon recht, wenn ich die Gegenwart verstehen würde, was im Moment passiert. Jetzt haben wir also diese Sondersitzung. Nennen wir sie einmal die „Mandl-Operation“! Ich kann schon verstehen, was die Intention ist. Wenn man von so außen zuschaut, - und ich habe ja probiert, zwei, drei Tage Urlaub zu machen, es geht ja nicht in Kärnten – dann glaubt man, es herrscht Krieg! Und wie ist dieser Krieg zustande gekommen? Es wird wohl etwas damit zu tun haben, dass der Herr Sonnberger nicht mehr da ist. Und dieses unglaubliche Vakuum wird wahrscheinlich auch der größte Fehler der Gaby Schaubig gewesen sein. Jetzt ist natürlich alles offen, da waren auf einmal andere Kraftverhältnisse. Dann kam der Mandl und auf einmal ist alles aufgeregt. Ich merke nur, bei der SPÖ herrscht Panik! Ich verstehe schon das Problem mit dem Herrn Mandl, nur mit einem Gesetz auf momentane Zustände zu antworten, ist für mich ganz normal und der

Klobobmann Seiser hat es ja gesagt: Anlassgesetzgebung! (Abg. Tauschitz: *Leider notwendig!*) Und Anlassgesetzgebung fällt mir immer irgendwann auf den Kopf, ganz wurscht, wann das ist! (Beifall von der F-Fraktion.) Es mag ja sein, dass es im Moment etwas nützt, aber wenn man die Landesregierung stärkt und die Politik wieder in die KABEG trägt – was übrigens niemand im LKH haben will – wen stärkt man dann? Stärkt man jetzt den Peter Kaiser, stärkt man den Reinhart Rohr oder stärkt man den Jörg Haider? Ihr könnt euch das überlegen – jedes Mal, wenn ihr Rot gewählt habt, ist der Jörg Haider herausgekommen! (Beifall von der F-Fraktion und Abg. Dr. Lesjak.) Also wen stärkt man? Das ist die Geschichte!

Ich glaube, das ist nicht gescheit! Setzen wir uns alle zusammen und versuchen wir, das Problem zu lösen. Auch, wenn der Herr Mandl von hier nicht sehr sympathisch aussieht. Ich weiß nichts! Das ist wieder eine Vorverurteilung, es wird ihm alles in die Schuhe geschoben, wie auch allen anderen auch, hier wird unwahrscheinlich viel Schmutz gewaschen. Aber, ich weiß es nicht, also habe ich lieber Fakten auf dem Tisch und setze mich dann mit allen zusammen, bevor ich eine Sondersitzung einberufe, von der ich nicht einmal weiß, ob der Antrag durch geht. Denn ohne Franzi Schwager würde das nicht einmal funktionieren, wenn man das an allen Fingern abzählt! Dies ist sehr unvorsichtig, würde ich einmal sagen. Jetzt wird herum gemurkst am KABEG-Gesetz, statt dass man es so ändert, wie man es normalerweise braucht. Das ist ein Pullover, der wird gestrickt, hat jetzt den fünften Ärmel und keinen Kopf. Und was macht die ÖVP? Die bestellt den Mandl zuerst mit und jetzt berufen sie ihn ab. Na bitte, der Hund wedelt so schnell, dass er langsam unsichtbar wird! Das muss man auch den Wählern erklären, bitte! Links, rechts, innerhalb von wenigen Tagen, mir kommt das nicht besonders gescheit vor!

Die Änderung des Quorums, das sehe ich noch ein, das mag sein, da wird ein wenig Politik heraus genommen. Aber ich habe im Krankenhaus angerufen, wirklich niemand will, dass die Politik wieder ins Krankenhaus hinein kommt. Das wird auch nichts Gutes sein! Wir haben viele Fragen, die wir uns stellen müssen. Was machen wir mit der KABEG? Der Schantl wollte sie wieder ins Landesbudget eingegliedert haben, das ist natürlich eine Überlegung wert, denn

Holub

dann brauchen wir nicht diese außerbudgetären Schulden. Man kann auch darüber nachdenken: Machen wir eine Bundesgesundheitsagentur, die wir eigentlich schon haben. Geben wir die Verwaltung zentral dem Bund und so ersparen wir uns viele Schulden! Wir können uns überlegen, brauchen wir wirklich auf ein paar Quadratmeter zwei Unfallkrankenhäuser? Diese sind teilweise ungleich besoldet und den Angestellten geht es ganz anders. Was machen wir mit dem Fachärztemangel und so weiter?

Im Moment geht es den Menschen nicht gut! Ich bitte euch alle, Gesetze für die Menschen zu machen und nicht für die Parteien! Natürlich ist es für euch einfacher, wenn ihr von hier den Mandl abziehen könnt. Aber macht das Sinn? Macht das Sinn, auf solche Probleme einfach mit einem Gesetz zu antworten? Ich glaube nicht. Ich kann mir vorstellen, dass ich beim Verkleinern des Quorums der Landesregierungsmitglieder dabei bin, okay. Dann sind es nur mehr 50 Prozent und dann kann man den Auszug des BZÖ damit verhindern. Aber beim ersten Antrag sind wir sicher nicht dabei. Wir haben angeblich eines der modernsten Krankenhäuser in Europa, das jetzt ohne Führung herumschlingert, die Politik mischt mehr mit denn je. Das kann nicht Recht sein und billig ist das sicher nicht! (*Beifall der Abg. Dr. Lesjak und Abg. Warmuth.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Werter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Es ist meistens so, dass der, der den geringsten Einblick und Durchblick bei der KABEG haben kann, der Abgeordnete der FPÖ, Franz Schwager, vielleicht die entscheidende Stimme hier im Kärntner Landtag ist, um eine Veränderung herbei zu führen. So viel zur Vorgeschichte von Beeinflussung von anderen Parteien! Ich sage, wie es ist: Vor zwei Tagen hat mich der neue Klubobmann der SPÖ angerufen und gefragt, was machst du? Es hat dann die ÖVP sich gemeldet, mit Herrn Holub haben wir uns beraten, er hat mir in etwa das gesagt, was er jetzt auch hier gesagt hat und das BZÖ, (*Abg. Ing. Scheuch: Mit mir hast du nicht geredet!*), nein, mit dir nicht aber du hast den Herrn

Klubdirektor vor einer Stunde geheißen, anzurufen. (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Eine Stunde vor Sitzungsbeginn hat sich dieser erkundigt. Das wirft nur ein Bild, sehr verehrte Damen und Herren, auf diesen Landtag, wie zu einer äußerst schwierigen problematischen Debatte über das größte Unternehmen Kärntens von den politischen Parteien hier im Hohen Haus abgeführt wird. (*Abg. Ing. Scheuch. Jetzt musst du einmal nachdenken!*)

Aber der kleine Franz Schwager hat sich selbst ein Bild gemacht, so weit es möglich war, von der Angelegenheit weit früher, weil es eine wichtige Sache ist. Jetzt werde ich zur Sache kommen! Ich werde selbstverständlich diesen Anträgen meine Zustimmung geben. Aber es ist noch etwas dazu geschehen, diese Geschichte möchte ich im Kärntner Landtag nicht verschweigen. Man hat sogar die parteipolitische Karte gezogen! Mich interessiert nicht, welche parteipolitische Ansicht Herr Professor Mandl hat. Mich interessiert als Kärntner Abgeordneter, was er als Vorstandsvorsitzender im Lande Kärnten bei der KABEG tut. Keinesfalls soll von mir mit der Zustimmung zu diesen Gesetzen, das machen andere, die sich schon geoutet haben, dass ich eine Abberufung des Herrn Dr. Mandl verlange. Das mache ich auch nicht, sondern das sollen die entscheiden, die dafür verantwortlich und zuständig sind, Herr Dritter Präsident Dr. Martin Strutz! Es ist eine Grundsatzentscheidung, dass natürlich, wo das Land Kärnten zu 100 Prozent Eigentümer von der KABEG ist, dass das Land bei Problemen oder Schwierigkeiten vermehrt Einfluss auf dieses Unternehmen haben soll. Das ist mein Zugang zu diesem Thema. Ich habe eingangs schon erwähnt, alles andere interessiert mich nicht, ob alle in diesem Landtag dafür wären oder es knappe Mehrheit wird, dass es auf meine Stimme darauf ankommt, das ist eher ein Zufall. Denn das habe ich eingangs nicht gewusst!

Wichtig sind die Verantwortungsträger in diesem Bereich, daran möchte ich alle erinnern, denn es geht um sehr viel Geld! Es geht um die Gesundheit und um die Behandlung unserer Kärntner Patienten. Das muss im Vordergrund stehen und nicht irgendwelche parteipolitischen Streitfälle, Spielchen vor den Wahlen, die jetzt nach der Reihe kommen. Ich bitte, dies hintan zu stellen, sich zurück zu nehmen und nicht so emotionell zu agieren. Die Verantwortlichen

Schwager

mögen mit großer Überlegung an diese Sache heran gehen, dann wird es schon passen, egal, wie die Mehrheitsverhältnisse im Vorstand sind. Das muss der Auftrag und der Zugang sein, denn dann ist es egal, wer politisch die Nase vorne hat. Das darf nicht zum Tragen kommen, sondern nur die Verantwortung ist wichtig! Darum möchte ich euch bitten! Einfluss und Einblick habe ich auf dieses Geschehen nach wie vor keinen. Eines muss ich noch sagen, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) es hat in der letzten Landtagssitzung eine aktuelle Stunde zu einem ähnlichen Thema gegeben, wo dies das Hauptthema war. Bei dieser Sitzung habe ich bereits gesagt, dass es mir leid tut, dass Sonnberger die KABEG verlassen hat. Es kommt mir nämlich jetzt vor, dass dadurch Unruhe und Umbruch hinein gekommen ist, und das ist schade! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich bin durchaus und kann es nachvollziehen, beim Kollegen Schwager, wenn er gemeint hat, bei den anderen Parteien haben Klubleute und Abgeordnete angerufen und beim BZÖ der Klubdirektor. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der GRÜ-Fraktion.*) In unserer Partei ist es zumindest so, dass dort die Abgeordneten die Politik machen und nicht die Sekretäre, aber offenbar ist es nicht überall so! Zu dem, was der Kollege Strutz gemeint hat, meine geschätzten Damen und Herren, geordnete Verhältnisse, nichts anderes wollen wir auch! Nichts anderes als geordnete Verhältnisse wieder im Krankenhaus und in der KABEG, das ist überhaupt keine Frage. Das ist der Wunsch von allen Kärntnerinnen und Kärntnern, das ist keine Frage. Nur, der Vorwurf, die ÖVP habe Mandl gemacht, der geht wirklich ins Leere. Denn wir sind aus Protest gegen die Installierung von Mandl ausgezogen. (*3. Präs. Dr. Strutz: Sag die Wahrheit, rede nicht weiter! Sonst gehe ich raus und sage die Wahrheit!*) Wäre die SPÖ auch mit der ÖVP ausgezogen, wäre Professor Mandl nicht installiert worden. (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) So viel zur Klarheit und zur Wahrheit, meine sehr geschätzten Damen und

Herren!

Wenn man von dieser Sonderprüfung redet, wo irgendwelche Wirtschaftsprüfer und Anwälte das Ganze prüfen sollen. In welchem Auftrag denn? Auch im Auftrag des Herrn Vorstandsdirektor Dr. Mandl! Da ist nicht irgendjemand vom Rechnungshof oder der Rechnungshof selbst damit beauftragt worden, sondern da ist irgendwer, der gerade gut zum Gesicht steht oder was auch immer eine Rolle gespielt hat, als Wirtschaftsprüfer und Anwälte herangezogen worden. Ich muss sagen, objektiv ist für mich eine Prüfung des Rechnungshofes! (*Abg. DI Gallo: Der Rossbacher ist ein Schwarzer!*) Was hat das mit parteipolitischen Dingen zu tun? So denkst du! Jeder, der BZÖ nahe steht, muss gut sein und alle anderen sind böse! Das ist dein Strickmuster, das du offenbar anwendest. Bei uns ist das Gott sei Dank nicht der Fall!

Eines, meine Damen und Herren, wenn wir alle sagen, jawohl, wenn es Verdachtsmomente geben sollte, sind wir dafür, diese müssen lückenlos aufgeklärt werden, überhaupt keine Frage! (*3. Präs. Dr. Strutz. Warum seid ihr dann gegen die Sonderprüfung?*) Nur wenn man dann sagt, (*Anhaltende Zwischenrufe des 3. Präs. Dr. Strutz.*) wir machen eine Suspendierung eines Direktors, damit in Ruhe geprüft werden kann (*Vorsitzender: Herr Präsident! Bitte!*) und postwendend die Abberufung desselben kommt, dann muss ich fragen, wo bleibt die Zeit, festzustellen, ob es irgendwelche Verdachtsmomente gibt, ob sich diese erhärten oder nicht? Dazu bleibt überhaupt keine Chance, weil sofort auf den Fuß die Abberufung erfolgt ist. Ihr als BZÖ stellt euch hinter diesen Mann, hinter diesen Vorstandsdirektor und das ist die Politik, wie sie in Kärnten zurzeit gemacht wird. Mit 42 Prozent der Wählerstimmen die absolute Herrschaft über das Land zu verfügen und drüber zu fahren, wo es drüber fahren geht! Das ist die Politik, die die Handschrift der BZÖ hat, ist überhaupt keine Frage!

Auf die Frage in einem Interview in der Kleinen Zeitung, wieso er den Aufsichtsrat nicht informiert hätte, hat er gesagt, er habe nicht gewusst, dass er diesen Schritt setzen wird. Wenn man jetzt weiß, dass die eine Sitzung um halb neun Uhr stattgefunden hat oder um acht Uhr und um neun Uhr die Aufsichtsratsprüfung, dann muss ich sagen, haben wir es mit einem Vorstandsvorsitzenden zu tun, der von einer Stunde zur ande-

Lutschounig

ren nicht weiß, wenn er so gravierende Schritte setzt, dass er hier absolut einen Fehler begangen und den Aufsichtsrat nicht informiert hat. Meine Damen und Herren, ich kann nur eines wiederholen, was heute schon einige Male gesagt worden ist: Mandl muss weichen als KABEG-Vorstand. Um es mit Holub zu halten: Die "Mandl-Operation" muss so erfolgen, der Mandl aus dem Vorstand bei der KABEG, dann wird wieder Ruhe eintreten. Ich glaube, wir Kärntner brauchen in unserem Krankenhaus Ruhe. Wir brauchen dies, damit das Flaggsschiff KABEG wieder in einen ruhigen Hafen fährt. Wenn Verdachtsmomente da sind, sollen diese vom Landesrechnungshof überprüft werden, das wollen wir haben! Danach soll es entsprechende Konsequenzen geben, sollte etwas aufgedeckt werden. Aber, wenn nicht, wie es offensichtlich der Fall ist, dass fadenscheinige Argumente nur da sind, dann sollen wir es belassen!

Meine Damen und Herren! Jener Dr. Sonnberger, der zehn Jahre die Geschicke geleitet hat, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit, bitte!*) hat vom Landeshauptmann das Große Goldene Ehrenzeichen bekommen und die schönsten Lobensworte. Jetzt auf einmal soll dieser mit in den Intrigantenstadel, wie es wörtlich genannt worden ist, sein. Da muss ich sagen, hat sich vom Mai bis Juli ein großer Gesinnungswandel, auch vom Landeshauptmann, ergeben. Das ist ein Zeichen, wie wir in Kärnten zurzeit eigentlich verschaukelt werden. Ich hoffe, heute ist – ich glaube von Präsidenten Strutz – schon angeklungen, der März möge eine Änderung bei den politischen Verhältnissen herbeiführen. Das kann ich nur doppelt unterstreichen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Jetzt bin ich auch schon ziemlich lange in diesem Hause, aber solch absurde Anträge und Reden, wie die heutigen der ÖVP, habe ich noch nicht gehört. Da schreit man hier heraußen lauthals, weil man anscheinend auch weiß, dass man nicht Recht hat. Wir sind hundertprozentig dafür, dass alles aufgeklärt wird. (*Abg. Warmuth: Dagegen!*) In Wirklichkeit hat man im KABEG-Aufsichtsrat definitiv gegen die Son-

derprüfung von Seiten der ÖVP gestimmt. Man schreit hier und gibt in wirren Presseaussendungen die Meinung breit, dass man sagt, wir sind gegen Rambomethoden, aber KABEG-Chef Mandl muss hinaus geworfen werden, weil wir auch gegen Vorverurteilung sind sozusagen. Ich denke, diese Ansichten richten sich von selbst. In dieser Causa gibt es eine politische Dimension, die liegt klar auf dem Tisch und es gibt Fakten. Und, lieber Freund Hueter, diese Fakten stammen nicht vom Professor Mandl und nicht von Ihrem halbgebildeten Wirtschaftsfachmann und Klubobmann, sondern diese Fakten stehen im Gutachten. Im Gutachten von wirklichen Rechtsanwälten und von wirklichen Wirtschaftsprüfern, die quer Beet anderen Fraktionen zugehören, die nicht Gefälligkeitsgutachten sind. Weil, und lieber Lutschounig, das solltest du dir auch überlegen, was du den Leuten hier unterstellst! Dass die sozusagen Gefälligkeitsgutachten machen würden! Da ist ein Firmenstempel darunter und die Unterschrift von Herrn Dr. Puswald. (*Abg. Lutschounig: Wer hat sie beauftragt? Ich beauftrage dich, mich zu prüfen? – Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lutschounig, bitte, am Wort ist der Herr Klubobmann!*) Diese Prüfung würde für dich aber verhältnismäßig schlecht ausgehen!

Fakt ist, und diese Fakten stehen hier in diesem Gutachten im Raum, es gibt den klaren Verdacht auf Nötigung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese ist in eidesstattlichen Erklärungen belegt und dies nicht einfach, sondern mehrfach. Die Bilanzen 2006 und 2007 stimmen nicht. In den Berichten steht ganz klar und expressis verbis drinnen: „Massive Kontroll- und Organisationsversagen!“ Was das allein heißt, sollten Sie wissen! Die ÖVP kennt das wahrscheinlich auch aus ihrem Klub! „Es ist zu Falschbeurkundungen gekommen,“ meine sehr geehrten Damen und Herren! „Der Verdacht der Täuschung liegt hier auf dem Tisch,“ das sind alles Zitate aus dem Rechtsgutachten, nicht von mir. Und Fakt ist, dass dieses Gutachten auch zum klaren Ergebnis kommt, dass die Entlassung, die Dienstfreistellung von Koperna, Wetzlinger & Co nicht nur berechtigt, sondern notwendig gewesen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsprüfer spricht dieselbe Sprache: „Die Informationspflicht wurde verletzt. Fehlleistungen auf der ganzen Linie.“ Sie können auch, wenn Sie zum Beispiel einmal eine solcher Fehl-

Ing. Scheuch

leistungen direkt haben, sozusagen eine ganz kleine Spitze dieses Eisberges, darüber diskutieren, dass die beiden Herren Sonnberger und Wetzlinger einen persönlichen PR-Berater-Vertrag geschlossen haben, einen PR-Berater-Vertrag, der Leistungen in sich birgt. Die Leistungen sind die persönlichen Beratungen des Vorstandes, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das der Presse schon gesagt und es wurde nicht geschrieben, deshalb sage ich es hier noch einmal ganz klar. *(Abg. Lutschounig: Die nehmen dich nicht ernst! – Heiterkeit im Hause. – Abg. Zellot: Das Lachen wird euch schon noch vergehen!)* Der PR-Beauftragte Stichauner verdient pro Jahr weit, weit über 100.000,- Euro, exklusive Umsatzsteuer. Hier ist der Vertrag, ich kann ihn dir dann auch zeigen. *(Der Redner hält den Vertrag in die Höhe.)* Die Gegenleistung ist auch definiert, die Gegenleistung ist definiert, dass man in siebeneinhalb „Manntagen“, so steht es im Vertrag, siebeneinhalb „Manntage“ pro Monat hier Arbeitsleistung aufbringt. Das ist ein schöner Verdienst und das ist auch der Grund und auch einer der Hintergründe, warum der Herr Stichauner sein Netzwerk hier benutzt, um Hetzjagd auf Professor Mandl zu machen. Über das werden wir dann auch noch gesondert reden. Es gibt, und auch das ist ein Faktum, von niemand anderem beauftragt als vom Aufsichtsrat der KABEG, lieber Freund Lutschounig, eine Sonderprüfung! Weißt du, was eine Sonderprüfung überhaupt ist? Da gibt es schwerwiegende Verdachtsmomente und das ist mehrheitlich in einem Gremium beschlossen worden und einstimmig, und einstimmig, lieber Freund, im Krankenhaus Klagenfurt, mit der Belegschaft und vielen anderen Leuten, auf die wir keinen Einfluss haben! *(Vorsitzender: Noch 20 Sekunden Redezeit, Herr Klubobmann!)* Sie versuchen hier die Aufdecker als Täter darzustellen und dieses Verhandlungsmuster widerspiegelt sich auch, dass man heute mich und den Präsidenten Strutz zur Anzeige gebracht hat. Auf diesen Prozess freue ich mich, weil da werden wir alle Gutachten auf den Tisch legen! Dann werden wir sehen, wer hier in die Wüste geschickt wird! Das wird nicht der Herr Mandl sein, sondern die Leute, *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* die sich was zu Schulden kommen haben lassen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

(3. Präs. Dr. Strutz: Die graue Eminenz!) Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Was ich heute hier an Anschuldigungen gehört habe, obwohl ich dazu stehe, dass wir unter Tagesordnungspunkt 1 eine Gesetzesnovelle zu beschließen versuchen, entbietet überhaupt keiner Sachlichkeit, geschweige denn anderen Gegebenheiten! Denn hier zu behaupten, das Krankenhaus gefährdet die Versorgung der Patienten, ist eine Zumutung, die ich von der ÖVP sofort eindeutig zurückweisen möchte! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der F-Fraktion.)* Eine Gefährdung des Personals, das ist das Gleiche! Wir haben vor vielen Jahren nach langen und härteren Diskussionen und Auseinandersetzungen, wobei das Wort Auseinandersetzung eher in Richtung ÖVP geht, eine Arbeitsplatzgarantie beschlossen, die bis heute keinen einzigen Dienstposten – bei 7.500 Köpfen und ein paar mehr – nach sich gezogen hat. Ich weise das zurück und ich erwarte eine Richtigstellung seitens der Kollegen von der ÖVP, der ich sonst eine gewisse Sachlichkeit nicht absprechen möchte!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich jetzt mehr Zeit hätte als die fünf Minuten, würde ich ein bisschen Geschichte betreiben. Vor nicht allzu langen Jahren haben das BZÖ mit Landeshauptmann Haider und die ÖVP die Arbeitnehmervertretung bis auf eine Person mit einem Gewaltakt aus dem Aufsichtsrat hinausgeworfen. Ich würde nicht sagen intelligentere, aber doch nachdenkliche Landtagsabgeordnete haben es später wieder ermöglicht, das richtigzustellen, aber erst nach vielen Jahren wieder wie im Aktienrecht vorgesehen, also mit einer Drittelparität im Aufsichtsrat der KABEG und wie auch in den Aufsichtsräten der Anstalten vertreten sind. Von der ÖVP her hier zu tun, dass sie die großen Retter der Krankenanstalt Klagenfurt sind: Wenn wir das morgen in unserem Haus draußen kolportieren, wird das wahrscheinlich mit einem sehr starken Gelächter enden. Denn in den letzten 40 Jahren, wo ich in den Bereichen zumindest mitgearbeitet und auch mitbestimmt habe, haben wir nicht sehr viel Unterstützung aus dieser Richtung bekommen. Vor allem der Wurmitzer hat seinerzeit sehr viel versprochen gehabt, dann ist er schon am Boden gelegen und ist in

Arbeiter

verschiedenen Fragen noch umgefallen. Das möchte ich jetzt ganz kurz einmal sagen. Im Aufsichtsrat hat es keine Zustimmung gegeben. Ich darf informieren, dass der KABEG-Aufsichtsrat diese Sondersitzung zeitgerecht – allerdings eine Forderung von Haider, weil er irgendeinen anonymen Bericht vorgelegt hat, den ich nämlich inhaltlich nicht einmal kenne – selbstverständlich auch mit Zustimmung der fünf Arbeitnehmervertreter beantragt hat. Wir haben das nicht einmal gekannt, weil mit diesen Firmen soll man sich angeblich nicht unbedingt gut auskennen. Es ist die Firma Moore Stephens aus Wien, die diesen Auftrag dann einstimmig bekommen und mit der Prüfung vorgelegt hat, was sie alles überprüft. Das gilt jetzt noch für die Ära Sonnberger, die ja auch zusammengezogen worden ist. Die beiden Herren, die das prüfen ist der Mag. Michael Das ist ein Name, den man schwer aussprechen kann, ich werde es trotzdem versuchen. Jetzt muss ich aber die Brille aufsetzen: Michael Dessulemoustier-Bovekercke. Die, die die Sprache beherrschen, mögen mir verzeihen, denn ganz richtig habe ich das sicher nicht ausgesprochen. Den Stenotypistinnen gebe ich dann gerne den Namen, damit sie ihn überhaupt einmal schreiben können, denn so einfach ist er ganz sicher nicht, wobei der zweite Name mit Dr. Werner Frühauf jederzeit für jeden verständlich sein wird. In nicht allzu langer Zeit werden auch die Ergebnisse vorliegen. Dann wird man einmal über die Sonderprüfung der KABEG, ich hoffe sachlich und fair, diskutieren können.

Die zweite Sonderprüfung für das LKH Klagenfurt wurde in der letzten Aufsichtsratssitzung einstimmig beschlossen, aber da ist scheinbar kein Vertreter der ÖVP mehr dabei. *(Abg. Lutschounig: Hinausgewählt mit eurer Hilfe! – Lärm im Hause. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Kollege Lutschounig, *(Wiederrum Zwischenruf von Abg. Lutschounig. – Vorsitzender, das Glockenzeichen betätigend: Robert, bitte!)* ich habe das Glück nach der Tagesordnung spontan reden zu können, du kriegst von mir eine sehr passende Antwort, weil die Moglerei, die den alten Aufsichtsrat, und dazu stehe ich ... *(Abg. Lutschounig: Das hat dir dein Kollege Auer gesagt, eine sehr kompetente Person! – Vorsitzender: Bitte, Herr Abgeordneter Lutschounig, am Wort ist jetzt der Herr Arbeiter, bitte! Bitte mehr Disziplin!)* Wir wählen gar nicht mit, bitte schön, lieber Freund, Ihr hättet

nur unsere Anwesenheit gebraucht und dem wurde auch bei der zweiten Sitzung stattgegeben. *(Abg. Lutschounig: Aber Auer hat das bestätigt!)* Na ja, und? *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wenn wir mitbestimmen könnten, bei der Bestellung des Vorstandsdirektors und so weiter sind wir gar nicht stimmberechtigt, aber irgendwo sollte man sich nach der alten Form vom Kreisky – lernt Geschichte – auch in diese Richtung einlesen! Nur, grundsätzlich, bevor es schon aus ist oder ist es schon aus? *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter! Ich bitte zum Schluss zu kommen!)* Fortsetzung folgt bei Tagesordnungspunkt 1, dann werde ich hier selbstverständlich auch zur jetzigen Situation, Verwaltung Klagenfurt und KABEG ganz deutlich Stellung beziehen! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Zukunft soll die KABEG vor dem politischen Einfluss geschützt werden. Es ist bedauerlich, dass heute die Weichen gestellt werden, dass es den umgekehrten Weg geht. Diese so genannte „Mandloperation“ wird leider nicht mit professionellen Chirurgen durchgeführt, sondern mit Menschen, die da nicht kompetent sind. Sie kennen den Spruch: Operation gelungen, Patient tot. So wird das auch ausgehen. Das bezeichnet das Hauptproblem, das Hauptproblem, das wir jetzt debattieren. Das Hauptproblem ist die Einmischung durch die Politik! Begonnen hat das mit dem Rauswurf vom Herrn Sonnberger, dann mit diesem komischen Verhalten der ÖVP. Ich verstehe wohl, dass jetzt die ÖVP hier dann argumentiert: Na ja, hätten wir ja nicht wissen können, was passiert, wenn wir da hinausgehen. Das verstehe ich, aber jetzt würde ich zumindest abwarten, was dieser Herr Mandl da hervorbringt, was da bei diesen offenbar bestehenden Vorwürfen und Missständen herauskommt! *(Abg. Lutschounig: Wenn er alle hinausgeschmissen hat!)* Der Wahrheitsbeweis gehört jetzt schon angetreten! Weil wenn man hier sagt, diese Vorgehensweise von dem Herrn Mandl sei nicht tragbar, kommt das einer Vorverurteilung gleich. Diese Vor-

Dr. Lesjak

gangsweise ist nicht tragbar, dass man etwas vorverurteilt. Es ist von hier aus auch überhaupt nicht zu beurteilen, ob das richtig oder falsch ist, was der Herr Mandl macht! Das ist eine Anmaßung! Das ist nicht hier zu debattieren! (Abg. Lutschounig: *Nein, im Gegenteil! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Was ist das Ziel von derartigen politischen Aktionen von dieser Gesetzesnovelle zum KABEG-Gesetz? Das ist ganz eindeutig, das Ziel ist die Konzentration von Macht. Macht soll jetzt noch mehr in die Politik geschoben werden, die Landesregierung soll jetzt noch mehr Macht bekommen. Das zeigt ja auch der Zusatzantrag. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: 15 Personen sind im Aufsichtsrat, 15 Personen, zehn davon sind Politiker! Also, die ganze Landesregierung, drei sind von der Landesregierung bestellt und fünf noch aus den Bediensteten, also sind zehn Politiker dort. Das ist eine Zweidrittelmehrheit. Warum funktioniert das dort nicht, dass man dort die politische Willensbildung macht? So wird dieser Konflikt hier hereingetragen in den Landtag, was uns eigentlich gar nichts angeht! (Abg. Tauschitz: *Krankenhäuser gehen uns sehr wohl etwas an!*) Hier werden wir dafür auch keine gescheiterten Lösungen finden. Was ist mit den vier Mitgliedern, die jetzt im Aufsichtsrat bestärkt werden sollen? Von den 15 liegt die Macht bei vier Personen, bei ihrer Anwesenheit. Was ist das für eine Demokratie? Was ist das für eine Demokratie, wenn es an vier Personen liegt? Was machen die anderen elf derweil? Ist das demokratisch? Haben die restlichen elf Personen im Aufsichtsrat nichts zu reden? Tun die Däumchen drehen, oder was? An vier Personen wird das jetzt hängen! Freilich, jetzt muss das ganze Ding handlungsfähig sein, deswegen unterstützen wir das auch, aber mit großem Bauchweh. Wir sollten dazu übergehen, an unsere Debatten sachliche Überlegungen heranzutragen. Aber leider haben keine sachlichen Überlegungen, sondern ein offenbar sehr hoher Adrenalinpiegel seitens der SPÖ zu dieser Vorgangsweise geführt. Jetzt wird dieser Konflikt hierher getragen und es wird Panik erzeugt. Das ist etwas, was wir gar nicht brauchen können. Der Konflikt als solcher ist unwürdig und ist durch die sachliche Darstellung der Missstände und Vorwürfe, die jetzt im Raum stehen, sofort zu beenden. Das ist sachlich zu klären und das ist dort zu tun, wo die Gremien

zuständig sind, in der KABEG selber, im Vorstand und im Aufsichtsrat! Man könnte auch weiterdenken, wie man das ganze Ding etwas demokratischer gestaltet: Also, umgekehrt, nicht mehr Einmischung durch die Politik, sondern Handlungsfähigkeit der KABEG! Zum Beispiel dadurch, dass man überlegt: Wieso gibt es nur einen Vorstand? Jedes größere Wirtschaftsunternehmen hat so hoch in der Hierarchie niemals nur eine Person! Das ist strukturell bedingt ein Schleudersitz! Natürlich ist der Herr Mandl in dieser politischen Debatte der Sündenbock, das ist ganz klar. Was wäre, wenn man den Vorstand auf drei bis fünf Personen ausweiten würde, wie das sonst in der Wirtschaft auch üblich ist? Wir müssen dieses politische Hick-Hack und das Wechseln von politischem Kleingeld endlich stoppen und die ernsthaften Dinge denen überlassen, die sowieso damit betraut sind! Die Politik ist bereits im Aufsichtsrat vertreten. Es ist überhaupt nicht notwendig, dass wir uns hier mitten im Urlaub treffen. Diese Vorgangsweise zeigt eines, dass es keinen klaren, vernünftigen Gedanken in der Gesundheitspolitik gibt! (*Zwischenruf von Abg. Arbeiter.*) Wo hören wir Reformgedanken zum stationären Bereich? Wo hören wir etwas, dass die Vorsorge-, die Präventivmedizin, der nichtstationäre Bereich ausgebaut werden muss, die mobile Pflege zum Beispiel? Das würde den stationären Bereich entlasten. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) Es gäbe viele, viele Maßnahmen, die das Krankenhaus entlasten würden. Das müssen wir hier besprechen, das ist Sache des Landtages! Hier sollen zukunftsweisende Gesundheitsdebatten geführt werden! Hier ist die politische Willensbildung zu finden und hier müssen wir Grundsatzentscheidungen fällen! Der Anlass für diese Sitzung heute ist ein trauriger und wir werden bei dieser Gesetzesnovelle zur KABEG auch nicht mitstimmen! (*Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dr. Martinz das Wort.*)

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wenn man in diesen Tagen unsere lokalen Zeitungen und die Medien verfolgt, wird einem eigentlich schlecht.

Mag. Dr. Martinz

Es wird einem deswegen schlecht, weil wir hier einen erbärmlichen Zustand registrieren müssen, wie bei uns in Kärnten mit den Gesetzen umgegangen wird! Auf welchen Grundlagen man hier bei uns in Kärnten – und in erster Linie das BZÖ – vorgeht, wenn es darum geht, ganz wichtige Bereiche in unserem Land – und der Gesundheitsbereich ist ein ganz fundamental wichtiger Bereich – Frau Abgeordnete Lesjak, dass das hier diskutiert wird, ist genau der richtige Boden! Wo sonst soll das diskutiert werden? Es ist ein fundamentaler, wichtiger Bereich in unserem Leben. Und ich kann Ihnen eines sagen: Ich selber habe jetzt einige Tage im Krankenhaus verbracht und ich weiß, dass tagtäglich in allen unseren Krankenhäusern in Kärnten beste Arbeit geleistet wird und dass hier sehr viel an Know-how, sehr viel an Gerätschaft, sehr viel an finanziellen Aufwendungen zu finden ist und wir sehr froh und stolz sein können, dass wir dieses Gesundheitssystem auch finanzieren können! Dass wir aber auf der anderen Seite jetzt tagtäglich mit diesen Methoden, mit diesen neuen Methoden, die eingezogen sind, konfrontiert sind und damit auch konfrontiert sind mit der Tatsache, dass nicht mehr Recht und Ordnung, nicht mehr Gesetz, nicht mehr so wie es sein soll, herrschen, sondern man versucht in einer außergewöhnlichen Art, mit außergewöhnlichen Vorgängen, in der Funktion der Marionette Mandl seitens des BZÖ unser Gesundheitssystem und unser LKH Klagenfurt, den ganzen Neubau, die ganze Finanzierung, zu vernebeln, in Chaos zu versetzen, um irgendwo etwas herauszubekommen, um nämlich auch Verantwortung abzuschieben.

Denn ich sage Ihnen eines: Es schaut so aus, als ob es da um Entlassungen und um dies und um jenes ginge. Ich sehe dahinter ganz etwas Anderes, nämlich die bewusste Verunsicherung, die bewusste Destabilisierung unseres Gesundheitssystems, bis hin zum LKH-Neubau, diesem riesigen Komplex, der größten Baustelle Österreichs. (3. Präs. Dr. Strutz: *Der ORF geht schon hinaus!*) Ich verstehe natürlich eines: Strutz schwitzt! Strutz schwitzt fest, weil er natürlich schwitzen muss. Als Mitglied des Finanzausschusses geht er hier her, traut sich zu behaupten, er kennt Unterlagen, übrigens Geheimgutachten, die hier zitiert wurden, kein Mensch von uns hat sie jemals gesehen, auch die Presse nicht. Als Aufsichtsratsvorsitzender, Mitglied und Kenntnishaber aller internen Regelungen

und Abläufe und aller Bilanzen in den letzten vier Jahren herzugehen und zu sagen, da sind Unregelmäßigkeiten, da müssen wir prüfen, wo ja die einzige Verantwortung beim BZÖ und bei der SPÖ liegt! Der Finanzreferent, der Aufsichtsratsvorsitzende – BZÖ! Wenn hier etwas verschleiert wurde, da ward ihr selber dabei! Strutz schwitzt, ich verstehe das vollkommen. Dass natürlich eine 118er-Prüfung – und als Agrarreferent darf ich es anmerken – du Äpfel und Birnen komplett verwechselt. Selbstverständlich haben wir nicht zugestimmt zu einer Prüfung aufgrund der Verdächtigungen im LKH NEU, da wird irgendetwas vom Herrn Landeshauptmann dargebracht, da ist etwas unklar, da sind Finanzflüsse in die Parteien, die SPÖ hat sich finanziert am LKH-Neubau. Das war ja abstrus! Aber selbstverständlich bitte nachzulesen und um bei der Wahrheit zu bleiben, haben wir mit gestimmt und auch mit unterstützt, dass die Ära Sonnberger mit einer entsprechenden Prüfung geprüft wird und per 30.6. zu einem Endstrich kommt. Nämlich genau aus dieser Überlegung, um nicht die Möglichkeit zu bieten, wie ihr es jetzt zu verschleiern versucht, dass der neue Vorstand – das Ganze, das jetzt kommt, läuft ja ab wie nach einem Regiebuch, vor sechs Monaten schon geschrieben. Um genau jetzt zu sagen, ja das war der Sonnberger, das waren alles alte Geschichten. Da ist die Finanz plötzlich trüb, da müssen wir schauen, da gibt es jetzt einen Buchungsfehler. Letztlich geht es um den Sonnberger, nämlich das herauszufinden, um jetzt in der neuen Destabilisierung und in dieser Chaospolitik, die jetzt dort hinein getragen wird, dann auszusteigen und zu sagen, ja jetzt müssen wir alles neu machen.

Jetzt brauchen wir neue Leute! Leute „meines Vertrauens“ braucht er plötzlich! Meine Damen und Herren, das ist ein Riesenunternehmen, mehr oder weniger das größte in unserem Land Kärnten. Wird das so sein, dass der Herr Mandl persönlich von seinem Büro aus die ganzen 7.000 Mitarbeiter und alles, was da ist, managen wird? (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Geht das so? Deshalb für mich ganz klar: Chaos verursachen, Nebelgranaten, weg mit der Wahrheit, weg vom Gesetz, typisch! Und, lieber Kollege Arbeiter, eines muss ich auch sagen: Ihr seid dem BZÖ auf den Leim gegangen ab dem Zeitpunkt, wo es darum ging, im LKH die Aufsichtsräte auszuwechseln. Da

Mag. Dr. Martinz

hat das angefangen! Und jetzt hintennach seid ihr draufgekommen, um Gottes Willen, jetzt kommt eine Lawine daher, die uns alle überrollt und ich sage noch einmal, und das ist auch unsere Verantwortung und wir haben genau das gesagt bei der Bestellung von Mandl: Wir machen hier nicht mit, wir sind hier nicht in der Verantwortung! SPÖ und BZÖ haben die ganze Zeit, (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist ja die Unwahrheit! – Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) bis vor 32 Jahren immer alles zu verantworten gehabt und wir haben genau gesagt, mit eurer Bestellung, der einseitigen Bestellung, (*Abg. Ing. Scheuch: Sie sprechen die Unwahrheit!*) das geht so nicht, wir wollen (*Vorsitzender: Herr Landesrat bitte den Schlusssatz, sonst muss ich ...*) dort eine gemeinsame Lösung für diesen wichtigen Vorstand. Ich persönlich habe immer für Sonnberger plädiert, dann hätten wir dieses ganze Chaos heute nicht. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Zuhörerinnen und Zuhörer! Die ÖVP hat diese Aktuelle Stunde unter dem Titel „Zukunft der KABEG“ beantragt. Was wir bis jetzt gehört haben, war lupenreine Schwarzmalerei von drei Rednern. Einzige Aussage war: Mandl muss weg! Beim Bauernbund, Herr Abgeordneter Lutschounig, fürchtet man bereits, dass demnächst noch ein Antrag kommt, den Mandl-Kalender abzuschaffen! (*LR Mag. Dr. Martinz: Das ist dein Beitrag zur wichtigsten Diskussion im Lande! Was du zusammenredest!*) Ja, Herr Landesrat Martinz, mir ist es egal als Patient und als Mitarbeiter, wie der Chef oben heißt. Für mich interessant ist, dass das Ganze funktioniert! Und die Worte des Herrn Abgeordneten Arbeiter haben mir bewiesen, dass dort, im Inneren des Krankenhauses, Verantwortung gelebt wird. Daher bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern aller Landeskrankenanstalten hier dafür, dass das nicht stattfindet, was hier hineininterpretiert wird, nämlich, dass dort Chaos herrscht, dass dort Verunsicherung herrscht, sondern hier tapfer gearbeitet wird, jeden Tag gleich! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Die vom Herrn Klubobmann Seiser angekündigten Änderungen, die da stattfinden müssen, sind für mich ein lupenreiner Rückfall in längst vergangene, finstere Zeiten! Objektivität raus, Politik rein! Das kann nicht die Zukunft sein! (*Abg. Lutschounig: Eine Notwehrlösung!*) Das Geschrei der SPÖ ist auch nicht ganz verständlich, denn kürzlich haben wir das KWF-Gesetz geändert. Da ist es nur darum gegangen, für die Landesregierung eine Richtlinienkompetenz zu normieren. Da war plötzlich die Unabhängigkeit des KWF in Gefahr und vieles andere. Bis zum Untergang des Abendlandes ist argumentiert worden. Wenn dann in Punkt 1 diese Änderung im Krankenhausbetriebsgesetz hier beschlossen wird, ist das das genaue Gegenteil von dem, dem die SPÖ damals das Wort geredet hat! Und lassen Sie mich noch etwas sagen: Ich habe früher die Mitarbeiter erwähnt, die da unschuldig mit hineingezogen werden. Wo war denn die Aufregung, meine Damen und Herren, hier im Lande und insbesondere auch bei der SPÖ, als jetzt bekannt geworden ist, dass bei Infineon in Villach 400 Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt wurden? (*Abg. Trettenbrein: Skandal!*) Da hat man schamlos davon gesprochen, dass es „nur“ Leiharbeiter wären, als wären das keine Menschen, als wären da nicht Schicksale damit verbunden! Und so lässt sich das weiter fortziehen. Wo ist denn der Betriebsrat der Infineon, der Herr Arbeiterkammerpräsident Goach? Wie sein Vorbild Gusenbauer im Ausland, auf Rhodos! Das hat er gelernt von ihm! Hier werden die Menschen im Stich gelassen, das sollte sich die SPÖ einmal zu Gemüte führen, was hier passiert! Im Bereich der KABEG (*2. LH-Stv. Ing. Rohr: Du solltest dich einmal informieren!*) – Ja, ich komme schon noch zu dir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Rohr! – sind Dinge zu Tage getreten, die nicht so sind wie uns der Herr Landesrat Martinz glaubhaft machen will.

Es gibt ja mehrere Rechnungshofberichte auch des Landesrechnungshofes. Beispielsweise sind schon damals die Beraterhonorare massiv kritisiert worden. Mittlerweile weiß man schon viel mehr, mittlerweile schlagen nicht einmal erkennbare Gegenleistungen für immerhin 120.000,-- alte österreichische Schilling im Monat zu Buche. Und ich muss noch eines sagen: Das Misstrauen gegen die Direktoren, wie es im Landeskrankenhaus Klagenfurt schon viel früher geäußert wurde, ist ja nicht vom BZÖ gekom-

Dipl.-Ing. Gallo

men, das war ja der Betriebsrat. Ich erinnere Sie an eine Streitkultur am 3. März dieses Jahres. Da hat der Zentralbetriebsrat Auer massiv mit dem Herrn medizinischen Direktor abgerechnet und dabei wurde ein Handlungsbedarf erkennbar! (*Abg. Ing. Scheuch: Die Ärztekammer – Schwarze Partie!*) Das ist die Wahrheit! Sie haben ja das angehört! Die Ärztekammer hat massiv dagegen protestiert, wie Ärzte im Landeskrankenhaus behandelt werden. Das sind ja in Wirklichkeit die Dinge! Und jetzt ist nur dazugekommen, dass das Direktorium, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) als der Herr Dr. Mandl Aufsichtsratsvorsitzender geworden ist, einen aktiven, offenen Widerstand gemacht hat und dann eine Weigerung – obwohl sie weisungsgebunden sind – ausgesprochen hat, Unterlagen herzugeben. Hier sind ein Organisationsversagen und ein Kontrollversagen eingeschränkt zu sehen. Zusammen ergibt das einen uneingeschränkten und unsanierbaren Vertrauensbruch. Das ist die Wahrheit! Daher ist festzustellen, dass in mindestens fünf unterschiedlichsten Fällen die Berichtspflicht auch an den Aufsichtsrat verletzt worden ist. (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Wenn das nicht für eine Prüfung reicht, was reicht dann? Daher sage ich noch einmal: Wir haben uns immer für Prüfungen, egal gegen wen es gegangen ist, ausgesprochen und werden das auch weiterhin tun! Ich bin überzeugt davon, dann kommt auch die Wahrheit ans Licht! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig (F):**

Ein Redner geht sich noch aus, und zwar Herr Landesrat Dr. Kaiser. Bitte! Jetzt muss ich einmal schauen, Moment einmal. – Ja, es müsste passen!

Landesrat **Mag. Dr. Kaiser (SPÖ):**

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist bewusst, über welches wichtige Thema wir hier reden. Eine Umfrage, die heute erschienen ist, hat bewiesen, welcher hohen Stellenwert Gesundheit und jene Institutionen, die für deren Aufrechterhaltung oder Wiedererlangung zuständig sind, haben. Aufgrund der Ereignisse der letzten Wochen, der Abberu-

fung von drei Mitgliedern des Krankenhausdirektoriums in Klagenfurt, schwerwiegenden Vorwürfen, Bilanzfälschungen, Sonderprüfungen, straf- und finanzrechtlichen Anschuldigungen, Klagseinbringungen von Beschuldigten, Hausverbot und vielem anderen mehr, ist – und hier befinde ich mich im Gegensatz zu meinen Kollegen aus der grünen Fraktion und zu jenen des BZÖ – ist politisches Handeln meines Erachtens nach unausbleiblich! Wer, wenn nicht jene, die letztendlich auch die Millionen und Milliarden von Steuergeldern verwalten, hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese auch entsprechend eingesetzt werden. Wir sind daher als SPÖ und insbesondere ich als Gesundheitsreferent dafür, dass es eine völlige, lückenlose Aufklärung hinsichtlich der schwerwiegenden Anschuldigungen gegen Dipl.-Ing. Wetzlinger, Dr. Koperna, Mag. Scharm-Groicher gibt, dass diese Sonderprüfung rasch ausgeschrieben wird und stattfindet, aber auch, dass der Landesrechnungshof als unabhängige und dem Kärntner Landtag verantwortliche Instanz eben diese Vorhalte auf ihre Richtigkeit, auf ihre Wertigkeit prüft.

Ich bin – und das sage ich auch ganz offen – für die Sicherstellung politischer Eingriffsmöglichkeiten dort, wo sie unabdingbar und notwendig sind. Schwerwiegende Personalentscheidungen haben auch der Politik die Möglichkeit zu geben, sie zu revidieren oder zu hinterfragen. Es wird aber letztendlich auch Aufgabe der Politik sein, damit entsprechend behutsam umzugehen! Ich kann nicht akzeptieren und verstehen, dass das hier von Teilen des demokratisch gewählten Kärntner Landtages anders gesehen wird. Als dritter Punkt, der mir wesentlich ist, ist festzustellen, dass im Mittelpunkt auch der KABEG, deren Zukunft wir ja heute debattieren, der Versorgungsauftrag der Landeskrankenanstalten, die Patientenbetreuung und –qualität und eine entsprechende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitermotivation zu stehen hat. (*Abg. Ing. Scheuch: Das steht außer Zweifel!*) Und damit komme ich zum vierten Punkt: KABEG-Vorstand Dr. Mandl, dessen fachspezifische Kenntnisse, Herr Klubobmann Scheuch, außer Frage stehen, hat sich für mich und für viele als nicht geeignet, (*Abg. Ing. Scheuch: Der Wetzlinger und der Koperna schon!*) insbesondere in sozialer, emotionaler und kommunikativer Hinsicht erwiesen. Eine so wichtige Organisation wie die KABEG

Mag. Dr. Kaiser

gerade in dieser jetzigen Situation, (*Abg. Ing. Scheuch: Dann tun wir weiter vertuschen!*) wo es um wesentliche Entscheidungen geht, wo es um Weichenstellungen weit über den Tag hinaus für eine qualitative Gesundheitsversorgung in Kärnten geht, muss sich dieser Aufgabe wirklich stellen! Dr. Mandl wurde von Ihnen, vom BZÖ, auf Empfehlung von Dr. Haider, mit einem Interimierungsrecht des Vorsitzenden bestellt. Die SPÖ war dagegen, wir behalten diese Vorbehalte auch bei, weil Dr. Mandl bis heute nicht gezeigt hat, dass er einer anderen Vertrauensstellung würdig ist. Das ist der Bereich, den Sie haben. Sie und Ihr Spiritus Rector, Landeshauptmann Haider, haben – ob Sie es wollen oder nicht – auch die Verantwortung zu tragen!

Die schweren Aufgaben, die auf die KABEG in nächster Zeit zukommen, sind vor allem zwei Punkte. Es ist das Betriebsorganisationskonzept, das aus meiner Sicht dann und nur dann erfolgreich sein wird, wenn es alle Entscheidenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ärzteschaft, die Pflegerinnen und Pfleger und die Administration, mit einbezieht und ihnen auch die Möglichkeit gibt, es mitzugestalten. Dann und nur dann wird die KABEG die großen Anforderungen, die an sie – vermittelt über das LKH NEU – gestellt werden, auch bewältigen können.

In der derzeitigen Situation, das sage ich auch sehr offen: Stellen Sie sich vor, der jetzige Zustand und so lange dauern die Verträge, würde fünf Jahre so prolongiert werden, wie schaut es da mit unserem doch so hoch geschätzten Gesundheitssystem aus? Daher sind manche Maßnahmen, auch wenn sie vielen nicht gefallen mögen, auch wenn sie den Geruch vielleicht von Anlassgesetzgebung haben, notwendig, um überhaupt eine Weiterentwicklung sicherstellen zu können.

Ich komme zum letzten Punkt für den eine halbe Minute genau ausreicht, Herr Präsident! Persönlich und politisch werde ich als Referent alles tun, um eine gedeihliche Weiterentwicklung der Krankenanstalten sicherzustellen und dort, wo es unabdingbar notwendig ist, auch einen inhaltlichen, fachlichen und personellen Neuanfang starten lassen. Dies muss uns die Gesundheitsvorsorge der Kärntner Bevölkerung, die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenanstalten und vor allem jene der Patientinnen

und Patienten wert sein. Daher handeln wir so, wie wir handeln müssen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Somit ist die Aktuelle Stunde beendet. (*3. Präs. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*) Herr Präsident, einen Moment bitte! Meine Damen und Herren, ich darf noch bekannt geben, dass das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen um 18.16 Uhr endet. Wir sind somit in der Tagesordnung. Bitte zur Geschäftsordnung Herr Dritter Präsident Strutz!

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der KABEG, aber auch im Namen der Fraktion des BZÖ möchte ich aus gegebenem Anlass und aufgrund der Vorfälle und Vorkommnisse im LKH Klagenfurt, aber auch aufgrund der Berichte und Beschlüsse, die wir im Aufsichtsrat der KABEG getroffen haben, einen Antrag gemäß § 64 der Landtagsgeschäftsordnung stellen, nämlich auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die aktuellen Vorkommnisse und die Gebarung im LKH Klagenfurt zu überprüfen. Insbesondere zu überprüfen sind die folgenden, im Aufsichtsrat untermauert durch Berichte von Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten erhobenen, Verdachtsmomente von steuerrechtlichen, sozialversicherungsrechtlichen, arbeitsrechtlichen, gebührenrechtlichen und vergaberechtlichen Vorschriftenverletzungen, ob finanzstrafrechtliche Konsequenzen von den handelnden Personen ausgelöst wurden, ob Informationspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat verletzt wurden, ob die Bilanzen korrekt erstellt wurden, ob Kontrollmechanismen korrekt eingerichtet wurden und offiziell tätig geworden sind, ob es in diesem Zusammenhang Verfehlungen von Seiten des Krankenanstaltendirektoriums gegeben hat, inwieweit ein Verhalten von Personen den Tatbestand der Nötigung gemäß § 106 StGB erfüllt, ob die Abberufung einzelner Personen des Krankenanstaltendirektoriums durch den Vor-

Dr. Strutz

stand der KABEG rechtmäßig erfolgte und inwieweit Weisungen missachtet wurden.

Herr Präsident, ich darf Ihnen diesen Antrag übergeben und ersuche um Abstimmung! (*Beifall von der BZÖ-Fraktion. – Abg. Tauschitz: Zur Geschäftsordnung!*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz zur Geschäftsordnung das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zum gegenwärtig verlesenen Antrag zur Geschäftsordnung vom Dritten Präsidenten Dr. Martin Strutz möchte ich anmerken, dass die ÖVP prinzipiell allen Rechnungshofbeschlüssen zur Überprüfung die Zustimmung gibt. Ich glaube nur nicht, dass der Rechnungshof und Direktor Reithofer in der Lage ist, zu urteilen, ob Nötigung stattgefunden hat. Ich glaube, das ist das Recht der Gerichte und dafür sind Richter zuständig in unserem Rechtsstaat und nicht der Rechnungshof! Ich möchte bitten, diesen Antrag dahingehend zu überprüfen, ob der Rechnungshof dem auch tatsächlich nachkommen kann. Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Herr Klubobmann! Aus Ihrer nun schon doch einigen Jahren Erfahrung hier im Kärntner Landtag müssten Sie wissen, dass der Rechnungshof von sich aus prüft, inwieweit seine Zuständigkeit gegeben ist und anher Berichte gibt! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. – 3. Präs. Dr. Strutz: Lern endlich die Geschäftsordnung! – Abg. Seiser: Zur Geschäftsordnung!*) Zur Geschäftsordnung als nächster Herr Klubobmann Seiser, bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Auch unser Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 Kärntner Landtagsordnung beschäftigt sich mit den fragwürdigen Vorgängen in der Vorstandsetage der KABEG. So soll der Kärntner Landesrechnungshof aufgefordert werden, die Maßnahmen und Geschäftsfälle des Landes-

krankenhauses Klagenfurt dahingehend zu prüfen, ob diese Gegenstand der von Vorstand Mandl erhobenen Vorwürfe sind. Um weiteren ideellen und finanziellen Schaden für das Land zu verhindern, ist eine umgehende Behandlung des Prüfungsauftrages durch den Landesrechnungshof vorzunehmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte den Antrag mir zu übergeben, Herr Klubobmann! (*Abg. Seiser übergibt den Antrag dem Vorsitzenden.*) Hohes Haus! Ich lasse nun über den ersten Antrag abstimmen. Wer dieser Überprüfung des heutigen Antrages gemäß § 64 die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen, es ist die einfache Mehrheit erforderlich. – Es ist einstimmig so beschlossen.

Hohes Haus, ich lasse nun über den zweiten Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich wiederum um ein deutliches Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. (*Abg. Holub: Zur Geschäftsbehandlung!*) Zur Geschäftsbehandlung Herr Abgeordneter Holub, bitte!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Laut § 64 der Kärntner Landtagsordnung stelle ich den Antrag um Überprüfung durch den Bundesrechnungshof, und zwar betreffend die Verwendung der eingesetzten Mittel der Stadt Klagenfurt am Wörthersee für die Vorbereitung und Umsetzung der EURO 2008.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Herr Abgeordneter Holub, ich muss Sie darüber informieren, dass ein Einbringen eines Antrages auf Überprüfung durch den Bundesrechnungshof erst dann zulässig ist, wenn über den letzteingebrachten Antrag Bericht vorliegt. Ich muss daher diesen Antrag zurückweisen! (*Abg. Holub: Danke!*)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt eins geschätzte Damen und Herren!

Lobnig**Tagesordnung****1. Ldtgs.Zl. 27-8/29:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Mag. Trannacher. Ich darf Sie bitten, zu berichten.

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Werter Herr Präsident! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Liebe Kollegen und Kolleginnen des Hohen Hauses! Die gegenständliche Materie, die bereits während der Aktuellen Stunde ausführlich diskutiert wurde, wurde in der 43. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport ausführlich und kontroversiell behandelt und mehrheitlich beschlossen. Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Nach langen Diskussionen und Überlegungen, um wieder einen alten Urstand in der KABEG herzustellen, hat sich die SPÖ entschlossen, diesen Antrag einzubringen. Vor zwei Monaten haben wir einige Diskussionen geführt, auch mit dem zuständigen Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Strutz, die darin gemündet haben, dass er zwei Presseausendungen gemacht hat, wo er bereit war, ähnliche Forderungen einzubringen. Mit der Installierung des Professor Mandl hat sich scheinbar die Meinung geändert, was jedem und jeder Partei zusteht, um einleitend das zu betonen. Leider ist im Ausschuss nur durch Mehrheit

mit Stimmen der SPÖ und ÖVP dieser Antrag beschlossen worden.

Bevor ich weiter auf die Wortmeldungen eingehe, nachdem ich jetzt die Möglichkeit habe, diese jetzt fortzusetzen, da ich vorhin aufhören musste, um mich mit den Grünen, der ÖVP und dem BZÖ zu beschäftigen. Ich möchte eindringend im Namen der SPÖ sagen, dass die Vorgangsweise von Professor Mandl in dieser Art und Weise schärfstens abgelehnt wird. Ich sage jetzt schon, sollten die Vorwürfe, die eingebracht worden sind, nicht das erbringen, was sich die BZÖ vor allem vorstellt, wird es auch die Frage nach Konsequenzen in dieser Richtung von Seiten der ÖVP gestellt werden, damit kein Irrtum entsteht, auch kein Irrtum bei den anderen Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich heute zuerst der ÖVP zugehört habe, so möchte ich eines feststellen: Wir haben einen Betriebsrat, wo drei Fraktionen im LKH Klagenfurt vertreten sind. Meine Fraktion, das brauche ich nicht betonen, glaube ich, die Grünen und die ÖVP. Nach den Wahlen ist bei keiner einzigen Sitzung einer der beiden anwesend gewesen! Trotz mehrerer Aufforderungen von unserer Seite, teilzunehmen und Anträge einzubringen, die wir dann selbstverständlich dort behandelt hätten, dies ist bis heute und tut mir für die Grünen leid, das muss ich dazu sagen, leider nicht passiert. Ich habe mich damals verwendet, der Kollege Holub weiß dass, hier eine gemeinsame Zusammenarbeit zustande zu bringen. Leider hat das nicht gefruchtet, wobei ich hier keine Bösartigkeit sehe, sondern kann Kollege Holub nicht sagen, derjenige muss daran teilnehmen. Leider auch für die christliche Fraktion, der ich anraten würde, bei so wesentlichen Themen, und am Montag ist die nächste Betriebsratssitzung, wo auch diese Fragen, die heute hier im Landtag und auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, dementsprechend behandelt werden. Ich möchte anraten, nicht nur Kritik einzubringen, sondern dort auch aktiv Mitarbeit einzubringen!

Vor einigen Jahren haben wir versucht, zu verhindern, dass das Krankenanstalten-Betriebs-

Arbeiter

gesetz novelliert wird, wo genau der Tagesordnungspunkt, der heute zur Diskussion steht. Wahrscheinlich wird er auch im nächsten Aufsichtsrat diskutiert werden. Ich erwarte vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. Strutz, dass wir sehr bald die Einladung bekommen, damit wir wissen, wann das nächste Mal bei dieser Sitzung dieses ein Thema wird. Ich kann heute schon auffordern, dass bei diesem Aufsichtsrat auch Punkte, die heute schon eingebracht wurden und am Tisch liegen, eingebracht werden, weil der Aufsichtsrat hätte sich, das ist meine persönliche Meinung, damit sofort und so schnell wie möglich zu beschäftigen. Ich erwarte mir auch, dass Professor Mandl am Montag beim Aufsichtsrat in Klagenfurt die Punkte, das waren heute mehrere, wie ich sehr deutlich vernommen habe, am Tisch zu legen, damit man sich dementsprechend beschäftigen kann und darüber diskutieren kann, um weitere Schritte, egal in welche Richtung, einleiten zu können.

Herr Aufsichtsratsvorsitzender Strutz, Präsident des Kärntner Landtages, wenn das nicht passiert, müssen wir annehmen, dass verschiedene Punkte bewusst in Umkreis gesetzt worden sind, um ein schlechtes Klima zu schaffen. (3. Präs. Dr. Strutz: *Denken wir einmal positiv!*) Wir werden selbstverständlich diesen Antrag unterstützen und ich hoffe, dass wir ihn durchbringen. Die SPÖ trägt selbst die Schuld, denn Peter Ambrozy und Pfeifenberger haben das seinerzeit eingebracht und so beschlossen. Es war nicht möglich, ein sachliches Gespräch zu führen, damit man das vielleicht hätte verhindern können. So hätten wir heute das Problem in gewissen Bereichen nicht, das möchte ich in aller Deutlichkeit noch einmal sagen. Es hat sehr lange gedauert und es wäre auch ohne Mandl gekommen, das muss ich auch in aller Deutlichkeit sagen, dass man versucht hätte, das Krankenanstalten-Betriebsgesetz, das nach wie vor eines der Besten in Österreich ist, dieses zu ändern. Andere Bundesländer neiden uns dieses Gesetz, weil sie nicht in der Lage sind, ob politisch oder wie immer man das sieht, ein ähnliches Gesetz über die Bühne zu bringen. Ich kann euch nur anraten, sich einmal in der Steiermark, Oberösterreich oder Wien umzuhören und dieses mit unserem Krankenanstalten-Betriebsgesetz zu vergleichen. Nach längeren Diskussionen ist über den Lenkungsausschuss wurde dieses Gesetz vom ersten bis zum letzten Paragraphen beraten worden und ein

gutes Gesetz war. Dass man über andere Novelierungen in der Zukunft noch sprechen wird, ausgenommen diesem Tagesordnungspunkt, ist auch ganz logisch.

Am Schluss weise ich noch einmal zurück, dass behauptet wird, dass Patienten gefährdet werden, dass Mitarbeiter Angst haben. Das möchte ich noch einmal sagen, damit es wirklich ins Protokoll hinein geschrieben wird. Ich danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Kollege Gebhard Arbeiter! Das KABEG-Gesetz ist aus meiner Sicht wirklich ein gutes Gesetz und nicht zuletzt aus diesem Grund beneiden uns andere Bundesländer über die Entwicklung, die wir im Gesundheitswesen genommen haben. Wir bauen eines der modernsten Krankenhäuser, haben aufgrund dieser Initiative sicherlich volkswirtschaftlich einen enormen Effekt, der sich im Beschäftigtenbereich auswirkt, der sich wirtschaftlich auswirkt. Der Präsident der Industriellenvereinigung in Kärnten hat das vor wenigen Tagen festgestellt. Dieses Gesetz ist nach reiflichen Überlegungen, nach schweren Verhandlungen, weil es auch für den Betriebsrat damals nicht leicht gewesen ist hier zuzustimmen, mit dem Grundgedanken gemacht worden, zu versuchen die Politik aus dem Gesundheitsbereich, aus dem Einflussbereich der Krankenanstalten hinauszudrängen; zu schauen, dass wir das in eine Eigenverantwortung mit privatwirtschaftlichen Spielregeln geben. Das war nicht so einfach, weil die Beschäftigten in den Krankenanstalten natürlich den Status der Beamten und des Beamtendienstrechtsgesetzes haben, was wir ja bis jetzt mitziehen. Aber der Grundgedanke ist der einer kontrollierten Privatisierung gewesen. Man hat hier auch dem Vorstand und den einzelnen Gremien große Verantwortung und einen großen Spielraum übertragen. Das war sozusagen auch ein bisschen ein Vertrauensvorschuss, der hier gegeben wurde. Ich glaube aber, dass er sich bewährt hat.

Das, was unschön war, waren die Aktionen, die der Dr. Sonnberger kurz vor seinem Abgang

Dr. Strutz

gesetzt hat, die aus meiner Sicht auch nicht notwendig gewesen wären. Er hat entgegen der Meinung der Belegschaftsvertreter, entgegen der Meinung, die wir auch im Aufsichtsrat und im Personalausschuss gehabt haben, zwei Tage vor seinem Abgang den medizinischen Direktor verlängert. Die Stimmung im LKH Klagenfurt, die jetzt so dargestellt wird, dass plötzlich Angst und Schrecken und das Chaos regieren, wie das von der ÖVP gesagt wurde, diese Stimmung war nicht zuletzt aufgrund der Aktionen, die der Verwaltungsdirektor und die der medizinische Direktor getätigt haben, lange bevor Mandl gekommen ist, eine unerträgliche! Jetzt hat man gesprochen, das ist letztlich ein Stasi-Regime, hat irgend jemand behauptet, das da herrscht. Ich habe mir da die Ärztezeitung vom Feber 2008 herausgesucht: „Debatte von LKH-Ärzten in Not. Radiohörer erfuhren am 8. März, welchem Regime die Ärzte im LKH Klagenfurt unterworfen sind.“ Der Dr. Alberer berichtet da von diesem Regime unter Wetzlinger und Koperna. „Spitalsärzte – mieses Klima im LKH Klagenfurt.“ Da ist der Mandl noch gar nicht als Vorstand bestellt gewesen! „Unakzeptabler Führungsstil der Direktion, der sich in den letzten Tagen noch verschärft.“ Das war das Klima, das geherrscht hat, bevor der Professor Mandl gekommen ist und diese Missstände hinterfragt hat: „Mieses Arbeitsklima. Wie das LKH junge Ärzte einschüchtert.“ Das ist in der Ärztezeitung nachzulesen. Ich bringe da ein Zitat: „Abmahnung – die LKH-Direktion scheut auch vor direkten Einschüchterungsversuchen nicht zurück. Opfer war eine gewählte Turnusärztevertreterin. Sie ist mit einer Abmahnung des Direktors konfrontiert. Dies deshalb, weil sie sich weigerte, der Direktion – und jetzt hört gut zu, liebe Kollegen von der ÖVP – „Kollegen namhaft zu machen, welche die kurzfristigen Dienstzuweisungen nicht hinnehmen wollten.“ Das sind Stasi-Methoden! Das sind Stasi-Methoden! Dann kommt jemand, der diese Missstände beseitigen will, der mit diesen Personen reden möchte und die Direktion zur Verantwortung zieht, und er wird dann von euch diffamiert, an den Pranger gestellt und soll nach eurer Meinung sofort gehen! Der Anlassfall war die Handlungsweise des Dr. Sonnberger, der genau diese Direktoren, denen zu Recht diese Vorwürfe gemacht wurden. Heute wissen wir, dass Nötigung von drei Personen am Tisch liegt; heute wissen wir, dass sie unrechtmäßig gehandelt haben. (Abg. Tau-

schutz: Wissen tun wir es nicht!) Wohl, wir wissen es! Ihr wisst es nicht, aber die, die sich mit dem LKH beschäftigen, die mit den Personen sprechen, die sich einmal in die Tiefe hinein bemühen, die wissen das, dass diese Dinge stattgefunden haben, auch die, die Zeitungen lesen, die wissen das. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Ihr wollt es nicht wissen!* – Abg. Tauschitz: *Die Aufsichtsratsmitglieder wissen es auch nicht!*) Trotzdem ist das Gesetz exzessive in mehreren Fällen auf den Dr. Sonnberger ausgelegt worden. Zu diesem Zeitpunkt haben wir, nachdem wir das Gesetz gemeinsam gemacht haben, darüber gesprochen, dass eine Notwendigkeit besteht, über das KABEG-Gesetz und eine Novelle des KABEG-Gesetzes nachzudenken und zu verhandeln. Es ist nicht in Ordnung, wenn ein Vorstand geht und zwei Tage vorher noch schnell die Direktoren mit sämtlichen Privilegien, Abfertigungen – was in dem Dienstvertrag drinnen steht, da könnt ihr euch noch auf etwas gefasst machen, liebe Freunde – mit massiven finanziellen Auswirkungen abgefertigt! Deswegen haben wir gesagt, reden wir über eine Novellierung des KABEG-Gesetzes, ich stehe zu dieser Aussendung, dass hier Adaptierungen notwendig sind. Ich glaube auch, dass aufgrund der speziellen Situation, die wir haben, des Dienstrechtes, wo ein Mitspracherecht der Regierungsmitglieder – jetzt Kollege Kaiser und Haider als Personalreferent, Kollege Rohr wird auch irgendwie mit involviert sein – dass das ja aufgrund dieser speziellen Situation gerechtfertigt ist. Damit haben wir ja kein Problem, aber es wird ein Punkt herausgepickt.

Was mir aufgestoßen ist ist, dass der Dr. Sonnberger nicht nur den Koperna verlängert hat, sondern er hat alle seine Freunde, die bei der einen oder anderen Geschichte, die wir jetzt untersuchen, mitgewirkt haben, ein paar Tage, bevor er gegangen ist, in die Hofratsklasse – die haben wir im Land schon lange abgeschafft, schon lange abgeschafft – in die Dienstklasse IX befördert, ein paar Mitarbeiter, die bei der einen oder anderen Geschichte mitgemacht haben. Die haben plötzlich eine Auffettung ihres Gehaltes bekommen. In der Landesregierung wäre das gar nicht mehr möglich. Aber aufgrund der Möglichkeit, die das KABEG-Gesetz dem Vorstand hier gibt, ist das möglich gewesen. Ich kann euch jetzt sagen, diese Mitarbeiter verdienen alle viel mehr als der neue Vorstand, viel mehr! Die

Dr. Strutz

verdienen viel mehr als der Gesundheitsreferent Peter Kaiser jetzt in der Landesregierung! Über das sollte man nachdenken, deshalb sage ich, dass das KABEG-Gesetz erneuert werden muss. Aber was ihr jetzt macht, von dem halte ich nichts. Ich habe es in der letzten Regierungssitzung gesagt und ich habe es im Ausschuss gesagt: Setzen wir uns zusammen, machen wir einen Arbeitskreis, schauen wir, wo müssen wir adaptieren und was machen wir und entwickeln wir dieses gute Gesetz für die Herausforderungen des Gesundheitswesens, die in den nächsten Jahren weiter auf uns zukommen werden, weil da werden noch andere Dinge mit hineinspielen, ich sage nur Anlassfall Bäckerei und ähnliches, was notwendig ist. Ihr pickt jetzt einen Punkt heraus und sagt, den Mandl müssen wir abberufen, sagt die ÖVP. Ich habe heute sehr wohl gehört, dass die SPÖ gesagt hat, wir sollen zumindest die Möglichkeit schaffen, dass er abberufen werden kann, ohne Blockade, das ist etwas anderes. Das, was ich von der SPÖ heraushöre, da warten wir die Prüfungen ab. Mandl muss jetzt einmal das beweisen, was er vorgetragen hat. Mandl muss die Sachen auf den Tisch legen und da, Kollege Arbeiter, bin ich bei dir. Das zuständige Gremium ist der Aufsichtsrat des LKH Klagenfurt, der tagt am nächsten Montag, am kommenden Montag. Schön wäre es, wenn der Gesundheitsreferent auch da wäre. (*Vorsitzender: Er ist wohl da!*) Ist er wohl da? Ach so, er ist beschäftigt, passt. Denn das ist in Wirklichkeit das Gremium, wo die Dinge auch nach dem Aktienrecht auf den Tisch gehören! Dort brauchen wir auch die Beschlüsse, dort brauchen wir die Konsequenzen. Der tagt am Montag und Kollege Gebhard Arbeiter, ich darf dich beruhigen: Die Aufsichtsratssitzung der KABEG, wir haben das mit dem Herrn Gesundheitsreferenten und dem Parteiobmann der Sozialdemokratischen Fraktion abgesprochen, dass auch wirklich alle bei dieser wichtigen Sitzung dabei sein können. Die wird am 18.8. stattfinden, das ist mir auch Recht, weil dann wird dort alles auf den Tisch kommen und die Punkte, die beantragt sind, werden dort auch behandelt werden. Was ich nicht für gescheit halte – und ich mache mir da eigentlich nicht allzu sehr Gedanken um die Sozialdemokratie, aber weil ich das irgendwie nicht nachvollziehen kann – ihr sagt, ihr verändert jetzt die Mehrheitsverhältnisse, die für eine Abberufung notwendig sind aus einem reinen Anlassfall und denkt eigentlich nicht weiter, was

das bedeutet: Dass ihr in Wirklichkeit ein Mitspracherecht aufgibt, ein Mitspracherecht! Wenn wir die Umfragen lesen, wie die Landtagswahl in Kärnten ausgehen wird, wenn sich nicht viel verändert ... (*LR Ing. Rohr: Du brauchst keine Sorge haben, Herr Präsident! – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion. – Wiederum Einwand von LR Ing. Rohr.*) Ihr tut das nicht, dann freue ich mich für euch, weil vielleicht gibt es andere Mehrheiten. Lieber Reinhard! Lieber Reinhard! Auf dem Sessel ist der Michael Ausserwinkler gesessen, der hat gesagt, wir träumen! Die Träume sind alle erfüllt worden! Da ist der Peter Ambrozy gesessen, der hat gesagt, ihr träumt davon, ihr gewinnt die Wahl nie! Alle haben geklatscht, wir haben die Wahl gewonnen. Die Träume haben sich erfüllt. Da ist eine Gaby Schaunig gesessen, die gibt es schon lange nicht mehr, die gesagt hat, sie wird die nächste Landeshauptfrau. (*Abg. Ing. Scheuch: Gaby 09!*) Das war ein schöner Traum von ihr! Denkt einmal über das nach! (*Abg. Ing. Scheuch: Den Schantl haben sie eliminiert!*) Dazu, wie gesagt, eine Novellierung des KABEG-Gesetzes in großem Umfang, wo wir über die wichtigen Punkte sprechen können. Ja, dem werden wir zustimmen! Vor einer Anlassgesetzgebung, die eine weitere Verpolitisierung des Gesundheitswesens mit sich bringen wird, davor warnen wir. Ich sage euch auch, ihr werdet damit politisch nichts ernten, das kann ich euch jetzt schon sagen. Überdenkt eure Handlungsweise, auch bei der Behinderung der Aufklärung! (*Einwand von LR Mag. Cernic.*) Wenn ihr glaubt, ihr müsst zudecken, seid ihr schlecht beraten. Ihr werdet am Ende des Tages als die dastehen, die die Aufdeckung behindern, die zudecken und die nicht aufdecken wollen! Denkt noch einmal darüber nach, weil ich weiß, nicht alle in euren Reihen sind mit diesem Weg einverstanden! Wie gesagt, keine weitere Verpolitisierung! (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Kühlen wir ein bisschen ab, warten wir, was alles auf den Tisch kommt, danach machen wir ein Urteil und danach wird es für die einen oder für die anderen Konsequenzen geben! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Seiser das Wort.*)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Es müssen ja die Alarmglocken läuten, wenn der Herr Kollege Strutz uns so charmant ins Gewissen redet und sagt: Moment, passt einmal auf, da könnte was passieren! Was jetzt durch diesen Zusatzantrag passiert, den ich hiermit dem Herrn Präsidenten übergebe, (*Der Redner übergibt dem Vorsitzenden den Zusatzantrag.*) ist auf jeden Fall das, dass wir die Blockadepolitik der BZÖ im Aufsichtsrat beenden. (*Abg. Ing. Scheuch: Was denn für eine?*) Das ist Faktum! (*Abg. Ing. Scheuch: Wo hat die Blockade stattgefunden?*) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Ich habe da eine APA-Aussendung von gestern, (*Abg. Ing. Scheuch: Was ist denn blockiert worden?*) wo von ganz gravierenden Fehlleistungen im finanztechnischen Bereich, in der Betriebsführung und in der Organisation gesprochen wird. Desweiteren ist davon auszugehen, dass steuerrechtliche, sozialversicherungsrechtliche, arbeitsrechtliche, gebührenrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften (*Abg. Ing. Scheuch: Die Gutachten sagen das?*) nicht im entsprechenden Ausmaß beachtet wurden. Ich stelle mir wirklich die Frage: Geht das alles so am Aufsichtsrat vorbei? Geht das wirklich alles so am Aufsichtsrat vorbei?

Oder ist es ähnlich wie bei den Swap-Verlusten der Hypo? Dass der Eigentümervertreter als allerletzter erfährt, was in seinem Betrieb passiert. Also das ist für mich absolut unerklärbar und das ist für mich sehr, sehr undurchsichtig. Im Übrigen ist es so, dass in der heutigen Debatte auch zur Zukunft der KABEG in Wahrheit keine neuen Erkenntnisse gekommen sind. Die Verdachtsmomente sind unterstrichen worden durch irgendwelche Gutachten, die niemand kennt. (*Abg. Ing. Scheuch: Wohl, wir kennen sie!*) Das wird dann jetzt irgendwann einmal auf den Tisch kommen (*Abg. Zellot: Kannst ja lei nicht lesen!*) und das Problematische bei dieser ganzen Situation ist ja das, meine Herrschaften, und das kennen wir auch aus der Vergangenheit, dass es Monate, wenn nicht Jahre dauern wird, bis diese Ankündigungen beziehungsweise diese Anschuldigungen bewiesen sind und dann je nach Fall entkräftet, unterstrichen oder sonst irgendetwas. Und das ist eine Situation, die ich dem Krankenhaus Klagenfurt nicht zumuten möchte, wobei ich in diesem Zusammenhang

unterstreichen möchte, dass trotz der Vorgänge im Vorstand durchaus eine ausgezeichnete Arbeit im Landeskrankenhaus Klagenfurt seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betrieb aufrecht erhalten wird, aber wir wollen – und das ist auch ein Grund, warum wir den heutigen Gesetzesantrag beziehungsweise die Gesetzesänderung eingebracht haben und beschließen werden – diesen Zustand so schnell wie möglich ändern. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Nach allen Wortmeldungen, die es in der Aktuellen Stunde gegeben hat, ist jetzt zu diesem Thema „Änderung des Kärntner Krankenanstalten-Betriebsgesetzes“ die Kuh schon mehr oder weniger aus dem Stall. Leider hat sich (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der König ist noch drin!*) der Kärntner Krankenanstalten die Parteilpolitik bemächtigt, wovon ich dringend abraten werde. Es hat ja der Dritte Präsident Dr. Strutz ein bisschen anklingen lassen, dass es auch vom bestehenden Gesetz her gewisse Fehlentwicklungen gegeben hat, die ich besonders betonen möchte. Es ist ja nicht möglich, ein Unternehmen, das zu 100 Prozent im Besitz des Landes Kärnten ist, auszulagern, dort einen eigenen Vorstand und Aufsichtsräte zu installieren. Als Landesregierung zu sagen, „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass!“, das habe ich ja immer schon und auch hier im Hause des Öfteren bekräftelt, weil die Verantwortung für das Gesundheitswesen und Krankenanstaltenwesen in Kärnten wird die Politik nicht los! Man hat dann so halb und halb versucht, das wieder in den Griff zu bekommen. Dass man den Aufsichtsrat dann wieder zum Großteil mit den Regierungsmitgliedern besetzt hat, damit hat die Politik wieder halbherzig Einzug genommen in den Krankenanstalten. Wie sollte es auch anders sein?

Der nächste große Sündenfall ist der Verkauf der Immobilien gewesen, wo das Land zuerst der Landesimmobiliengesellschaft die Liegenschaften und Gebäude der Krankenhäuser verkaufen wollte, wo sich dann der Betriebsratsobmann,

Schwager

Kollege Gebhard Arbeiter, als Einziger erfolgreich dagegen gestellt und das Ganze zum Kippen gebracht hat. Daran möchte ich erinnern. Und dann hat man einen weiteren Anlauf der KABEG selbst, dass das Land Kärnten zum Verkauf gebracht. Ich glaube, dass da schon allerhand passiert ist bei dieser Kärntner Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft, was nicht in Ordnung ist und jetzt natürlich die Krankenanstalten einer hohen Verschuldung entgegen blicken müssen. Die zuständigen Regierungsglieder im Lande Kärnten, die Kärntner Landesregierung und auch die Abgeordneten hier, die das mit beschlossen haben, haben eine große Verantwortung zu übernehmen. Verehrte Damen und Herren, die letzten Äußerungen vom Dritten Präsidenten Martin Strutz mit dem Hinweis, dass nach der Landtagswahl – das würde ich mich von seiner Warte aus nicht getrauen, hier zu machen. Da kann ich nur sagen: Liebes BZÖ! Herunter vom hohen Ross, weil so schön Prognosen und Umfragen manchmal ausschauen – ich erinnere nur an die vergangene Nationalratswahl, wo sich Schüssel und die ÖVP auch schon feiern ließen vor dem Endergebnis der Nationalratswahl und dann zur Kenntnis nehmen mussten, dass sie zwar erfolgreicher Vizepräsident geworden, aber nicht als Erster durchs Ziel gegangen sind. Das soll ein warnendes Beispiel sein an das BZÖ, nicht der Überheblichkeit das Wort zu reden, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Da hast du aber was Falsches gehört!*) sondern demütig vor dem Wähler abzuwarten, was der dann über uns alle entscheiden wird! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Verehrte Damen und Herren, dass diese Gesetzesänderung, Kollege Gallo, natürlich nur ein Flickwerk ist und vielleicht eine Anlassgesetzgebung mag sein, aber es ist der Weg in die richtige Richtung, dass doch wieder die Blockadepolitik, die dieses Gesetz jetzt unnovelliert möglich macht ist, nicht stattfinden kann. Als Zweites in die Richtung, die ich ja einleitend versucht habe, euch nahe zu bringen – vielleicht hast du nicht aufgepasst – dass doch wieder ein gewisser Einfluss auch des Landes in seine Unternehmen, Krankenanstaltenunternehmen, möglich ist, bitte ich, diese Richtung weiter beizubehalten in einem weiteren Entwurf dieses Kärntner Krankenanstalten-Betriebsgesetzes. Was ich auf keinen Fall möchte – und da bin ich auch zum Teil bei euch und nicht unbedingt bei dem vom Klubob-

mann der ÖVP Vorgetragenen – dass man beim Vorstandsvorsitzenden Professor einfach die Gelegenheit wahrnimmt und sagt, jetzt hauen wir ihn hinaus, sondern dass das tatsächlich geprüft werden muss, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Genau das passiert mit dem Beschluss!*) geschaut werden muss, ob das notwendig ist, ob seine Vorwürfe stichhaltig sind und dann von den Zuständigen verantwortungsvoll eine Entscheidung getroffen wird. Das können wir ja nicht entscheiden. Ich hoffe, dass das so von statten geht und werde eben dieser Gesetzesnovellierung meine Zustimmung geben!

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Der Franz Schwager hat es ja gesagt, die Kuh ist schon ziemlich aus dem Stall, die meisten Argumente sind auf dem Tisch. Ich hätte gerne, wenn wir die zwei Sachen trennen, die Causa Mandl und die Vorwürfe extra anschauen und das Gesetz extra anschauen. Für mich sind alle Sachen, die so schnell passieren, alle Novellierungen, die eben Anlassgesetzgebung sind oder so ausschauen, einfach ein Stückwerk. Das ist mir zu wenig, wir können dem ersten Antrag nicht zustimmen, dem Zusatzantrag können wir zustimmen. Die Grünen wollen nicht mehr politischen Einfluss und das ist ja heute auch angeklungen: Es wird diese Novelle gemacht, damit die politischen Fraktionen mehr mitreden können. Das wurde auch so gesagt, das ist ihr Wunsch und das ist ja auch legitim, das sollen Sie tun! Ich will das nicht haben, deswegen stimmen wir da mit, beim anderen nicht. Und zu den Vorwürfen sage ich: Alles auf den Tisch, wenn hier wirklich Bilanzfälschungen gemacht worden sind oder wenn es den Verdacht gibt, muss man das auch wissen, denn wenn hier unter dem Deckel bilanziert wurde und schlussendlich der Deckel fliegt, haben wir alle den Deckel um die Ohren. Deswegen alles auf den Tisch! Was ich mir trotzdem wünschen würde für die Zukunft, wir werden im Gesundheitsbereich die größten Probleme haben, wenn wir nicht endlich einmal wirklich parteiübergreifend eine Arbeitsgruppe zusammenbringen, die für die nächsten 20 Jahre schaut, wie es ausschauen soll, werden

Holub

wir nichts auf den Boden kriegen, wir werden weiter Kleinparteienpolitik machen und das wird niemandem nützen. Ich möchte für die Menschen Gesetze machen und nicht für die Parteien! Danke! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn der Kollege Arbeiter es früher bedauert hat, dass wir im Aufsichtsrat – im LKH-Aufsichtsrat, weil ja viele das ein bisschen durcheinander bringen – KABEG-Aufsichtsrat und LKH-Aufsichtsrat – nicht mehr vertreten sind, auch mit Hilfe der SPÖ sind wir hinausgewählt worden. Das heißt, der Dr. Penkner, ich habe es ja früher schon angezogen – aber da habe ich zu wenig Gelegenheit dazu gehabt in der kurzen Zeit – ist vorher von einem Kollegen, Stellvertreter Auer, als äußerst kompetent und gut dargestellt worden und trotzdem hat man ihn abgewählt. Ich weiß nicht, was dann dagegen gesprochen hat, jedenfalls auch jene, dieser Dipl.-Ing. Martetschläger, mit dem hat er auch noch eine offene Rechnung gehabt der Herr Mandl, und alle, die ein bisschen aufgemuckst haben – Penkner hat gesagt, er wird ihn nicht wählen zum Vorsitzenden – die sind natürlich eliminiert worden. Jeder, der muckst, der sich aufrührt, wird geköpft und dann hat man nur noch Jasager um sich und so ist es natürlich leichter, zu agieren, das gebe ich schon zu. Aber ob das die richtige Art für ein so großes Unternehmen mit 7.000 Mitarbeitern ist, wage ich zu bezweifeln. Wenn man alle jene, die man dringend braucht, damit auch der LKH-Neubau fortgesetzt wird, dass dort wirklich tolle Techniker sind, tolle Kaufleute, die wirklich was drauf haben, wenn man diese alle eliminiert und nur noch die Freunderlwirtschaft und Vetternwirtschaft aufkommen lässt, meine Damen und Herren, dann kann das nicht gut gehen. Das wird auch so nicht weiter gehen und ich glaube, dass wir jedenfalls sehr negative Konsequenzen zu tragen bekommen werden.

Wenn der Herr Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. Strutz, gemeint hat, er wisse schon viel, dass es nicht nur Verdächtigungen sind, sondern viel mehr ist, dann muss ich sagen, hat er den Auf-

sichtsrat nicht informiert darüber. Wenn er sagt, „Huhu, ich weiß etwas, aber euch sage ich es nicht!“, dann ist er seiner Pflicht zur Verständigung und Information als Vorsitzender nicht nachgekommen! Denn ich als Stellvertreter vom Dr. Martinz dort, der ich ihn bei den letzten Sitzungen vertreten habe, weiß überhaupt nichts in diese Richtung. Wenn du offenbar schon mehr weißt oder gar die Medien schon mehr wissen, dann spricht das nicht unbedingt die Sprache dafür, wie es tatsächlich in einer Aufsichtsrats-sitzung zugehen kann. Aber okay, ich muss auch sagen, dass natürlich auch, wenn diese Vorwürfe, Herr Aufsichtsratsvorsitzender, stimmen, wie schaut es denn dann mit der Verantwortung des Aufsichtsratsvorsitzenden aus? Denn immerhin, Vorsitzender war und ist der Herr Dr. Strutz und er hat natürlich auch seine Verantwortung dort zu tragen. Was es da an Konsequenzen geben wird, das ist noch abzuwarten. Aber eines muss ich auch sagen: Wenn man heute hier sagt, „Sonnberger ist an allem schuld!“ Auch der Herr Dr. Strutz hat anlässlich der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens für Dr. Sonnberger gemeint: „Auch KABEG-Aufsichtsratsvorsitzender Martin Strutz dankte Sonnberger für die gute Zusammenarbeit. Besonders sein Kind LKH NEU habe Sonnberger mit großem Engagement getragen. Ihm sei es zu verdanken, dass Kärnten mit dem Projekt anderen Bundesländern um Jahre voraus sei“. Der Herr Landeshauptmann hat gar gesagt, in den 10 Jahren als KABEG-Vorstand hat er immer das nötige Fingerspitzengefühl und Diplomatie bewiesen. Grundvertrauen hat es gegeben und bei der Erhaltung der Krankenhausstandorte und beim LKH NEU hätten Sonnberger und sein Team ausgezeichnete Arbeit geleistet. Haider zeigte sich überzeugt, dass auch Dieter Mandl Gewähr dafür sei, auf dem richtigen Kurs weiter zu segeln. Mandl sei ja auch schon seit Jahren in der KABEG eingebunden und daher ein Teil der Unternehmenskultur. Die Frage jetzt inzwischen: Wenn er schon so lange eingebunden war, ist ihm vorher nichts eingefallen, dem Herrn Professor, der ja weiß, wo man hineinschauen muss, um gewisse Ungereimtheiten, wie sie da in den Raum gestellt werden, zu überprüfen und zu erkennen. Also hier hat er offenbar nicht hineingeschaut.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich und wir als ÖVP sind auch gegen Anlassgesetzgebung, das ist keine Frage. Meistens sind da

Lutschounig

Schnellschüsse dabei, aber dieses Gesetz ist so eine Art „Notwehr“ in der jetzigen Situation, um nicht noch größeren Schaden anzurichten. *(Abg. Trettenbrein: Willst du noch mehr zudecken?)* Und wir sind ja bei jeder Sitzung dabei, Kollege Trettenbrein, dass wir Gesetze ändern und abändern, wenn es sich bewährt oder auch nicht bewährt, dafür sind wir ja da im Hohen Hause und eine Änderung ist jederzeit möglich. Wenn man sagt, man will das nicht – ich bin auch nicht dafür, dass man unbedingt die Politik überall drinnen hat. Man hat gesagt, die Politik heraus. Wenn dann die ganze Regierung im Aufsichtsrat der KABEG drinsitzt, ist sie ja ohnedies drinnen.

Ich kann nicht sagen, wenn ich jetzt Politiker und im Aufsichtsrat bin, dann bin ich politisch unbescholten und gehe dort hinein. Das lässt sich nicht trennen! Daher ist die gesamte Regierungsmannschaft im Aufsichtsrat vertreten, also ist die Politik da. Ob sie im Aufsichtsrat dann das sagt oder irgendwo im Kärntner Landtag, das ist für mich unerheblich. Vielleicht geht es in Ruhe, dass man alle anstehenden Probleme, die es in der KABEG gibt, im Krankenanstalten-Betriebsgesetz einer Änderung zuführen kann. Das ist jedenfalls ein willkommener, wie soll ich sagen, nicht nur ein willkommener, sondern ein gewünschtes und ein unbedingtes Muss, dass wir dieses Gesetz ändern, damit wir nicht noch größeren Schaden anrichten, als er ohnedies schon angerichtet wurde. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Sehr unglaubwürdig!)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger (F)**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Vielleicht darf ich einleiten mit den Worten: Erlauben Sie mir die Frage, was ist, wenn der Professor Dr. Mandl rechtmäßig gehandelt hat und letztendlich genau punktiert und ordnungsgemäß nach dem Gesetz vorgegangen ist? *(LR Mag. Cernic: Es steht schon fest, dass er das nicht getan hat!)* Stellen Sie sich einmal folgende Konstellation vor, Frau Landesrätin, was sehr interessant ist. Man hat heute, es gilt auch für Polizisten und Beamte, man hat heute einen Tatvorwurf und derjenige, der unmittelbar mit diesem Tatvorwurf konfron-

tiert und eingebunden ist, kann sozusagen mit die Erhebungen gestalten. Das wäre irgendwie nicht sehr objektiv, sagen wir es einmal so. Ich glaube, das ist eines, was man auch im Gesetz festlegt, vor allem im Strafgesetz legt man es fest, dass man sagt, wenn man heute Verdachtsmomente hat, dann geht man heran und schaut - es gibt drei berühmte Wörtchen, das ist die Tatbegehungsgefahr, die Umgehungsgefahr, dann gibt es noch die Verdunkelungsgefahr, wie man es in der StPO stehen hat - um dem die Möglichkeit zu offerieren, dass er nicht nur seine Unschuld beweisen kann, sondern dass auch die Erhebungen objektiv geführt werden können. *(Abg. Lutschounig: Das gilt aber auch für die Mitarbeiter!)* Jetzt bin ich am Wort und zu dir komme ich noch später. Mit deiner Aufsichtsratsposition als Raiffeisenaufsichtsrat werde ich dir dann auch einige Fragen zukommen lassen! *(Abg. Lutschounig: Du bist Aufsichtsrat der Schuhplattler!)* Ich sitze in zehn Aufsichtsräten, mein Freund, wenn dir das irgendwie gediehen ist!

Wir haben heute hier gehört, sehr profundiert und ausgeführt von unserem Herrn Klubobmann der ÖVP, er wurde sogar bilanziert nach Aktienrecht, ich habe bis jetzt in keinem Gesetz gefunden, dass man nach Aktienrecht bilanzieren kann. Ich kann bilanzieren nach Unternehmergesetz und vielleicht nach steuerrechtlichen Vorschriften, aber nach Aktiengesetz? Das muss er erst neu machen, aber er ist noch in der Lernphase in seinem Studium, und irgendwann im 10., 12. Semester, wo er ist, wird er draufkommen, dass es das wirklich nicht gibt! Das Wesentliche ist, weil er auch die Frau Haider angepatzt hat, ich kenne die Frau Haider nicht. Wenn sie auch die Bilanzen erstellt hat, dann kann man sie vergleichen, dass sie als Sachbearbeiterin fungiert. Die Verantwortlichkeit, und da wird mir Karli Markut Recht geben, hat derjenige, der die Geschäftsführungsposition über hat und das ist das LKH-Direktorium in Klagenfurt. So, und jetzt spinnen wir das einmal zu Ende. Jetzt wird wirklich jeder einmal nachdenken anfangen, vor allem im Landtag! Jetzt passiert folgende Konstellation: Es stellt sich nach dieser Sonderprüfung nach dem Aktiengesetz heraus, dass die Bilanzen des LKH Klagenfurt 2005/2006, 2006/2007, unrichtig sind. Was hat das für eine Bedeutung? Es hat die Bedeutung, dass auch die konsolidierte Bilanz der KABEG nicht richtig ist. Es hat

Mag. Ragger

auch die Bedeutung, dass wir unsere Rechnungsabschlüsse im Landtag falsch gemacht haben, dass die Budgetansätze falsch sind. Das hat aber auch die Konsequenz und das ist das, was wir auch im Aufsichtsrat diskutiert haben und das ist das gefährlichste am Ganzen, dass wir in Übereinstimmung mit der SPÖ zum damaligen Zeitpunkt eine Deckelung beschlossen haben. Da waren die Mitarbeiter, der Zentralbetriebsrat Herr Abgeordneter Arbeiter dabei, die gesamten SPÖ-Abgeordneten und BZÖ-Abgeordneten, aber auch die ÖVP war dabei! Wir haben damals gesagt, wir machen eine Deckelung. (*Abg. Lutschounig: 196 Millionen!*) Ja, und jetzt sind wir bei 197,7 für 2007/2008. Was ist, wenn das alles falsch ist? Dann kann es passieren, entweder haben wir richtig gearbeitet, dann bleiben wir unter dieser Deckelung oder wir schießen dementsprechend hinaus, dass wir massive Probleme für ganz Kärnten entwickeln! Das sollte man sich überlegen! Nichts anderes hat der Professor Dr. Mandl, der serienweise Bücher über das Rechnungslegungsgesetz geschrieben hat und einer der fundiertesten Wirtschaftsökonomen unseres Landes hat, speziell im Krankenanstaltenbereich, er ist herangegangen und gesagt, das gehört überprüft.

Jetzt komme ich zu diesem Punkt, wo wir aus diesem Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz heute ein kleines Stück heraus reißen. Wir sprechen von dieser Anlassgesetzgebung. Wenn die Raiffeisen Landesbank, wo du Aufsichtsrat bist, jetzt komme ich nämlich zu dir, ein Minus baut, wirst du dann deine Verantwortung auch tatsächlich an den Tag legen und aus dem Aufsichtsrat raus gehen? Wann wirst du rausgehen? Wenn du davon Kenntnis hast, oder? Wenn du schon unseren Aufsichtsratsvorsitzenden oder den Aufsichtsratsvorsitzenden der KABEG anpatzt, dann wird er natürlich auch die Rechtfertigung haben, dass nämlich Aufsicht und Rat zwei Sachen sind, die ein Aufsichtsrat zu machen hat. Nämlich die Aufsicht, wenn er Kenntnis davon hat und Rat wird er dann geben, wenn er ebenfalls Kenntnis davon hat. Wenn aber solche Sachen passieren, wie wir im Aufsichtsrat gesehen haben, du warst selbst dabei, dass teilweise mit Weisungen im LKH-Direktorium Klagenfurt gearbeitet worden ist, mit massivem Druck, und dann letztendlich probiert wurde, zu verschleiern, dass nicht einmal einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates der KABEG, nicht einmal der Direktor selbst, davon

Kenntnis erlangen kann, dann vernachlässigt jemand seine Informationspflicht! Das gilt es auch zu überprüfen! Wir wollen im Endeffekt, und das muss klargelegt sein, wir wollen Ruhe dieses Hauses haben, wir wollen Ruhe von allen Häusern haben. Denn eines muss dir gewiss sein, auch mit Hilfe der Medien, wo ich es nämlich etwas überzogen finde, dass wir ein Thema hochstilisieren, wo wir absolute Verunsicherung für unsere Mitarbeiter im größten Arbeitgeberbereich, nämlich den Landeskrankenanstalten Kärntens durchführen. Das darf nicht sein! Dafür ist unsere Verantwortung in diesem Hause da! Das muss uns klargestellt sein.

Deshalb ist die Ansicht vom Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden und Herrn Dritten Präsidenten Strutz eine sehr gute. Nämlich, lasst uns über das Gesetz diskutieren. Es gibt Änderungsbedarf, da gebe ich jedem Recht. So wie auch die Abgeordnete Lesjak gesagt hat, es ist Änderungsbedarf da. Das sollen wir auch machen! Aber das können wir jetzt nicht vom Zaun brechen mit einer einfachen Änderung, nur weil der Klubsekretär oder der Klubdirektor sich eingebildet hat, jetzt müssen wir eine Gesetzesvorlage machen, die schreiben wir schnell herunter, wie es jeder Klubdirektor macht und dann bringen wir sie ein und machen eine Anlassgesetzgebung. Jeder von euch ist hier gestanden und hat gesagt, wir sind gegen Anlassgesetzgebung. So, was tun wir? Wir schaffen eine Anlassgesetzgebung. Das ist nicht richtig! Sondern, überarbeiten wir dieses Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz, dass es wirklich zugeschnitten ist darauf, dass es heute adäquat umgesetzt werden kann. (*Abg. Lutschounig: Wir können es jederzeit ändern!*) Man muss sich auch die Konsequenzen zu Ende denken. Ich traue mich nicht, es zu werten und es auch nicht rechtlich zu werten. Wenn wir heute dieses Weisungsrecht durchführen, dann ist die Frage, wie weit kann dieses Weisungsrecht gehen? Heißt, dass ich als Personalreferent des Landes Kärnten einen Durchgriff auf den Direktor habe in erster Linie und dann mittelbar einen Durchgriff auf die Bestellung sogar der Direktoren in den einzelnen Häusern? Ist es das, was ihr heute hier wollt? Dass wir sozusagen eine wirkliche extreme Verpolitisierung durchführen? (*Abg. Lutschounig: Mandl's Arbeit zwingt uns dazu!*)

Natürlich sollen wir unsere Kontrolltätigkeit ausüben, das gebe ich dem Franzi Schwager

Mag. Ragger

eindeutig recht! Das gehört auch gesetzt. Aber, so das zu machen, dass wir eine extreme Verpolitisierung durchführen, wo wir nicht wissen, wohin der Weg führt aufgrund dieses Gesetzes heute, das ist nicht sinnvoll, glaube ich. Sinnvoll sollte es sein, zu überlegen, ein gutes Krankenanstalten-Betriebsgesetz zu machen, damit wir unsere Mitarbeiter in diesem Haus schützen. Selbst nicht einmal das ist ausgeschlossen, wenn das Weisungsrecht durchgreift, bis zum kleinsten Mitarbeiter, bis zur kleinsten Putzfrau, bis zum kleinsten Techniker, das möchte ich nicht haben! Das will ich nicht! Das gehört auch überlegt, deshalb bin ich der Meinung, da wird auch keiner sein politisches Gesicht verlieren heute hier herinnen, wenn wir diesen Antrag heute – und ich stelle den Antrag – dieses Gesetz in den Ausschuss zurück zu verweisen. Ich bin Vorsitzender im Ausschuss, wir können das relativ schnell handhaben, wir können auch mit Hilfe unseres neuen Landesrates Kaiser sofort diese Novellierung durchführen, mit Hilfe des Verfassungsdienstes, mit Hilfe des Sanitätsbereiches mit Dr. Tschernutter, der einer der profundesten Kenner des Krankenanstaltenbereiches ist. Aber nicht, es Anlass bezogen heute das Gesetz hier vom Zaun zu brechen! Daher stelle ich ganz einfach den Antrag auf Rückverweisung in den Ausschuss. Wir können dort über dieses Gesetz noch einmal diskutieren, dieses Gesetz neu überlegen und dann eine Beschlussfassung herbei führen im Hause, die letztendlich der Tradition des Hauses bei großen Materien entspricht, dass sie einstimmig über die Bühne gehen kann. Denken Sie daran! *(Beifall von der F-Fraktion.)*
(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag in den Ausschuss zurück zu verweisen, wäre eine Möglichkeit, die ganz gut wäre, glaube ich. Denn jetzt stellt sich heraus, dass das auch nicht wirklich diskutiert wurde, was der Hintergrund ist. Eine Anlassgesetzgebung, für uns ist das Problem, wir kennen den Anlass eigentlich gar nicht. Das ist ein Verdachtsgesetz und einem Verdachtsgesetz werden wir auch nicht zustimmen. Es drängen sich einige Fragen auf und es sind zu viele Fragen offen, als dass wir zustimmen würden.

Zum Beispiel verstehe ich nicht, wenn von Seiten der SPÖ wörtlich gesagt wird: Die Vorgangsweise von Mandl wird abgelehnt. Was konkret wird eigentlich abgelehnt? Was ist das Arge, das Grausliche, das dieser Herr Mandl getan hat? Wenn man sagt, es ist abzulehnen. Erstens ist das auch eine Vorverurteilung und sie ist nicht zulässig! Eine Vorverurteilung ist zum Beispiel auch das, was der Herr Landeshauptmann Haider mit den Asylwebern macht, wenn er sagt, sie seien kriminell, das ist auch eine Vorverurteilung, die nicht zulässig ist. Zurück zur Ausgangsfrage: Warum wird von Seiten der SPÖ gesagt, dass die Vorgangsweise abgelehnt wird? Was tut der Herr Mandl? Offenbar werden irgendwelche Missstände aufgedeckt. Er wird seines Amtes gewahr und macht Management, das abgelehnt wird. Offenbar werden managementartige Tätigkeiten überhaupt abgelehnt, der operative Bereich ist von vornherein verdächtig, deshalb muss man den kontrollierenden Bereich, den Aufsichtsrat, die politische Einflussnahme verstärken. Also noch mehr Kontrolle, noch weniger operativer Spielraum. Obwohl solche in den Aufsichtsrat gehören, der Aufsichtsrat die Kontrollinstanz natürlich ist und nicht wir hier, das habe ich in der Aktuellen Stunde schon gesagt, dennoch überlegen wir hier, was der Mandl falsch gemacht hat. Mir kommt es so vor, wie, Sie kennen das bestimmt, früher in alten Zeiten sind die Überbringer schlechter Nachrichten immer geköpft worden. Da ist jemand gekommen, hat eine schlechte Nachricht überbracht und dieser Überbringer dieser schlechten Nachricht wurde mit einem Skandal, mit etwas Argem identifiziert und man hat gedacht, derjenige, der die Nachricht überbringt, hat diesen argen Tatbestand verursacht. Jetzt geht man auch so mit Herrn Mandl um. Er hat zwar diese Missstände offenbar nicht verursacht, die er aufdecken will, aber er wird damit identifiziert. Das ist eine Panikaktion! Das ist eine panikartige Reaktion, wenn man den Überbringer schlechter Nachrichten köpft, weil die Missstände bestehenbleiben.

Warum hat niemand von der SPÖ bis jetzt gesagt, was die Missstände sind? Warum gibt es kein Interesse seitens der SPÖ, zu erkunden, welche Missstände hier vorliegen könnten? Das möchte ich eigentlich gerne von der SPÖ hören! Das interessiert dort offenbar niemanden, dass es Missstände gibt und überhaupt kein Interesse an

Dr. Lesjak

Aufklärung vorhanden ist! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Nicht mit einem einzigen Wort ist seitens der SPÖ danach gefragt worden, was es denn sein könnte, was dort aufgedeckt wird! Warum hat die SPÖ kein Interesse daran, dass hier etwas aufgedeckt wird, dass es eine Aufklärung gibt? (*LR Mag. Cernic: Wir haben nichts erfahren!*) Sie erfahren nichts? Sie sitzen im Aufsichtsrat und Sie erfahren nichts? Schlafen Sie dort oder was tun Sie dort? Sie sind in den Gremien drin, Sie haben alle Möglichkeiten, die Missstände aufzuklären! Sie haben alle Möglichkeiten, zu erfragen und aufzudecken, was dort los ist. Warum tut man das nicht? (*Zwischenruf LR Mag. Cernic.*) Das ist eine panikartige Reaktion! Das ist jetzt besser, wenn man jetzt den Mandl köpft? Das ist gescheit, wirklich sehr überlegt! So kann man keine Politik machen! Dieses Desinteresse an Aufklärung kann nur etwas mit Schuldbewusstsein zu tun haben. Entweder mit einem Schuldbewusstsein oder mit einer Art von Feigheit, die seinesgleichen sucht! (*Abg. Lutschounig: Genau das Gegenteil ist der Fall!*) Das ist eigentlich nicht zu akzeptieren! Ganz offensichtlich braucht ihr jetzt einen Sündenbock! Ganz offensichtlich wird der Herr Mandl zu einem Sündenbock gemacht! Das ist ganz offensichtlich! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Sündenbockbildung ist etwas Emotionales, etwas Kollektives, natürlich! Das passiert immer dann, wenn man selber Ambivalenzen hat, wenn man eigene Widersprüche nicht aushalten kann, dann wird ein Außenfeind konstruiert. Das ist ganz klar, das ist ein Abwehrmechanismus! Ich frage: Welche Gefahr soll durch diese Sündenbockbildung eigentlich abgewehrt werden? Was ist denn die eigentliche Gefahr? (*Abg. Trettenbrein: Dass die Missstände aufgedeckt werden, die die SPÖ hat!*) Da bitte ich wirklich um mehr politische Vernunft, um diesen Schwächen, diesen emotionalen Affekten, die halt hier auf einmal vorliegen, nachzugehen.

Was ich auch noch ansprechen wollte ist, mit welcher Selbstverständlichkeit hier vom Landtag erwartet wird, dass man zu so einer schwindligen Anlassgesetzgebung einfach die Zustimmung kriegt. Wir werden diesem Anlassgesetz auf keinen Fall zustimmen! Wir entscheiden nicht nach diesem marktpolitischen Kalkül, sondern nach sachlichen Kalkülen, das ist für uns ausschlaggebend! Wir sind kein willfähiges

Werkzeug für keine Partei hier im Landtag. Wir sind nur uns selber verpflichtet, wir sind auch kein willfähiges Instrument für die SPÖ! Das solltet ihr euch hinter die Ohren schreiben! Wenn etwas mit uns diskutiert werden soll, dann bitten wir, dass im Vorfeld mit uns gesprochen wird, dass unsere Meinung gehört und dass nicht erwartet wird, dass wir sowieso eh dabei sind und schon gar nicht bei so einem Blödsinn! (*Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident Dr. Strutz (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Kollege Lutschounig hat mich mit seiner Wortmeldung veranlasst, noch einmal eine Wortmeldung abzugeben, weil er mich persönlich angegriffen hat, auch in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender! Jetzt sind wir schon einen Schritt weiter, jetzt soll nicht nur der Mandl geköpft werden, jetzt köpfen wir auch noch den Strutz als Aufsichtsratsvorsitzenden. (*Abg. Lutschounig: Nur von der Verantwortung her!*) Ja, die Konsequenzen, die kennen wir eh! Aber Kollege Lutschounig, das bin ich von der ÖVP gewohnt: Wenn die Argumente ausgehen, dann werden wir persönlich! Du hast mir vorgeworfen, ich habe den Aufsichtsrat nicht informiert. Ich werde dich jetzt ein bisschen aufklären. Allein die Kollegin der Grünen, die Kollegin Lesjak, die nicht im Aufsichtsrat sitzt, kennt sich in der Sache besser aus als du, der im letzten Aufsichtsrat gesessen ist, (*Abg. Ing. Scheuch: Er hat eh gesagt, es war ihm so peinlich!*) und der all diese Punkte, über die wir heute diskutieren, gehört hat. Es gibt ein Protokoll, es hat einen Tagesordnungspunkt gegeben, der hat geheißen: „Berichterstattung des Vorstandes über Personalangelegenheiten in der KABEG.“ Unter diesem Tagesordnungspunkt 2, am Donnerstag, (*Abg. Ing. Scheuch: Weil er geschlafen hat!*) 24. Juli, hat der Professor Mandl über all diese Punkte berichtet, über die ... (*Zwischenruf von LR Mag. Cernic.*) Berichtet, Frau Kollegin Cernic, berichtet! Er hat das Oswald-Gutachten zitiert. Er hat wörtlich aus den Stellungnahmen der Wirtschaftsprüfer zitiert und er hat berichtet ... (*Abg. Tauschitz: Alles Vermutungen, Mutmaßungen, nicht bewiesen!* – *Zwischenruf von Abg.*

Dr. Strutz

Ing. Scheuch. – Einwände von LR Mag. Cernic.) Herr Präsident, kann man die hektische Dame dort ein bisschen beruhigen, weil irgendwie ... *(Vorsitzender: Bitte, Frau Landesrätin, Sie waren selbst einmal in den Reihen der Abgeordneten und kennen daher auch die Disziplin, die hier im Hause verlangt wird, bitte! – Beifall von der F-Fraktion. – LR Mag. Cernic: Diese hektische Dame hat auf Ihren hektischen Klubobmann geantwortet! – Vorsitzender: Frau Landesrätin, bitte am Wort ist der Herr Präsident Dr. Strutz! – Wiederum Einwände von LR Mag. Cernic.)* Es werden noch die Zeiten kommen, wo wir uns wahrscheinlich die Gaby Schaub zurück wünschen werden! *(Heiterkeit und Lärm im Hause. – Beifall von der F-Fraktion. – Vorsitzender: Herr Präsident, bitte, Sie sind am Wort!)*

Ich möchte es, damit es auch die anderen verstehen, die nicht im Aufsichtsrat sitzen – *(Abg. Arbeiter nickt beifällig.)* der Gebhard Arbeiter nickt – euch erklären, insbesondere auch der Frau Kollegin Cernic! *(LR Mag. Cernic: Ich verstehe es schon ganz gut!)* Nein, Sie verstehen es nicht. Die Prüfungen haben unmittelbar nachdem die Prüfungsaufträge im Budgetausschuss der KABEG beschlossen worden sind, gegen die Stimmen der ÖVP, mit den Stimmen von SPÖ und BZÖ, durch Moore Stephenson begonnen. Diese Prüfungen haben verschiedene Personen veranlasst, schriftlich Sachverhalte darzustellen, Rechtsanwälte und den Vorstand zu kontaktieren. Nachdem der Vorstand von diesen Dingen Kenntnis bekommen hat, hat er die Prüfungen in Auftrag gegeben, rechtliche Prüfungen und Wirtschaftsprüfungen und hat unmittelbar den Aufsichtsrat des LKH Klagenfurt einberufen, dieses Gremium, das dafür zuständig ist. Kollege Lutschounig, wir sitzen in einer Holding. Wir sind über dem LKH Klagenfurt, wo all diese Punkte Beschluss mäßig sind, Aufsichtsratspflicht haben – *(Abg. Lutschounig: Das haben sie vorher hinein gemacht!)* pass auf – und von wo die Bilanzen kommen. Und in diesem Gremium ist auch die ÖVP vertreten, der Kollege Penkner, auf den ich jetzt kommen werde, der in der ganzen Causa eine ganz besondere Rolle spielt. *(Abg. Lutschounig: War!)* Vertreten war, genau, vertreten war! *(Abg. Ing. Scheuch: Gott sei Dank!)* Jetzt werden wir über ein paar Dinge sprechen. In diesem Aufsichtsrat hat man der Holding Bilanzen hinauf gegeben, die immer recht gut ausgeschaut haben. In der Holding hat

der Herr Sonnberger immer berichtet, wie gut es finanziell ausschaut und dass er auch immer von allen Applaus bekommen hat. *(Abg. Lutschounig: Vom BZÖ auch!)* Auch vom BZÖ, weil das, was uns dort dargestellt wurde, das war korrekt! Das war im Plan, das war finanziell in Ordnung! Wir waren alle immer sehr stolz darauf, dass wir den Deckel eingehalten haben und es ist finanziell eigentlich alles in Ordnung gewesen. Das hat man uns im KABEG-Aufsichtsrat, wo die Politik sitzt, auch immer so berichtet.

Jetzt kommen wir drauf, und das stellen die Wirtschaftsprüfer fest, dass die Jahresabschlüsse des LKH Klagenfurt offenbar falsch sind! *(Abg. Lutschounig: Angeblich hat das die Frau Dr. Haider gemacht!)* Nein, jetzt hören Sie zu! Diese Abschlüsse sind durch den Aufsichtsrat des LKH Klagenfurt genehmigt worden. Ich sage, auch ein Aufsichtsrat, wenn der das dort dargestellt bekommt, kann das nicht alles auch tatsächlich sofort überprüfen und hinterfragen! Aber was ist jetzt geschehen? Jetzt hat man von diesen Vorkommnissen erfahren. Dann hat es geheißen, jetzt kommt der Mandl und wird Aufsichtsratsvorsitzender des LKH Klagenfurt. Dann ist euer ÖVP-Vertreter Penkner hergekommen und hat gesagt, der Mandl darf da nicht Aufsichtsratsvorsitzender werden, weil sonst kann er da hineinschauen und hat Kontakte aufgenommen, *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)* – ja, mit verschiedenen Personen – um die Wahl des Vorstandes der KABEG im Aufsichtsrat des LKH Klagenfurt zu verhindern! Spätestens da sind bei allen Verantwortlichen – auch bei der SPÖ, die das ja alles mitgetragen und auch immer hinterfragt hat, im Gegensatz zu euch – die Alarmglocken geschallt und man hat gesagt, die Sache stinkt! Deshalb werden wir dort ins LKH Klagenfurt hineingehen und werden auch den Aufsichtsrat verändern, damit der Herr Penkner und andere nicht zudecken können. *(Abg. Lutschounig: Wer ist in den LKH-Aufsichtsrat hineingekommen?)* Der Vorstand! Zum Glück der Vorstand, unabhängige Wirtschaftsprüfer und Experten! *(Abg. Lutschounig: Wer ist in den LKH-Aufsichtsrat hineingekommen?)* Der Vorstand, so wie es sich gehört! *(Abg. Lutschounig: Ein Parteigünstling! – Vorsitzender: Bitte, Herr Abgeordneter Lutschounig, am Wort ist jetzt der Präsident!)* Ein Wirtschaftsprüfer, bitte schön! *(Einwand von Abg. Ing. Scheuch.)* So! Und jetzt haben wir über-

Dr. Strutz

haupt erst die Möglichkeit, Beschlüsse im Aufsichtsrat des LKH Klagenfurt herbeizuführen, damit wir die Informationen kriegen. Wenn der Herr Penkner dort Aufsichtsratsvorsitzender gewesen wäre, wie ihr das vorgehabt hättet, dann hätten wir keine Einsichtnahme haben können, dann hätten wir keine Unterlagen bekommen, dann hätten wir nie dort weiterstoßen können, wo die Sache massiv stinkt!

Jetzt zu deinem Vorwurf, ich hätte den Aufsichtsrat nicht informiert: Unmittelbar nachdem ich Kenntnis von diesem Vorkommnis bekommen habe, unmittelbar nach der Aufsichtsratssitzung, habe ich den Aufsichtsrat der KABEG einberufen. Dort hat es die Tagesordnung gegeben, so wie es das Gesetz vorschreibt, die Berichterstattung des Vorstandes über die Vorkommnisse im LKH Klagenfurt! (*Zwischenruf von Abg. Lutschounig.*) Aber da, lieber Freund, sind die Wortmeldungen! (*Der Redner hält das Protokoll in die Höhe.*) Da habe ich sie alle aufgeschrieben. Es gibt ein Protokoll, das werde ich vor allem den Grünen, ich nehme mich beim Wort, zur Verfügung stellen, damit du nämlich siehst, was die ÖVP dort für Wortmeldungen gesagt hat und was die anderen Kollegen hinterfragt haben und was bereits dort im Aufsichtsrat gesagt wurde. Dort hat sich als erstes der Kollege Kaiser zu Wort gemeldet. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass wir die Stellvertretung im Aufsichtsrat verändern müssen. Die zweite Wortmeldung ist vom Kollegen Lutschounig gekommen, unmittelbar nach der Begrüßung. Bevor wir überhaupt zum Tagesordnungspunkt 2 – Berichterstattung des Vorstandes – gekommen sind, bevor der Mandl überhaupt berichten hat können, was im LKH Klagenfurt los ist, hat sich der Kollege Lutschounig zu Wort gemeldet und hat den Tagesordnungspunkt ... (*Abg. Ing. Scheuch: Er hat ihn eliminiert! – LR Ing. Rohr: Mein Antrag war vor dem vom Lutschounig!*) Ja, das stimmt schon so (*Es herrscht Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) und hat, bevor der Mandl ... (*Vorsitzender: Bitte, macht euch das nach der Sitzung aus! Am Wort ist jetzt der Präsident Dr. Strutz, bitte!*) Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 2 gekommen sind, zum Bericht des Vorstandes, hast du dich zu Wort gemeldet und hast gesagt, ihr verlangt die Abberufung des Vorstandes, das wirst du im Protokoll nachlesen können! (*Abg. Lutschounig: Wenn er die Unwahrheit sagt! Erweiterung der Tagesordnung*

mit folgendem Wortlaut, habe ich gesagt!) Genau, genau das ist es, na also! Bevor (*Wiederum Zwischenruf von Abg. Lutschounig.*) der Mandl überhaupt berichten hat können, hast du im Aufsichtsrat schon gesagt, Tagesordnung erweitern, Mandl abberufen! (*Erneut Einwand von Abg. Lutschounig.*) Das war dein Beitrag in der Aufsichtsratssitzung! Hättest du dann aufgepasst, was der Mandl unter Tagesordnungspunkt 2 alles berichtet hat, nämlich die Punkte, die wir eh schon besprochen haben, die brauchen wir da nicht mehr sagen, dann hättest du eigentlich nachvollziehen können, dass es nicht schneller gehen hat können, dass sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsratsvorsitzende gemäß den zeitlich irgendwie möglichen Maßnahmen gehandelt haben. Dann wäre eigentlich deine Wortmeldung in der Hinsicht nicht notwendig gewesen. Ich nehme das aber gerne zur Kenntnis. Ich hoffe, du wirst in der nächsten Aufsichtsratssitzung auch den Antrag stellen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende abberufen wird oder gehen soll. Ihr werdet mir schon irgendeine Verfehlung nachweisen. Deine Parteisekretäre sind eh stark zum Schnüffeln unterwegs. (*Zwischenruf von LR Mag. Cernic.*) Nein, das sage ich schon mit einer gewissen Lockerheit und Gelassenheit, ich warne nur die ÖVP! (*Abg. Lutschounig: Das hat der Westenthaler auch gesagt!*) Die ÖVP soll mich persönlich nicht allzu sehr provozieren, weil sonst werde ich ... (*LR Mag. Dr. Kaiser: Drohgebärden!*) Nein, das sind ja keine Drohgebärden, sonst fühle ich mich dazu veranlasst, auch über die Forderungen der ÖVP und den Preis der ÖVP für die Zustimmung zum Professor Mandl hier zu berichten. (*Beifall von der F-Fraktion. – Es herrscht starker Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.*)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! (*Anhaltender Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Es ist augenscheinlich, dass diese Gesetzesänderung dem BZÖ absolut nicht passt. Es ist eine Angelegenheit der Grünen und nicht meine Aufgabe, ihre Gedankengänge nachzuvollziehen. (*Abg. Dr. Lesjak: Schade!*) Es darf nur nicht der Ein-

Schlagholz

druck entstehen, dass die SPÖ hier der Transparenz das Wort redet. Denn, geschätzte Damen und Herren, und das vor allem in die Richtung der Grünen, es ist eine eklatante Unterstellung zu meinen, wir Sozialdemokraten hätten etwas zu verbergen!

Weil wir waren es ja, die gemeinsam mit dem BZÖ in der KABEG, im Aufsichtsrat, dafür gestimmt haben, restlose Aufklärung eingefordert und das auch heute wieder ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Aber worum geht es denn, geschätzte Damen und Herren? Als einer, der diese Gebilde im Jahr 1993 nicht befürwortet hat, darf ich heute sagen, dass das natürlich eine Eigendynamik erreicht hat, dass die KABEG einen dynamischen Prozess durchmacht und dass jede Veränderung in wichtigen Entscheidungen, in wichtigen Stadien, ganz klar zur Verunsicherung führt, zu Demotivation führt und natürlich in erster Linie die Negativdenker hervorruft. Und was ist die heutige Änderung? Dem können wir ja alle zustimmen. Zum einen behindert es die restlose Aufklärung überhaupt nicht, zum anderen aber ist es eines und das sage ich, geschätzte Damen und Herren, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*) es geschieht das in Wahrung der politischen Verantwortung, die wir zu tragen haben! Weil wir im Hohen Haus tragen ja alles, jede personelle Maßnahme landet letztendlich in der Politik, die Versorgungsmaßnahme ist eine, die die Politik zu klären hat, die Besoldungsfrage ist eine, die immer die Politik zu klären hat und die Frage der Finanzierung der Krankenanstalten ist auch eine Angelegenheit der Politik. Also nehmen wir sie gleich direkt wahr! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Bevor ich nun der Berichterstatterin das Schlusswort erteile, lasse ich über den Rückverweisungsantrag abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist jetzt, bitte Herr Landtagsdirektor, eins, zwei, drei ... (*Der Vorsitzende zählt die Handzeichen.*) Ist leider nicht die Mehrheit beziehungsweise mache ich keine Wertung, Entschuldigung! – Ich erteile nun der Berichterstatterin das Schlusswort.

(*Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort und ersucht um das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird mit Mehrheit beschlossen. – Auch der Antrag über die ziffernmäßige Abstimmung wird mit Mehrheit beschlossen. – Vorsitzender: Bitte zu beginnen! – Berichterstatterin:*)

Das Kärntner Landeskrankenanstaltenbetriebsgesetz – K-LKABG, LGBI. Nr. 44/1993, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBI. Nr. 100/2005 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2.

Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich würde hier bitte eine gesonderte Antragstellung Ziffer 1 machen, weil hier noch ein Zusatzantrag zu Ziffer 1 vorliegt. Bitte einmal nur den Antrag auf Ziffer 1 zu stellen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Ziffer 1. Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Das ist mit Mehrheit so beschlossen. Und nun darf ich den Landtagsdirektor ersuchen, den Zusatzantrag zu Ziffer 1 zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Dieser lautet wie folgt:

Der Ziffer 1 ist folgende Ziffer 1 a neu angefügt mit folgendem Wortlaut:

Ziffer 1 § 17 a Abs. 3 2. Satz lautet:

Ein Beschluss des Aufsichtsrates über die Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes kann nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Mitglieder gefasst werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Sie haben diesen Antrag gehört. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit Mehrheit so beschlossen. Bitte nun fortzusetzen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Ziffer 2.

Ich ersuche um Annahme.

(Die Annahme von Ziffer 2 erfolgt mit Mehrheit. – Vorsitzender: Kopf und Eingang! – Bitte! – Berichterstatterin:)

Gesetz vom 31.7.2008, mit dem das Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich ersuche um Annahme.

(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt ebenfalls mit Mehrheit. – Vorsitzender: Bitte zur 3. Lesung! – Berichterstatterin:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt mit Mehrheit.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2. Zur Geschäftsordnung! Bitte, Herr Abgeordneter Holub!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Damit ich auch einmal ein Erfolgserlebnis habe heute, *(Abg. Ing. Scheuch: Wer weiß! – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wer weiß!)* stelle ich einen Antrag zur Geschäftsordnung gem. § 64 der K-LTGO auf Überprüfung der Mittelverwendung im Bereich der Flüchtlingsvorsorge durch den Landesrechnungshof. Ich darf Ihnen den Antrag übermitteln. *(Abg. Ing. Scheuch: Das ist gut! Vorlesen!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte diesen Antrag vorzulegen *(Abg. Holub überreicht dem Vorsitzenden den Antrag.)* und ich darf nun den Landtagsdirektor ersuchen, diesen Antrag inhaltlich vorzubringen. Bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Dieser lautet wie folgt:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die sparsame, wirtschaftliche, zweckmäßige und rechtmäßige Verwendung der Landesmittel im Bereich der Flüchtlingsfürsorge zu überprüfen.

Insbesondere sind folgende Bereiche genauer zu überprüfen:

Umsetzung der 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung

Diverse Unterbringungskosten aufgliedert nach Kategorien

Organisation der zuständigen Abteilung

Controlling

Repräsentationskosten

Rechts- und Beratungskosten

Konfliktdeeskalationsmaßnahmen

Integrationsmaßnahmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Sie haben diesen Antrag gehört. Ich lasse nun über diesen Antrag abstimmen. Es ist die einfache Mehrheit erforderlich. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. *(Abg. Holub: Dankeschön! – Abg. Ing. Scheuch: Bravo, Rolf!)* Wir kommen nun zum zweiten Tagesordnungspunkt.

2. Ldtgs.Zl. 330-12/29:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erstem Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Schöber betreffend Schnellstraße S 37

Der Erste Landeshauptmann-Stellvertreter möch-

Lobnig

te diese Anfrage mündlich beantworten. Er ist auch anwesend. Ich erteile ihm das Wort! Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Hohes Haus! Ich werde diese Anfrage, nachdem es ein sehr komplexer Bereich ist, gerne mündlich beantworten, Herr Abgeordneter Schober und Herr Abgeordneter Köchl. An den Herrn Abgeordneten Schober habe ich nur eine Frage: Du hast mir am 28. Jänner 2008 zehnmal die Klage angedroht, weil ich den ARBÖ einen Pleiteverein genannt habe, Herr Altpräsident des ARBÖ. Der ARBÖ ist ein Pleiteverein, ist in der Zwischenzeit im Konkurs, das möchte ich nur festhalten. Ich möchte gerne geklagt werden! Es wäre doch interessant zu wissen, wenn ein Landtagsabgeordneter zehnmal – zehnmal! – in einer sozusagen wüsten Auseinandersetzung jemandem eine Klage androht und das zehnmal tut, würde ich meinen, dass der Ex-Präsident des ARBÖ den Dörfler endlich klagen sollte. Das zur Klarstellung des Themas ARBÖ! Denn was da passiert ist, ist es ein Skandal besonderer Art, dass 33.000 Mitglieder verprellt wurden, dass ein Abgeordneter, der jahrelang Präsident war, vor dem Desaster geflüchtet ist. Ich habe damals per Presseaussendung aufgefordert, dass die Finanzen offengelegt werden, es ist das Fahr sicherheitszentrum eine schräge Konstruktion und ich frage mich überhaupt, welche Politik die SPÖ verfolgt, dass ein Geschäftsführer des ARBÖ – man wird ja noch sehen, wie sich die Gerichte mit ihm beschäftigen – der ein besonderer „Gagenkaiser“ ist, Geschäftsführer der SPÖ wird. Das nur ein bisschen zur politischen Sauberkeit der SPÖ. *(Um 18.38 Uhr übernimmt 2. Präs. Ferlitsch den Vorsitz.)*

Jetzt zur ÖVP: Bitte herhören! Die ÖVP hat ja mit Demonstrationen gedroht, besonders der Herr Abgeordneter Auer hat sich da hervorgetan. *(Zwischenruf von 2. LH-Stv. Ing. Rohr.)* Herr „Rohrkrepierer“! Nächstes Jahr um diese Zeit wirst du eh nicht mehr da sitzen! *(Zwischenruf von 2. LH-Stv. Ing. Rohr: ... mit 8 Millionen sich hat abspesen lassen für seine ...)* „Rohrkrepierer!“ Eine Journalisten hat mir vor kurzen gesagt, sie hat schon die Schlagzeile für den Tag nach der Landtagswahl: „Rohrkrepierer!“ *(Abg.*

Ing. Scheuch: Das passt aber zu dir, Reinhart! – Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.) So, jetzt zur ÖVP! *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Ja, jetzt komme ich zur S 37 und zur ÖVP, Herr Abgeordneter Köchl! Die ÖVP hat ja sogar Protestveranstaltungen, Presseaussendungen, Pressekonferenzen bezüglich der Bemautung der S 37 durchgeführt und jetzt hören Sie – und ich werde das den Klubobleuten und vor allem den Abgeordneten der ÖVP auch verteilen – was der Spitzen-ÖVPLer, der Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl vorschlägt. Man staune! „Eine Unterflurtrassenführung mit optimaler Sicherheit und Kostenübernahme der Nutzer. Sondermaut ist seine Sicht der Dinge! Das heißt, die ÖVP im Lande Kärnten bemängelt die Bemautung der S 37 und gleichzeitig fordert der Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer, um den Bezirk massiv zu schwächen, für die Investitionen der Umweltentlastungsmaßnahmen eine Sondermaut. Das ist die Politik der ÖVP! *(Abg. Ing. Scheuch: Pfui! Das musst du dem Auer sagen!)* Ich habe dem Wirtschaftskammer-Präsidenten heute schriftlich einen Protestbrief übermittelt und habe auch diese Protestnote dem Wirtschaftskammer-Präsidenten Pacher und auch dem Präsidenten der Initiative Kärnten übermittelt. Das nur zum Thema S 37 und Bemautung.

Nun konkret zur S 37. Ich darf auch berichten, dass ich die Bürgermeister der S 37 ... Ich zitierere Bürgermeister Gneisl in Dürnstein: „Prinzipiell haben wir nichts gegen den Ausbau der S 37 einzuwenden. Bürgermeister Heinz Wagner, Micheldorf: „Wenn der Vollausbau der S 37 realisiert wird, werden wir uns auf alle Fälle für optimalen Lärmschutz einsetzen.“ Bürgermeister Manfred Mitterdorfer, Althofen: „Die Gemeinde Althofen begrüsst den Vollausbau der S 37.“ Ferdinand Wachernig, Straßburg: „Es ist gut, dass endlich die ganzen Nadelöhre auf der Strecke ausgemerzt werden, die Straße ist derzeit richtig gefährlich.“ Bürgermeister Franz Rainer, Mölbling: „Die Gemeinde Mölbling steht dem Ausbau positiv gegenüber.“ Bürgermeister Gerhard Mock: „Es ist in Ordnung, dass die Straße ausgebaut wird, schließlich ist es der Wunsch von allen.“ Stadtrat Franz Kogler, Klagenfurt: „Wir wehren uns nicht dagegen, dass die S 37 ausgebaut wird.“ Bürgermeister Siegfried Kampl, Gurk: „Es ist sehr wichtig, dass die S 37 ordentlich ausgebaut wird.“ Bürgermeister

Dörfler

Max Koschitz: „Die Gemeinde Friesach hat nichts gegen den Ausbau der S 37.“ Bürgermeister Karl Steinberger, Kappel am Krappfeld: „Wir stehen zum Vollausbau!“ Konrad Koinig, St. Georgen am Längsee: „Für uns als Gemeinde, in der der Tourismus eine große Rolle spielt, ist es absolut unerlässlich, dass wir gut erreichbar sind. Deshalb bin ich absolut dafür, dass die Straße ausgebaut wird!“ Bürgermeister Richard Brachmaier, Maria Saal: „Die Gemeinde Maria Saal befürwortet den Ausbau der S 37, fordert wie auch der Kärntner Landtag, die Unterflurtrasse am Zollfeld!“ Bürgermeister Karl Berger, Frauenstein: „Mit dem Ausbau der S 37 wird die Straße viel sicherer, also ist das zu befürworten!“ Das, Herr Abgeordneter Holub, ist die Meinung der Bürgermeister und ich gehe davon aus, dass die Bürgermeister ihre Gemeinden wesentlich besser vertreten als die Grünen, die – soweit ich informiert bin – ausgenommen St. Veit und Klagenfurt, in keinem Gemeinderat vertreten sind. Der Wähler hat Bürgermeister in die Politik entsandt, die wissen, was für ihre Region richtig und gut ist.

Nun auch die von der AFINAG definierten Projektziele zur S 37: Verbesserung der Lebensqualität der anrainenden Bevölkerung durch Entlastung der Ortsdurchfahrten vom Durchzugsverkehr; wirtschaftlichste Lösung unter den gestellten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung eines optimalen Schutzes für Menschen und Natur; Erhöhung der Verkehrssicherheit durch getrennte Richtungsfahrbahnen im höherrangigen Netz und Entlastung zahlreicher Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrsqualität im untergeordneten Straßennetz; Entlastung von Ortsdurchfahrten im niederrangigen Netz; verbesserte Anbindung der Bezirke Klagenfurt, St. Veit, Murau, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck an der Mur, Mürzzuschlag; wirtschaftliche Impulse für diese Bezirke aufgrund der besseren Erreichbarkeit. Das sind die Ziele, die sich die ASFINAG für diesen Ausbau gesteckt hat und die auch mit den Bürgermeistern der Region so abgestimmt sind. Ich glaube, man kann sagen – wir haben ja schon in der Fragestunde ausreichend diskutiert – dass wir uns klar dazu bekannt haben und dass wir unter der Prämisse „Anrainerschutz, höchstmöglichen Schutz der Natur, aber entsprechende Sicherheit und Zukunftsinvestition“ zu diesem Ausbau auch stehen.

Zur Frage, wer die Vereinbarung mit der ASFINAG unterschrieben hat: Unterschrieben haben diese Vereinbarung das Land Kärnten, der Landeshauptmann und der Verkehrsreferent, der damalige Vizekanzler Hubert Gorbach und die ASFINAG. Das heißt, dieses Paktum war ja die Voraussetzung dafür, dass diese Verkehrsachse einer entsprechenden strategischen Verkehrsprüfung unterzogen werden muss, sodass dann der Nationalrat und der Landtag mit Mehrheit die Übernahme der S 37 und damit auch den Vollausbau beschlossen hat. Ich meine, dass damit die Grundlagen dafür geschaffen sind, dass einerseits durch die klaren Stellungnahmen der Bürgermeister, andererseits durch die klare Position der politischen Mehrheit des Landes die Ziele des Ausbaues entsprechend zu verfolgen sind. Ich denke, dass wir das Thema der S 37 ausreichend diskutiert haben und möchte noch einmal festhalten, dass ich scharf – jedenfalls scharf! – eine Sondermaut für diese Straße ablehne! Es kann nicht sein, dass in anderen Bereichen Österreichs Autobahnen großzügig ausgebaut werden, aber in Kärnten der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich – ich bin schon gespannt, wie sich die ÖVP dazu äußern wird – eine Sonderbemaunung dafür fordert, dass die Menschen den Anrainerschutz mit Einhausung und Unterflurtrasse kriegen, den sie brauchen. Sie haben ein Recht darauf und das kann nicht sein, dass ich dafür den Wirtschaftsstandort Kärnten insgesamt, besonders aber den Bezirk St. Veit, mit einer Sonderbemaunung massiv schwächen würde. Das kann und darf nicht unser Ziel sein! Die ASFINAG und der Verkehrsminister sind verpflichtet, die Investitionen ohne eine Sonderbemaunung – wie von Herrn Leitl vorgeschlagen – durchzuführen.

Vielleicht noch eines: In der Steiermark hatte der Landtag mit Stimmen der SPÖ, der KPÖ und der Grünen eine LKW-Bemaunung des gesamten Straßennetzes beschlossen und das Land Kärnten um eine Stellungnahme gebeten. Ich habe das natürlich strikt abgelehnt!

Es ist erstaunlich, in Zeiten der Teuerungsdiskussion, denn jede Maut schlägt sich auch auf die Letztverbraucherpreise durch, dass die ÖVP mit Herrn Leitl einen Teuerungsanschlag macht mit einer Sondermaut auf der S 37 und gleichzeitig die SPÖ in der Steiermark, das sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Kärnten auswirkt, eine Bemaunung des gesamten Straßen-

Dörfler

netzes verlangt. Denn viele Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kärnten und der Steiermark finden auf Bundes- und Landesstraßen statt. Wenn Sie zum Beispiel an die Weinebene denken, wo viele Holztransporte in die Region des Lavanttales führen, nach Bad St. Leonhard oder zur Firma Offner nach Wolfsberg geführt werden. Wäre diese Straße bemautet, würde dies natürlich diese Standorte massiv schwächen. Ein klares Nein zu den Teuerungsvorschlägen der ÖVP, vulgo Leitl ist Sondermaut. (Abg. Ing. Scheuch: *Das werden wir dem Auer sagen!*) Ja, der Herr Auer, der Herr Schlaumeier, der seinerzeit mit einem dringlichen Antrag im Parlament diese Übernahme eingeleitet hat, das ist sowieso der Mautwendehals und S 37 Wendehals spezieller Art. (Abg. Ing. Scheuch: *Bravo, dafür bekommst du einen Applaus! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Ein klares Nein zu den Teuerungsvorschlägen des Landeshauptmannes Voves in der Steiermark und ein klares Ja zum Ausbau der S 37. Wir brauchen diesen Ausbau für den Standort Bezirk St. Veit, für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Verkehrssicherheit und auch für die Zukunftschancen in dieser Region. Ich hoffe, dass damit klargestellt ist, Herr Abgeordneter Schober und Expräsident des ARBÖ und Herr Abgeordneter Köchl, dass wir immer, und ich war Vorkämpfer dafür und ich möchte mich immer wieder bei Gerhard Mock bedanken, der Qualität als Partner bewiesen hat und dass er sich nicht zu einer negativen Diskussion zur S 37 hat hinreißen lassen. Er war immer ein klarer Befürworter. Ich denke, dass wir damit dieser Region eine zukünftige Verkehrsachse sicherstellen können.

Die S 37 ist eine S-Straße und keine A-Straße! Was bedeutet A-Straße? Eine Autobahn ist ein transeuropäisches Netz, da gelten auch die Wegkostenrichtlinien und die Europäischen Gesetze des Freien Warenverkehrs. Eine S-Straße ist eine überregionale Verbindung, wo natürlich auch der Verkehrsminister als zuständige Behörde Möglichkeiten zu Beschränkungen und Maßnahmen hat. Das heißt, wir werden darauf Wert zu legen haben, dass das keine Ersatzroute für die A 2 ist, sondern dass sie eine starke Wirtschaftsverbindungsstraße zwischen Kärnten und der Steiermark in erster Linie ist. Die ASFINAG hat kein Interesse, weniger Maut zu vereinnahmen. Ein Umleiten auf die S 37 würde bedeuten,

dass die ASFINAG pro Richtung für 30 Kilometer weniger Roadpricing kassiert. Das heißt, die ASFINAG hat schon alleine aus wirtschaftlichen Einnahmegründen kein Interesse, Verkehre auf die S 37 umzuleiten.

Ich denke, dass wir damit wieder einmal klarstellen konnten, wie wichtig dieses Projekt ist, auch wenn die Grünen meinen, wieder einmal etwas verhindern zu wollen. Am Ende des Tages können sich die Menschen darauf verlassen, dass wir für die Region mit diesem Vollausbau das Richtige tun! (Beifall von der F-Fraktion.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Mit der Beantwortung ist dieser Tagesordnungspunkt zwei erledigt. Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

3. Ldtgs.Zl. 273-19/29:

Mündliche Anfragebeantwortung von 1. LH-Stv. Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Umsetzung der Kärntner Landesenergie Richtlinien im Verkehrsbereich

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler möchte diese Anfrage mündlich beantworten. Ich erteile ihm dazu das Wort. Bitte, Herr Landeshauptmann!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub, eigentlich müsstest du wissen, wer für die Energieleitlinien zuständig ist. Nicht der Verkehrsreferent, sondern der Kollege Rohr! Ich würde bitten, diese Anfrage dem Kollegen Rohr zu stellen. Was im Bereich des Verkehrs passiert, kann man in diesen Tagen sehen. Wir haben ein vom Umweltministerium ausgezeichnetes Euroverkehrszept. Wir haben in den letzten Jahren die Park & Ride Offensive abgeschlossen. Wir haben eine dynamische Radausbauinitiative. Nur in den Städten Villach und Klagenfurt haben wir ein Defizit, aber hier liegt der Aufgabenbereich bei den Städten! Ich

Dörfler

muss aber zugeben, dass es in den Städten sicher schwieriger ist, Straßenzüge dem Radfahrverkehr zur Verfügung zu stellen. Das Land kommt seinen Aufgaben nach. Wir haben heuer wieder ca. 3 Millionen Euro in den Ausbau des Radwegenetzes investiert und werden es auch in den nächsten Jahren so halten. Wir haben uns gerade vor kurzem mit den Bürgermeister des Görttschitztales darauf verständigt, dass die aufgelassene Bahntrasse zwischen Klein St. Paul und Hüttenberg in den nächsten zwei Jahren als Radweg genutzt werden wird. Wir konnten mit den Gemeinden Finanzierungskonsens finden. Wir bauen gerade im Gurktal den nächsten Abschnitt, 6 Kilometer von Drahtzug nach Strassburg. Wir haben heuer beispielsweise die Verbindung Gurk – Strassburg fertig asphaltiert, die sehr gut angenommen wird.

Wir haben, Herr Abgeordneter Holub, hier wieder einmal eine Anzeige der Grünen, einen Radweg gebaut vom Minimundus bis zur Sattnitz und gleichzeitig auch eine Radwegverbindung, damit wir durchgehend einen Rad- und Fußweg haben. Schon erstaunlich, Herr Abgeordneter Holub, wenn die Grünen ständig zu Recht eine Verlagerung vom Auto zum öffentlichen Verkehr aber auch stark zum Rad verlangen. Aber gleichzeitig wird der Verkehrsreferent angezeigt, wenn er einen Radweg in der Stadt Klagenfurt baut. (*Abg. Holub: Ich war das nicht! Wer war das?*) Das ist typisch Grün! So wie bei der Verkehrssicherheit! Gegen Sicherheitsbaumaßnahmen sein und gleichzeitig die Diskussion

stellen, warum es Unfälle gibt.

Ich halte fest, dass wir auch mit der Installierung der neuen Talent- und Desirogarnituren 26 neue Garnituren auf die Schiene gebracht haben. Ich halte fest, dass ab Fahrplanwechsel 2008/2009 mit dem Kärntentakt neue Verkehrszeiten in Kärnten anbrechen werden. Wir haben auch den ICE-Bus von Graz nach Klagenfurt gemeinsam mit der ÖBB installiert, der sehr gut angenommen wird. Wir haben den Pendlerschnellbus zwischen Feldkirchen und Klagenfurt installiert. Ich habe die erste Radler Park & Ride Anlage in Emmersdorf, obwohl es Aufgabe der Stadt wäre, ich hoffe, die Stadt wird das erkennen und auch auf anderen Punkten in der Stadt so machen, installiert.

Das heißt, was die Aufgaben des Verkehrsreferenten anlangt, meine ich, dass wir gut aufgestellt sind. Ich frage allerdings den Energiereferenten, wo die Defizite, die die Grünen meinen, noch versteckt sein sollen. Aber das wird hoffentlich der Kollege Rohr entsprechend beantworten. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt drei erledigt. Ich darf nunmehr den Herrn Landtagsdirektor ersuchen, den Eingang zu verlesen.

Mitteilung des Einlaufes

A) Dringlichkeitsanträge

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

- 1. Ldtgs.Zl. 83-17/29:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des freiheitlichen Landtagsklubs betreffend kriminelle Asylwerber** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass straffällig gewordene Asylwerber umgehend außer Landes gebracht werden.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Klubobmann Ing. Scheuch gemeldet. Ich darf dir das Wort erteilen!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Es ist erst ein paar Tage her, dass in meiner Heimatgemeinde Mühldorf, und das ist wirklich ein bisschen ein entlegener Ort in unserem wunderbaren Kärnten, eine tausend Seelen Gemeinde, (*Abg. Trettenbrein: Im schönen Mölltal!*) im schönen Mölltal natürlich, eine Veranstaltung stattgefunden hat, die dort schon viele Jahre stattfindet, ein Climbingrennen. Mein Sohn Kurt, inzwischen 15 Jahre, hat seinen Vater gefragt, ob er dort auch hingehen darf. Ich habe ihm das erlaubt, natürlich mit der Auflage, dass er um elf Uhr zu Hause ist. Er hat das gemacht, so weit ist die Geschichte noch nicht wirklich spannend, eine ganz normale, wie man glauben möchte. Erst am nächsten Tag ist zumindest für meine Familie die Geschichte spannend geworden, denn dort hat eine Frau B. zuerst meine Mutter, dann mich und meinen Bruder erreicht und uns berichtet, dass zehn Minuten nach elf, also zehn Minuten, nachdem mein eigener Sohn über die so genannte Winterbrücke gegangen ist, dort eine Schlägerbande ihrem Sohn ein Auge ausgeschlagen hat, das zweite Auge zu 80 Prozent vernichtet hat, den Schädel eingeschlagen hat, schwerste Hämatome dort Platz gefunden haben. Ein junger Mensch, den ich persönlich kenne, der zwei Lehren abgeschlossen hat, der ein hervorragender Zukunftsträger auch für unsere Talschaft ist und ein Installateur werden wollte, wie sein Vater.

Da war ich betroffen! Erstens natürlich über die Reaktion der Mutter, die verzweifelt gewesen ist. Ich gebe hier auch zu, das war das erste Mal, wo ich auch persönlich mit einer Sache so konfrontiert gewesen bin, weil ich irgendwie so gedacht habe, eigentlich hat mein Sohn und meine Familie großes Glück gehabt, sonst gar nichts, reines Glück gewesen! Natürlich gebe ich zu, dass man das nicht verallgemeinern kann und dass nicht automatisch es so ist, dass irgendein Asylwerber hier grundsätzlich verantwortlich gemacht werden kann. Aber wenn man sich dann die Sache etwas näher angeschaut hat, war es ein Streit zwischen zwei Asylwerbenden „Gruppen“, dann war es eine brutale Auseinandersetzung im Gangbereich und wenn man so wie ich – das wird der Rudi Schober zum Beispiel mir sicher bestätigen können, weil er auch gute Kontakte zur Polizei hat – wenn man so wie

ich einmal vierteljährlich die Posten in meinem Bezirk besucht, dann sagen einem die Polizisten, ja, es gibt eine Drogenszene. Und auch diese Drogenszene ist dominiert von leider auch sehr, sehr vielen wiederum Ausländern, Asylwerbern im speziellen. Die Einbruchserie in meinem Bezirk zum Beispiel, letzter Überfall auf eine Bäckerei, ist jetzt aufgeklärt worden, wieder ein Asylwerber, der nicht einmal straffällig geworden ist, sondern der mehrfach straffällig geworden ist! Jetzt weiß ich schon, dass man sagen kann, es gilt die Unschuldsvermutung. Die gilt sogar für die Leute, die dem jungen Mann den Schädel eingeschlagen haben, die gilt! Aber die Faktenlage, es gibt sogar ein Geständnis, die Aussagen, alles ist dort eindeutig. Bei dem Burtschen, bei dem Tschetschenen, der Einbruchserien in meinem Bezirk begangen hat, ist auch amtsbekannt, das weiß jeder. Das ist ein ganz klarer und einfach nachvollziehbarer Vorgang und bei dem einen oder anderen Drogenhändler ist das genauso.

Ich sage Ihnen etwas: Natürlich ist es auch signifikant, dass Tätergruppen aus diesen Kreisen kommen! Ja, das ist einfach so und wir sprechen das auch an! Mit allem Respekt für andere Gruppen. Ein Fall in Villach, wo Schlägergruppen unterwegs gewesen sind und wo ein schnelles Handeln des Landeshauptmannes auch schwer kritisiert wurde, hat Erleichterung für die dort betroffene Bevölkerung gebracht. (*Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch eine halbe Minute, bitte!*) Fakt ist für uns und das soll dieser Antrag hier klar stellen: Jemand, der sich so in unserem Land benimmt, hat jedes Gastrecht verwirkt und gehört außer Landes gebracht. Für uns, Herr Präsident, und da bin ich schon am Ende, ist letztendlich Opferschutz viel wichtiger wie Täterschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Täter sind nicht die Kärntner, wie es einmal die Frau Lesjak gemeint hat, sondern in diesem Fall andere. Wir hoffen, dass Sie diesem Antrag zustimmen. Gerade bei der SPÖ hoffe ich hier, sie haben auch ihre EU-Linie geändert, vielleicht lernen sie dazu. Dazulernen heißt in diesem Fall zustimmen. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Seiser das Wort.*)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Klubobmann Scheuch! Du hast dieses Beispiel von den Tschetschenen gebracht, die ich glaube, es waren 18 an der Zahl, in Villach als straffällig gegolten haben, wo es sich dann im Endeffekt heraus gestellt hat, dass nur einer davon straffällig war. Also ein eher schmerzhafter Irrtum, insbesondere für die Betroffenen. Aber jetzt zu diesem Dringlichkeitsantrag. Die Tatsache, dass auch uns Opferschutz vor Täterschutz geht, die Tatsache, dass wir wissen, dass es gesetzliche Regelungen gibt für straffällige und rechtskräftig verurteilte Asylwerber würde uns eher in jene Richtung bringen, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, darüber aber sehr, sehr gerne im Ausschuss diskutieren möchten. Insbesondere, was zu passieren hat, was die Abkürzung von Fristen etc. betrifft, wenn es tatsächlich um rechtskräftig verurteilte Straftäter geht, dass hier so schnell als möglich die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Was wir nicht wollen, und dieser Verdacht steht zumindest im Raum, dass ziemlich knapp vor einer Nationalratswahl und einige Zeit vor einer Landtagswahl wieder dieser komische Reflex beginnt. Dieser Reflex, der schon in Aussprüchen gegipfelt hat, wie "Konzentrieren von irgendwelchen Asylwerbern in Sonderanstalten", etc. Kollege Scheuch, wir können wirklich über alles reden und wir werden auch über das reden. Nur bitte, diese Reflexe, das Bedienen eines Klientel, das wir schon längst nicht mehr vorhanden geglaubt haben, mit dieser Terminologie, da sind wir nicht dabei! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Daher noch einmal: Wir reden im Ausschuss darüber. Wir versuchen, entsprechende gesetzliche Vorkehrungen zu treffen, et cetera, et cetera, nur die Dringlichkeit geben wir diesem Antrag hier und heute nicht! (*Einsetzender Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Es erfolgt ein Zwiegespräch zwischen Abg. Seiser und Abg. Zellot in der Abgeordnetenbank.*)

(*Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Meine geschätzten Damen und Herren! Das ist ein Dringlichkeitsantrag, der von der Themstellung her wirklich ganz interessant und hochaktuell ist. Ich bin schon beim Abgeordneten und Klubobmann Seiser, der meint, dieses Thema ist einfach zu ernst, um daraus ein Vorwahlgeplänkel zu machen. Ich weiß schon, es hört sich gut an, wenn der Herr Landeshauptmann im Fernsehen erklärt, er ist nicht der Anwalt, sondern Anwalt der straffällig gewordenen Asylannten ist die Justizministerin. Das hört sich dann gut an, das ist natürlich verkaufbar. Dass die Angst unter der Bevölkerung groß ist, ist auch klar, das ist überhaupt keine Frage. Wir sind auch dafür, dass es strenge Maßnahmen gibt, dass jene Asylannten, die straffällig und verurteilt werden, dann abgeschoben werden können. (*Abg. Zellot: Nur machen tun wir nichts!*) Das wollen wir auch. Aber wir wollen nicht haben, dass es der Scharfrichter, der Herr Petzner oder der Herr Landeshauptmann oder einer seiner Günstlinge ist, sondern das müssen schon Gerichte sein. Die Asylwerber außer Landes bringt die Polizei und sonst niemand! Das ist unser Standpunkt, denn es gibt dafür zuständige Organe, die das machen können, die das auch machen sollen. (*Klopfzeichen von Abg. Holub auf die Abgeordnetenbank.*)

Trotzdem werden wir dem die Dringlichkeit geben, meine Damen und Herren, weil wir glauben, dass es eine ganz wichtige Geschichte ist und weil die Verunsicherung der Menschen wirklich sehr groß ist. Wir sollten versuchen, hier sehr rasch einen entsprechenden Schub zu leisten, damit die Möglichkeit besteht – diese Asylverfahren dauern mir persönlich immer viel zu lange – straffällig gewordene Leute sehr rasch außer Landes zu bringen. Das ist okay, aber wie gesagt mit der Einschränkung, dass womöglich nicht die Herren „Dorfkaiser“ – es gibt da auch einen anderen Namen, der fällt mir momentan nicht ein – dafür verantwortlich sind das zu machen. Soviel will ich dazu sagen (*Abg. Rossmann: Bürgermeister! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Ferlitsch

Wir stimmen über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab. Ich darf die Herren Abgeordneten bitten, die Plätze einzunehmen! Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu. Bitte, Herr Landtagsamtsdirektor, ich darf dich ersuchen, mit der weiteren Verlesung zu beginnen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

2. Ldtgs.Zl. 314-2/29:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Kanalisation Spittal** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Zweite Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr und die Landesrätin Nicole Cernic werden aufgefordert, das eingereichte Projekt für die Ortskanalisation der Stadt Spittal/Draur rasch einer Erledigung zuzuführen und die Kosten für zwischenzeitig entstandene Schäden durch die Verzögerung des Projektes aus Mitteln des Gemeindereferates der Stadtgemeinde Spittal/Draur zu ersetzen.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Mandl das Wort.)

Abgeordneter **Mandl (F):**

(Lärm im Hause.) Endlich haben wir jetzt einen anderen Mandl! Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um die Kanalisation der Stadtgemeinde Spittal, um unsere Bezirksstadt. Da ist Ende Juni sozusagen wieder „Land unter“ gewesen, eine alt bekannte Tatsache. In der Bahnhofstraße hat man die Straße saniert und man hat teilweise auch die Oberflächenentwässerungen mitgemacht. Man hat es in diesem Zusammenhang verabsäumt, die Oberflächenkanalisation mitzumachen. Man hat aber schon bereits vor vier Jahren einen Dringlichkeitsantrag in der Stadtgemeinde Spittal eingebracht, man möge doch so nett sein und diese negativen Umstände beseiti-

gen und man sollte doch versuchen, diese Oberflächenentwässerung im Zuge des Neubaus mitzumachen. Der Dringlichkeitsantrag wurde, weil es wahrscheinlich auch die falsche Fraktion war, abgelehnt. Man sieht, dass es auch da nicht um die Sache geht. Wir haben uns in der letzten Landtagssitzung über vorbeugende Schutzmaßnahmen der Bevölkerung unterhalten, dass man doch die Bevölkerung in den Vordergrund stellen sollte. Wieder ein typisches Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf. Vier Jahre sind ins Land gezogen, vier Jahre lang ist nichts passiert! Vier Jahre lang stellt man einen Antrag an das Land Kärnten, respektive an die Abteilung 15 und handelt nicht, so kann es nicht sein! In dem Zusammenhang muss man natürlich auch sagen, jeder Bürgermeister, jeder so genannte „Ortskaiser“, wie es der Herr Lutschounig gesagt hat weiß, dass er auch in der Abteilung 15 Druck machen muss, damit etwas passiert. In dem Zusammenhang ist es nicht passiert, vielleicht hat der Abgeordnete und Nationalrat, der Bürgermeister Köfer, einfach zu wenig Zeit. *(Abg. Ing. Scheuch lachend: Er hat geschlafen! – Heiterkeit und Lärm im Hause.)* Wir wissen ja, dass er im Nationalrat so hoch beschäftigt ist und so viel reden muss, deswegen ist es wahrscheinlich nicht möglich, dass man da ein bisschen Druck macht.

Jedenfalls kann es ja fast nicht sein, dass ein Projekt vier Jahre lang steht, dass in dem Zusammenhang vorbeugender Schutz für die Bevölkerung nicht möglich ist. Vier Jahre lang hat die Abteilung 15 in der Sache nicht gehandelt. Es wäre also höchst an der Zeit, jetzt zu handeln! In dem Zusammenhang steht dieser Dringlichkeitsantrag, weil gerade in der Stadt Spittal mit 300, 400 Meter Oberflächenwasserkanal kann es ja nicht scheitern, dass das durchgeführt wird, zumal die Haftungsfrage bei den Häuselbauern und Geschäftsinhabern ja auch nicht restlos geklärt ist. In der Zwischenzeit sind sie x-fach überschwemmt worden. Schaden ist entstanden. In dem Zusammenhang werden die Haftungsfragen von der Stadt Spittal sicherlich auch an die Abteilung 15 weitergegeben werden. Das kann ich mir mit Sicherheit vorstellen, dass das der Fall sein wird. In die ARA am Millstätter See investiert man 18 Millionen Euro. Da kann es an der Investition, die circa 50.000,-- oder 60.000,-- Euro ausmacht, nicht liegen.

Mandl

In diesem Zusammenhang steht dieser Dringlichkeitsantrag. Es ist höchst an der Zeit zu handeln. Ich begründe diesen Antrag mit dem Umstand, dass man diese 300 bis 400 Meter Oberflächenkanal in der Abteilung 15 schleunigst prüfen und zum Wohle der Bevölkerung, im speziellen in der Bahnhofstraße in Spittal, umsetzen sollte! *(Zwischenruf von Abg. Vouk. – Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Tiefnig das Wort.)

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist sehr verwunderlich! Wir reden immer von Anlassgesetzgebung und das ist ein ... *(Abg. Ing. Scheuch: Das ist kein Gesetz!)* Abwarten, lieber Herr Klubobmann! Das ist ein Anlassdringlichkeitsantrag! *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Tiefnig!)* Es wäre nämlich ganz einfach gewesen, ohne diesen Dringlichkeitsantrag zu stellen, den zuständigen Stadtrat, Ihren Parteifreund, anzurufen und ihn um die derzeitige Situation in Spittal zu befragen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Köfer meldet sich zurück!)* Es ist nämlich wirklich so, es ist ein seltsamer kommunalpolitischer Dringlichkeitsantrag. Denn in der letzten Zeit, durch die schweren Regenfälle, durch die Gewitter, hat es nicht nur in der Gemeinde Spittal, auch in anderen Gemeinden hat es sehr viel Oberflächenwasser gegeben. Daher sind auch andere Gemeinden überfordert gewesen, dieses Wasser richtig zu entsorgen und richtig abzuleiten. Die Querfinanzierung – und weil es hier auch sehr viele kommunalpolitische Mandatäre gibt – Franz, da muss ich dir wirklich sagen, du bist momentan gerade beim Kanalbau und du weißt genau, wie die Finanzierung funktioniert, dass es keine Querfinanzierung gibt. Wenn ich diesen Antrag lese, dann hat er inhaltlich alle Fehler, die es geben kann. Erstens: Was hat die Landesrätin Nicole Cernic damit zu tun? Was hat sie verzögert? Sie ist erst drei Wochen im Amt, also ist er inhaltlich absolut falsch, absolut falsch! *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion.)* Ich rede jetzt von der Nicole Cernic! Die Abteilung 15 ist es

auch nicht, sondern die Abteilung 18. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wie gesagt, wir werden diesem Dringlichkeitsantrag natürlich nicht die Zustimmung geben, weil sonst haben wir bei der nächsten Landtagsitzung von jeder Gemeinde einen Antrag da im Haus, wo diese Probleme vor Ort gelöst werden sollten. Ich würde vorschlagen, ruft das nächste Mal euren Stadtrat an, fragt wie es aussieht. Denn ich werde euch sagen, der Stadtrat hat auch die Information, dass die Stadt alle Dinge in Bewegung gebracht hat. *(Abg. Ing. Scheuch: Nein, der Köfer hat nichts getan! Der Köfer muss etwas tun!)* Ja, ich werde es dir sagen. Die Abteilung 15 hat diesen Antrag schon geprüft. Der Antrag und diese Stellungnahme sind wieder zur Behörde hin unterwegs. Die Dinge muss man da lassen, wo sie hingehören! *(Heiterkeit und Lärm im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Immer wenn irgendwo einer von euch schreit und ein Problem auftaucht, dann gibt es einen Dringlichkeitsantrag! *(Abg. Ing. Scheuch: KABEG!)* Nein, nein, wir reden von der Stadt Spittal. Und Kurt, du weißt es genau, wenn in Mühldorf das nächste Mal eine Maus schräg über die Straße läuft, dann werden wir auch einen Dringlichkeitsantrag haben. *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* In diesem Sinne werden wir natürlich diesem Dringlichkeitsantrag ... *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion. – Anhaltender starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt das Glockenzeichen.)* Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag natürlich nicht die Zustimmung geben! Vielleicht überlegen wir das nächste Mal, den Dringlichkeitsanträgen die Dringlichkeit zu geben, wo es sie geben soll! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Einwand von Abg. Ing. Scheuch.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Redezeit betrug genau drei Minuten, Herr Klubobmann! *(gemünzt auf KO Abg. Ing. Scheuch.)* Als nächster zur Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Bürgermeister Hueter gemeldet. Ich darf dir das Wort erteilen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

(Abg. Ing. Scheuch: Da ist Gefahr in Verzug!) Nein, es ist nicht Gefahr in Verzug. Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Die Maus in Mühldorf muss nicht links über die Straße laufen, damit wir hier einen Dringlichkeitsantrag behandeln müssen. *(Abg. Ing. Scheuch: Unsere Mäuse laufen rechts!)* Ich wollte es gerade sagen, eure Mäuse werden wahrscheinlich rechts laufen, das ist der Punkt! *(Dies wird auf heitere Art vorgetragen. – Heiterkeit und Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)*

Ich muss den Worten meines Vorredners, des Alfred Tiefnig – es ist quasi der dritte Drautaler da heraußen am Wort – inhaltlich beipflichten. Wenn das ein normaler Antrag ist, da muss ich sagen, im Ausschuss diskutieren, ja. *(Abg. Ing. Scheuch: Es wird die nächste Überschwemmung kommen! Dann bist du schuld!)* Warte, Kurt! Kurt, warte einmal! Die kommt vielleicht schon heute Nacht, wenn ein fester Guss kommt. Nein, da bin ich gar nicht schuld! Aber weißt du was? Eines muss man schon sehen, mit so einer Dringlichkeit werten wir den Landtag wirklich ab! *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)* Pass auf, der Köfer allein kann insofern nichts tun: Es gibt im Gemeinderat von Spittal auch noch andere Fakultäten. Da gibt es einen zuständigen Stadtrat, der das zu tun hat. *(Abg. Ing. Scheuch: Er hat die Absolute!)* Ich weiß nicht ... *(Wiederum Einwand von Abg. Ing. Scheuch.)* Warte einmal, das ist mir gleich. Ich muss eines sagen, ich mische mich da von Klagenfurt aus in eine Stadt Spittal sicher nicht ein. *(Erneut Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Überhaupt keine Allianz! Das will wahrscheinlich keiner, der auf kommunaler Ebene da herinnen sitzt, weder von der SPÖ noch von euch von der BZÖ! Franz, wenn ich von Berg aus sagen würde, was du in Greifenburg zu tun hättest und das im Landtag und einen dringlichen Antrag stellen würde, hättest du wahrscheinlich nicht die größte Freude! *(Abg. Ing. Scheuch: Der Bürger sagt das!)* Es hat mich gewundert, dass du das begründet hast. Wenn das ein Nicht-Bürgermeister begründet hätte, hätte ich es noch verstanden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Noch einmal eines: Die Probleme in den Kommunen sollten dort bleiben, wo sie sind, das heißt auf kommunaler Ebene. Wenn es ein normaler Antrag gewesen wäre, sind wir selbstverständlich dabei. Wir von Seiten der ÖVP geben dieser Dringlichkeit sicher nicht die Zustimmung, weil wir einfach glauben, ein vom Volk gewähltes Parlament, sprich der Gemeinderat weiß, wo der Schuh drückt. Und wenn das eh schon vier Jahre lang ist, dann gibt es nächstes Jahr die Möglichkeit, bei der Wahl entsprechend zu reagieren. Deswegen: Ich vertraue auf den Stadtgemeinderat von Spittal, die werden das Problem in den Griff kriegen. *(Wiederum Einwand von Abg. Ing. Scheuch.)* Ich bin sicher, dass sie auch zu einer positiven Erledigung kommen werden, deswegen geben wir dieser Dringlichkeit leider nicht die Zustimmung! *(Abg. Ing. Scheuch: Du vertraust den Roten! – Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir stimmen über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab. Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ich bitte, Platz zu nehmen! Wer dafür ist, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Gemeindefachausschuss zu! Herr Direktor, bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

3. Ldtgs.Zl. 83-18/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und der Grünen betreffend Einhaltung Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag achtet die Menschenwürde von Flüchtlingen, bekennt sich zur Unteilbarkeit der Menschenrechte und fordert daher die Landesregierung auf, die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-

Mag. Weiß

VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde einzuhalten.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Schlagholz das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Sache ist Sache und um die geht es auch. Daher bin ich auch kurzfristig in der Lage, einer sinnvollen Sache – ohne viele Unterlagen vorliegen zu haben – zuzustimmen, weil wir den Durchblick dazu haben. Geschätzte Damen und Herren! Es geht um die Umsetzung gefasster Beschlüsse. Der Kärntner Landtag hat – so wie es in der Antragsbegründung steht – im April des Jahres 2004 einstimmig beschlossen, die 15a-Vereinbarung des Bundes, was die Versorgung von Flüchtlingen und Asylwerbern angeht, auch in Kärnten umzusetzen. Darum geht es! Es geht um die Sicherstellung der Grundversorgung hilfsbedürftiger Menschen in unserem Land und es geht nicht darum, eine Stimmung zu machen, dass „Andersein“ in unserem Land automatisch heißt, kriminell und so weiter zu sein. Wenn jemand in diesem Land straffällig, verurteilt wird, dann gibt es hierfür die Organe, die Einrichtung, dass diese Leute abgeschoben werden. Dazu stehen wir, das ist gar keine Frage, aber dass wir in Bausch und Bogen eine Stimmung machen in diesem Land, dass alle, die anders sind, die hier Hilfe suchen, ganz einfach kriminalisiert werden, das ist einfach Unrecht! Es geht letztendlich um die Wahrung der Menschenrechte! Das ist etwas Sensibles, dem kann wahlmotiviert ganz einfach nicht begegnen, dazu braucht es mehr – Einfühlungsvermögen und die Wahrung der Verantwortung, die wir alle tragen. Setzen wir unsere Kraft – und das könnte auch der Landeshauptmann tun – gemeinsam viel gescheiter ein in die Beschleunigung der Asylverfahren. In Österreich gibt es sicher hunderte arbeitsloser Juristen. Schauen wir, dass gescheiter die eine Arbeit kriegen, machen wir uns dafür stark in Österreich, dass diese Asylverfahren sich nicht unendlich in die Länge verschleppen. Das wäre ein menschlicher Ansatz, anstatt unsere Kraft irgendwo in Abschiebestätten, wie es derzeit in Kärnten einige tun! Das ist nicht richtig! Wir haben als Bundesland eine gesamtstaatliche Ver-

antwortung, die liegt letztendlich auch in der Einhaltung dieser 15 a-Vereinbarung! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von den Grünen.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

(Abg. Ing. Scheuch wendet sich an Abg. Schlagholz: Kannst du für die SPÖ sagen, dass sie zustimmt?) Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag ist so etwas wie ein weißer Schimmel, weil genauso gut können wir den Antrag stellen und auch beschließen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, dieses und jenes Gesetz weiterhin einzuhalten *(Abg. Dr. Lesjak: Der Gesetzesbruch liegt vor!)* oder diese oder jene Vereinbarung weiterhin in Geltung zu lassen. Da könnten wir unsere Arbeitskapazität auf ungeahnte Höhen schrauben. Aber es ist etwas hinzuzufügen: Dieser Antrag, wie er da formuliert ist, hat auch eine kleine Hinterhältigkeit, die gar nicht so klein ist. Mit dieser Formulierung, so wie sie da drinnen steht, wird eigentlich suggeriert, dass es der Landtag in Kärnten, wenn es diese Vereinbarung nicht gäbe, nicht angebracht findet, die Menschenrechte einzuhalten, *(Abg. Dr. Lesjak: Genau! – Abg. Warmuth: Das ist eine Unterstellung!)* die Unteilbarkeit der Menschenrechte und auch die Menschenwürde von Flüchtlingen zu wahren. Und das ist schon ein starkes Stück, glaube ich und stelle für unsere Fraktion unmissverständlich fest, dass es in Kärnten – und das sage ich auch für die Bürgerinnen und Bürger, denn auch denen wird das da unterstellt – schon vor dem Inkrafttreten dieser 15 a-Vereinbarung, während der Geltungsdauer jetzt und auch in Zukunft so sein wird, so gewesen ist und so ist, dass die Menschenrechte *(Abg. Mag. Trannacher lacht.)* – Sie lachen! Da geht es um etwas sehr Ernstes, Frau Trannacher! Sie sind genau ... *(Abg. Mag. Trannacher: Ich habe nur über Ihre Grammatik gelacht!)* Ja, ich werde Sie schon erwischen bei der Grammatik! *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Da geht es aber nicht darum, grammatikalisch alles richtig zu sagen, sondern darum, das, was die Menschen hier fühlen – und zwar beide – zu artikulieren. *(Abg. Dr. Lesjak: Du und der andere, oder was?)* Ich will sagen, dass die Menschenrechte

Dipl.-Ing. Gallo

auch vorher eingehalten wurden, jetzt und auch in Zukunft eingehalten werden und zwar unteilbar und dass auch alles andere eingehalten worden ist. Daher, meine geschätzten Damen und Herren, möchte ich auch zurückweisen, was in der Begründung – der Herr Begründer von der SPÖ hat das schamlos verschwiegen – dem Landeshauptmann unterstellt wird! Sie haben nämlich nicht aufgepasst, was der Herr Landeshauptmann wirklich gesagt hat! (*Abg. Schlagholz: Hier geht es um die Sachlichkeit!*) Denn ihm und auch uns geht es um eine Verbesserung der bestehenden 15 a-Vereinbarung. Das ist ja in anderen Fällen auch schon passiert! Wenn ich an die Kindergartengeschichte denke, wo viele Bundesländer das nicht gleich unterschrieben und Verbesserungen gemacht haben. Auch in anderen Fällen ist das passiert! Inhaltlich geht es vor allem darum, hier den Opferschutz vor den Täterschutz zu stellen! Das heißt also, wer zu uns als Flüchtling kommen will und hier als Asylant eine Unterstützung bekommt, darf die Gesetze nicht verletzen, sowohl was das Leben unserer MitbürgerInnen als auch was die Gesundheit und das Eigentum betrifft. Das heißt mit anderen Worten, dass für Kriminelle, für Schlägertruppen und für Diebsbanden – ob als Flüchtlinge oder als Asylanten – in Kärnten kein Platz sein darf! Daher mit diesem Antrag in den Ausschuss, da sind wir uns einig. Dort gibt es Auskunftspersonen, die uns Auskunft geben werden, was tatsächlich Sache ist. Mit diesem plakativen Geweinerliche werden wir nicht viel erreichen, daher von uns keine Zustimmung zu dieser Dringlichkeit! (*Abg. Ing. Scheuch: Niemals! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir stimmen über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab. Wer die Zustimmung erteilt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die

erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Rechtsausschuss zu. Ich darf Herrn Landtagsamtsdirektor bitten, den weiteren Einlauf zu verlesen.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 281-27/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Zusammensetzung von Verbänden in den Bezirken mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag umgehend Novellen zum Kärntner Mindestsicherungsgesetz und zum Kärntner Schulgesetz vorzulegen, welche beinhalten, dass zukünftig die Zusammensetzung der Vorstände und Ausschüsse der Sozialhilfeverbände und Schulgemeindeverbände nach den Ergebnissen der letzten Gemeinderatswahlen im jeweiligen Bezirk zu erfolgen hat.

Der Präsident weist diesen Antrag dem Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zu.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich darf Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, noch einen schönen Sommer wünschen. Ich darf Herrn Direktor Mag. Weiß und seinem gesamten Team herzlich einen schönen Sommer wünschen, aber auch Herrn Dr. Reithofer und Herrn Dr. Glantschnig sowie den Stenographinnen. Schönen Sommer! Die Sitzung ist geschlossen! (*Beifall im Hause.*)

Ende der Sitzung: 19.22 Uhr